

AUS POLITIK UND ZEITGESCHICHTE

Fokus Ostdeutschland

Andreas Kötzing
PLÄDOYER FÜR
EIN ENDE PAUSCHALER
OSTDEUTSCHLAND-DEBATTEN

Steffen Mau
AUSGEBREMSTE
DEMOKRATISIERUNG

Raj Kollmorgen · Jan Schaller
ZUR UNTERREPRÄSENTATION
OSTDEUTSCHER IN DEN ELITEN

Uta Bretschneider
OSTDEUTSCHE
IDENTITÄTEN ZWISCHEN
TROTZ UND AUFBRUCH

*Hannah Katinka Beck ·
Etienne Hanelt · Vanessa Wintermantel*
WAS WÄRE, WENN ...?
ZUR VERWUNDBARKEIT
DER DEMOKRATIE
IN THÜRINGEN

Katrin Großmann
PERIPHERISIERUNG,
ENTPOLITISIERUNG
UND DEMOKRATIE

Daniel Kinderman
WELTOFFENES SACHSEN

APuZ

ZEITSCHRIFT DER BUNDESZENTRALE
FÜR POLITISCHE BILDUNG

Beilage zur Wochenzeitung Das **Parlament**



Fokus Ostdeutschland

APuZ 33–35/2024

ANDREAS KÖTZING

**PLÄDOYER FÜR EIN ENDE PAUSCHALER
OSTDEUTSCHLAND-DEBATTEN**

Die ständigen Debatten über Ostdeutschland haben inzwischen etwas Ermüdendes. Sie drehen sich weitgehend im Kreis, weil sie mit pauschalen Argumenten geführt werden und die Vielfalt ostdeutscher Lebenswege negieren. Zeit, vom „Wir“ zum „Ich“ zu kommen.

Seite 04–08

STEFFEN MAU

AUSGEBREMSTE DEMOKRATISIERUNG

Genau in dem Moment, als sich die Ostdeutschen als politische Subjekte erfanden und Foren der Aushandlung gesellschaftlicher Verhältnisse entstanden, setzte mit der Weichenstellung in Richtung Wiedervereinigung eine starke Entpolitisierung ein. Das wirkt bis heute nach.

Seite 09–14

RAJ KOLLMORGEN · JAN SCHALLER

**ZUR UNTERREPRÄSENTATION OSTDEUTSCHER
IN DEN ELITEN**

Ostdeutsche haben zu Beginn des Vereinigungsprozesses eine deutliche Marginalisierung in der Elitenrekrutierung erfahren, eine Verbesserung hat seitdem nur teilweise eingesetzt. Distanzierung von der Demokratie lässt sich damit aber nicht erklären.

Seite 15–22

UTA BRETSCHNEIDER

**OSTDEUTSCHE IDENTITÄTEN ZWISCHEN
TROTZ UND AUFBRUCH**

„Die“ Ostdeutschen gibt es ebenso wenig wie „den“ Osten. Trotzdem steht außer Frage, dass das Ende der DDR und die für viele schwierigen Transformationsprozesse bis heute die Menschen prägen. Helfen könnte ein aufgeschlossenes, reflektiertes „Ostbewusstsein“.

Seite 23–28

**HANNAH KATINKA BECK · ETIENNE HANELT ·
VANESSA WINTERMANTEL**

**WAS WÄRE, WENN ...? ZUR VERWUND-
BARKEIT DER DEMOKRATIE IN THÜRINGEN**

Weltweit gefährden autoritär-populistische Parteien Demokratie und Rechtsstaat. Das Thüringen-Projekt untersucht, inwiefern ein solches Szenario nach den kommenden Landtagswahlen auch in Thüringen drohen könnte, diskutiert am Beispiel der Bildungspolitik.

Seite 29–34

KATRIN GROßMANN

**PERIPHERISIERUNG, ENTPOLITISIERUNG
UND DEMOKRATIE**

Dass sich rechtsextrêmes Gedankengut ausbreitet, hat auch mit der als „natürlich“ hingewonnenen Peripherisierung ganzer Landstriche zu tun. Dringend erforderlich ist eine neue Regionalpolitik, die Ressourcen und Macht vom Zentrum in die Peripherie umverteilt.

Seite 35–40

DANIEL KINDERMAN

WELTOFFENES SACHSEN

Rechtspopulismus ist eine Herausforderung für die Wirtschaft, auch und besonders in Ostdeutschland. Der Verein „Wirtschaft für ein weltoffenes Sachsen“ tritt für die liberale Demokratie ein – aus unternehmerischem Eigeninteresse und staatsbürgerlicher Verantwortung.

Seite 41–46

EDITORIAL

35 Jahre nach der Friedlichen Revolution im Herbst 1989 hat die Bundesregierung erstmals einen „Gleichwertigkeitsbericht“ veröffentlicht, der Unterschiede und Gemeinsamkeiten der Lebensverhältnisse in Deutschland erfassen und abbilden soll. Auf Basis objektiver Indikatoren und subjektiver Einschätzungen zeichnet er ein Bild regionaler Entwicklung, das sehr viel differenzierter ist, als es die öffentliche Diskussion mitunter vermuten lässt. Zwar zeigen die Daten für viele sozioökonomische und gesellschaftliche Bereiche nach wie vor erhebliche Unterschiede zwischen Ost und West, zugleich wird aber auch deutlich, dass merkliche Angleichungsprozesse stattgefunden haben. Strukturschwache und -starke Regionen in Ost- und Westdeutschland weisen zuweilen mehr Gemeinsamkeiten auf als geografisch benachbarte Gebiete, manche der vermeintlichen Ost-West-Unterschiede sind eher solche zwischen Zentrum und Peripherie.

Weshalb aber halten sich dann Debatten über die Ungleichheit zwischen Ost und West so hartnäckig? Neben den nach wie vor vorhandenen – und wohl auch nicht so schnell verschwindenden – objektiven Unterschieden scheinen vor allem subjektive Perzeptionen, Identitätsfragen und auch Abwertungserfahrungen eine Rolle zu spielen. Der in mancherlei Hinsicht unbefriedigend verlaufene Einigungsprozess wirkt hier ebenso nach wie die noch immer verbreitete Ignoranz vieler Westdeutscher gegenüber ostdeutschen Lebensrealitäten, die Nichtanerkennung ostdeutscher Lebensläufe oder die pauschale „Zwangskollektivierung“ Ostdeutscher, sobald etwas „im Osten“ kritikwürdig erscheint.

Allzu schnell gerät dann aus dem Blick, dass es „den Osten“ genauso wenig gibt wie „den Westen“ – und viele gesellschaftliche Entwicklungen nach 1989 nur wenig mit der DDR und ihrem Erbe zu tun haben. Die Wahl rechtspopulistischer Parteien etwa ist weder ein ostdeutsches Phänomen noch handelt es sich dabei um das Wahlverhalten einer Mehrheit. Dass die Landtagswahlen in Sachsen, Thüringen und Brandenburg im Herbst 2024 gleichwohl besondere Aufmerksamkeit erregen, hat mit Ermüdungserscheinungen der Demokratie zu tun, die uns alle angehen – in Ost wie West.

Sascha Kneip

ESSAY

VOM „WIR“ ZUM „ICH“

Plädoyer für ein Ende pauschaler Ostdeutschland-Debatten

Andreas Kötzing

Ich bin Ostdeutschland-Debatten leid. Und das, obwohl mich das Thema eigentlich sehr interessiert – nicht nur, weil ich zur DDR-Erinnerungskultur forsche, sondern auch, weil ich selbst im Osten aufgewachsen bin, wenn auch nur die ersten zehn Jahre meines Lebens. Die aktuellen politischen Entwicklungen sind zweifelsohne beunruhigend, vor allem die wachsende Skepsis gegenüber der Demokratie und der hohe Zuspruch für populistische Parteien in großen Teilen der ostdeutschen Bevölkerung. Zugleich gibt es zahlreiche Menschen, die sich politisch engagieren, sich für eine vielfältige Gesellschaft einsetzen und dabei dringend öffentliche Unterstützung benötigen. In der Diskussion über „den Osten“ spielen sie jedoch meist nur eine untergeordnete Rolle.

Die ständigen Debatten über Ostdeutschland haben inzwischen etwas Ermüdendes. Sie drehen sich im Kreis, weil sie wieder und wieder mit pauschalen Argumenten geführt werden. Anstatt die Vielfalt ostdeutscher Lebenswege zu betonen und widersprüchliche Erinnerungen an die DDR zuzulassen, gehen die Debatten meist von einer kollektiven Vorstellung aus, in der alle Menschen aus Mecklenburg-Vorpommern, Brandenburg, Sachsen-Anhalt, Sachsen und Thüringen zu einer homogenen Gruppe verschmelzen: *den Ostdeutschen*. Das gilt für klischeehafte Fremdzuschreibungen aus dem Westen, in denen die Menschen im Osten als „irgendwie anders“ gelten, ohne dass man sich konkret für die Lebensrealität vor Ort interessieren würde. Das gilt aber genauso für die trotzigen Selbstbehauptungen vieler Ostdeutscher, die von sich selbst gern in der Mehrzahl sprechen („Wir Ostdeutschen“) und die Verantwortung für die politischen Probleme vor ihrer eigenen Haustür lieber bei anderen suchen: bei „denen da oben“, „dem Westen“ oder noch plumper: „den Migranten“. Pauschale Vergemeinschaftungen der Ost-

deutschen nützen niemandem. Im Gegenteil, sie sind Teil des Problems. Aus dem Dilemma der Pauschalisierung gibt es nur einen Ausweg: Meinungsdebatten über Ostdeutschland müssen konsequent aus einer individuellen und differenzierten Perspektive geführt werden, sonst werden sie auch in Zukunft keinen Schritt weiterführen.

Um nicht missverstanden zu werden: Selbstverständlich kann man in soziologischen Untersuchungen und statistischen Erhebungen Einstellungen erkennen, die im Osten weiter verbreitet sind als im Westen, wie zuletzt etwa an den Wahlergebnissen der Europawahl im Juni 2024 abzulesen war. Und es wäre naiv, die nach wie vor bestehenden sozialen und ökonomischen Ungleichheiten zwischen Ost und West zu leugnen. Auch gibt es gute Gründe dafür, warum sich bestimmte Unterschiede in näherer Zukunft kaum verringern werden.⁰¹ Dennoch ist „der Osten“ kein einheitlicher Raum. Es gibt gravierende Unterschiede etwa zwischen Stadt und Land und vor allem zwischen den Generationen. Viele der Probleme, die mit „dem Osten“ verknüpft werden, weil sie dort gehäuft auftreten, sind keine ausschließlichen Probleme des Ostens und müssen in ihrer Komplexität wahrgenommen werden. Wissenschaftlich fundierte Untersuchungen zeigen das seit Langem, aber sie finden in der medialen Diskussion selten Gehör.

Die Vorstellung von einem „einheitlichen Osten“ oder von einer „ostdeutschen Identität“ wird vollends diffus, wenn man sich vergegenwärtigt, wie viele jüngere Menschen im Osten aufgewachsen sind, deren Eltern aus dem Osten und/oder dem Westen stammen, Migrationserfahrung haben oder aus dem Osten in den Westen gezogen und wieder zurückgekehrt sind. Jeder Versuch, „ostdeutsch“ zu definieren, stößt zwangsläufig an Grenzen, weil es sich um eine Konstruktion handelt, die von Verallgemeinerungen ausgeht. Wie wichtig es ist, indi-

viduelle Perspektiven zu betonen, anstatt „den Osten“ als Ganzes erklären zu wollen, zeigt sich beim Blick auf die jüngsten Ostdeutschland-Debatten, die nicht nur ergebnislos geblieben sind, sondern den Diskurs sogar zurückgeworfen haben.

UNPRODUKTIVER STREIT

Auslöser dieser jüngsten Diskussionen über Ostdeutschland waren neue Publikationen. Besonders hitzig geriet der Streit über die populären Sachbücher des Literaturwissenschaftlers Dirk Oschmann und der Historikerin Katja Hoyer.⁰² Aber auch Romane wie „Die Möglichkeit von Glück“ von Anne Rabe, „Gittersee“ von Charlotte Gneuß oder zuletzt die Verleihung des Booker-Preises an Jenny Erpenbeck für ihren Roman „Kairos“ zogen Auseinandersetzungen über die Deutung der DDR-Vergangenheit oder die gesellschaftlichen Entwicklungen in Ostdeutschland nach sich. Doch keine dieser Debatten setzte neue Impulse. Die Diskussionen wirkten eher wie ein Rückfall in die 1990er Jahre. Sie waren geprägt von einem Schwarz-Weiß-Denken, in dem sich Pro- und Contra-Haltungen unversöhnlich gegenüberstanden.

Mitunter trugen die Autorinnen und Autoren selbst dazu bei, dass die Debatten über ihre Bücher wenig produktiv verliefen. Dirk Oschmann etwa verzichtete in seinem lauten Buch bewusst auf alle Zwischentöne, indem er westlichen Klischees über „den Osten“ eine ebenso plakative Sicht auf „den Westen“ gegenüberstellte. Neu waren viele seiner Thesen nicht; andere Autorinnen und Autoren hatten sie nur differenzierter und weniger polemisch vorgetragen. Wenngleich Oschmann zu Recht bestehende soziale Ungleichheiten zwischen Ost und West zurück ins öffentliche Bewusstsein rückt, bleibt unterm Strich doch eine stark überzeichnete Sicht auf komplexe Probleme, in der „die Ostdeutschen“ nur als fremdbestimmte Opfergruppe in Erscheinung treten, nicht als Akteure ihrer eigenen Geschichte. Die einfache Erzählung vom „bösen Westen“, der den „armen Osten“ nach 1990 erst ausgebeutet und dann unterdrückt und marginalisiert hat, um sich selbst aufzuwerten, war vor al-

lem beim älteren Publikum im Osten immens erfolgreich: Mit über 170 000 verkauften Exemplaren zählt das Buch zu den populärsten Sachbüchern der vergangenen Jahre. Und doch bleibt fraglich, ob die Debatte zu einer differenzierteren Sicht auf „den Osten“ beigetragen oder nicht eher bestehende Gräben weiter vertieft hat. Konkrete Lösungsansätze sucht man in dem Buch jedenfalls vergebens.

Ähnlich unproduktiv verlief auch die Debatte über Katja Hoyers Buch „Diesseits der Mauer“, das zunächst in Großbritannien veröffentlicht wurde und kurze Zeit später in Deutschland erschien. Begleitet wurde die Publikation von einer massiven Werbekampagne in den sozialen Medien, wo das Buch als „bahnbrechend neuer Blick“ auf die DDR-Geschichte vermarktet wurde. Der Versuch der Autorin, eine Art Alltagsgeschichte der DDR „von unten“ zu erzählen, war jedoch weder besonders originell noch übermäßig wissenschaftlich fundiert. Schon ein flüchtiger Blick ins Literatur- und Quellenverzeichnis zeigt, dass Hoyer weder den umfangreichen Forschungsstand zur DDR-Geschichte zur Kenntnis genommen noch neue Archivbestände ausgewertet hat. Für eine inhaltliche Fachdebatte war das Buch damit irrelevant. Nichtsdestotrotz wurde in feuilletonistischen Beiträgen emotional über die Inhalte gestritten. Dabei ging es jedoch eher um die Frage, ob Hoyers „pastellfarbener“ Blick auf die Vergangenheit als authentisches DDR-Bild gelten könne – und weniger um die fachlichen Mängel des Buches, an denen die sachlichen Rezensionen keinen Zweifel ließen.⁰³

Überraschend an den Büchern von Oschmann und Hoyer war daher nicht ihr Inhalt, sondern vielmehr die Tatsache, dass überhaupt so intensiv und kontrovers über sie gestritten wurde. Speziell im Fall von Katja Hoyers Buch verweist die Emotionalität der Debatte auf ein bekanntes Muster, das den Streit um die DDR-Erinnerung seit Jahren begleitet. Der Historiker Martin Sabrow hat bereits 2009 drei konkurrierende Erinnerungslandschaften im Umgang mit der DDR-Vergangenheit beschrieben, die bis heute den Diskurs prägen und sich unversöhnlich gegenüberstehen: das Diktaturredächtnis, das Arrangementgedächtnis und das Fortschrittsgedächtnis.⁰⁴ Während im Rahmen

01 Vgl. hierzu den Text von Steffen Mau in dieser Ausgabe sowie ausführlich ders., *Ungleich vereint. Warum der Osten anders bleibt*, Berlin 2024.

02 Vgl. Dirk Oschmann, *Der Osten: eine westdeutsche Erfindung*, Berlin 2023; Katja Hoyer, *Diesseits der Mauer. Eine neue Geschichte der DDR 1949–1990*, Hamburg 2023.

03 Vgl. etwa Jens Gieseke Rezension auf dem Fachportal *H/Soz/Kult*, 31.8.2023, www.hsozkult.de/publicationreview/id/reb-135972.

04 Vgl. Martin Sabrow, *Die DDR erinnern*, in: ders. (Hrsg.), *Erinnerungsorte der DDR*, München 2009, S. 11–27.

des Diktaturgedächtnisses vor allem an Unfreiheit, Repression und Unterdrückung im Kontext des SED-Regimes und dessen Überwindung durch die Friedliche Revolution 1989 erinnert wird, betont das Arrangementgedächtnis ambivalente Erfahrungen jenseits staatlicher Bevormundung. Dabei wird die Diktatur zwar nicht geleugnet, aber zugleich die Eigenständigkeit eines unpolitischen Alltagslebens in der DDR betont. Das Fortschrittsgedächtnis wiederum erinnert an die DDR als sozialistische Alternative zum westlichen Kapitalismus, indem soziale Errungenschaften wie die Gleichstellung von Mann und Frau, gerechtere Wirtschaftsverhältnisse oder ein Bildungssystem mit besseren Aufstiegschancen für Arbeiterkinder in den Mittelpunkt der Erinnerung rücken.

Die Konflikte zwischen diesen Erinnerungslandschaften haben sich im Zuge der jüngsten Ostdeutschland-Debatten weiter verhärtet, wie es scheint. Bezeichnend dafür ist, dass einzelne Erfahrungen immer wieder generalisiert werden, so als gäbe es nur *eine* richtige Sicht auf Ostdeutschland, die alle anderen ausschließt. Für Differenzierungen und ambivalente Einschätzungen bleibt dabei wenig Raum. Sehr gut konnte man dies auch im Kontext der Diskussion über Anne Rabes Roman „Die Möglichkeit von Glück“ beobachten. Rabe erzählt darin die beklemmende Geschichte einer Mutter-Tochter-Beziehung in der DDR, die von psychischer und physischer Gewalt geprägt ist. Die innerfamiliären Konflikte beeinflussen das Leben der Tochter bis weit in die Gegenwart. Literarisch zählt der Roman zu den bewegendsten DDR-Erzählungen der vergangenen Jahre, problematisch waren jedoch die Versuche, auf Basis der fiktional erzählten Geschichte generelle Rückschlüsse auf die gesellschaftlichen Entwicklungen in den 1990er Jahren in Ostdeutschland zu ziehen oder gar die rechtsextremen Gewaltausbrüche der Nachwendezeit zu erklären. Die Debatte, die auf eine Verallgemeinerung individueller Erfahrungen hinauslief, verkürzte das Leben in der DDR auf emotionale Kälte innerhalb der Familien, ohne danach zu fragen, inwiefern solche Erlebnisse überhaupt spezifisch für die SED-Diktatur gewesen sind. War häusliche Gewalt im Westen zur gleichen Zeit weniger stark ausgeprägt? Vergleichende Perspektiven wären dringend nötig gewesen, um eigenständige Entwicklungen in der DDR und ihre Auswirkungen in der Nachwendezeit beschreiben zu können, aber diese kamen in der Diskussion über den Roman überhaupt nicht vor.

VIELFALT OHNE GEHÖR

Die Debatten über die Sachbücher von Oschmann und Hoyer oder Rabes Roman blieben am Ende ergebnislos, weil die Autorinnen und Autoren komplexe Antworten scheuten und die Kritiker häufig ihrerseits pauschal dagegen argumentierten. Offenkundig bedingt die Eigendynamik der medialen Berichterstattung, dass plakative Ansichten besonders viel Gehör finden. Dirk Oschmann hat sogar selbst darauf hingewiesen, dass er mit einer ausgewogeneren Argumentation in der Öffentlichkeit wohl untergegangen wäre.⁰⁵ Daraus jedoch den Schluss zu ziehen, in Zukunft möglichst kontrovers und undifferenziert zu diskutieren, um auf diese Weise mehr mediale Aufmerksamkeit zu erzielen, kann nicht die Lösung sein. Lautstärke ersetzt keine Argumente.

Die Selbstbezogenheit medialer Debatten – jemand empört sich, jemand anderes empört sich zurück – ist jedoch nur ein Grund dafür, dass die Ost-West-Diskussionen zuletzt keinen Schritt vorangekommen sind. Es liegt auch daran, dass die vielfältig vorhandenen Erkenntnisse aus der DDR- und Transformationsforschung zu wenig Eingang in den öffentlichen Diskurs finden. Es mangelt nicht an wissenschaftlichen Studien, die sich um einen differenzierten und multiperspektivischen Blick auf die widersprüchlichen Lebensrealitäten im Osten bemühen, gerade von jüngeren Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern.⁰⁶ Sie werden jedoch zu selten außerhalb einer interessierten Fachöffentlichkeit wahrgenommen. Von einem gravierenden Vermittlungsproblem zu sprechen, wäre noch maßlos untertrieben. Das hat nicht zuletzt mit der inneren Funktionslogik wissenschaftlichen Arbeitens zu tun, wo es zwar viel Anerkennung für Aufsätze in Peer-Review-Fachzeitschriften und für internationale Drittmittelakquise gibt, nicht aber für den dringend notwendigen Wissenstransfer mit niedrighochwertigen Veranstaltungsformaten jenseits klassischer Vorträge. Es verwundert daher nicht, dass nur wenige Kolleginnen und Kollegen sich ernsthaft darum bemühen, ihre Forschungsergebnisse auch

⁰⁵ Vgl. Cornelius Pollmer, „Das ist ja zum Gähnen.“ Streitgespräch mit Dirk Oschmann, 6. 6. 2023, www.sueddeutsche.de/1.5905189.

⁰⁶ Vgl. z.B. die Beiträge in Christopher Banditt/Nadine Jenke/Sophie Lange (Hrsg.), *Die DDR im Plural. Ostdeutsche Vergangenheiten und ihre Gegenwart*, Berlin 2023.

dort zu vermitteln, wo sie viel dringender gehört werden müssten: im nichtakademischen Umfeld.

Dass es sehr wohl möglich ist, differenzierter über Entwicklungen in Ostdeutschland zu sprechen, beweisen die zahlreichen Initiativen, die sich seit einigen Jahren in diesem Bereich engagieren, wie zum Beispiel die Netzwerke „Dritte Generation Ost“ und „Wir sind der Osten“. In diesen Kontext gehören auch die Veröffentlichungen von jüngeren Autorinnen und Autoren in den vergangenen Jahren. Auch wenn sie nicht immer ein Massenpublikum erreichen, erscheinen sie besonders vielversprechend, weil sie unbefangener und vorurteilsfreier mit der Geschichte und Gegenwart im Osten umgehen, ohne die DDR zu romantisieren oder politische Probleme zu verharmlosen. Die erfolgreichen Romane von Lukas Rietzschel, Daniel Schulz, Hendrik Bolz, Paula Irmschler oder Manja Präkels⁰⁷ zeigen ebenso wie die populären Sachbücher von Johannes Nichelmann oder Valerie Schönian,⁰⁸ dass individuelle Erzählperspektiven mit komplexen Deutungen möglich sind, ohne starre Ost-West-Klischees zu bedienen.

Mittlerweile gibt es auch eine Reihe von jüngeren Regisseurinnen und Regisseuren, die im Osten aufgewachsen sind und in ihren Filmen persönliche Geschichten erzählen, die im Hier und Jetzt spielen und zugleich auf widersprüchliche Entwicklungen vor und nach 1989/90 Bezug nehmen. Bei einer Filmreihe in Leipzig mit dem Titel „Ein anderer Kino-Osten“ waren kürzlich zum Beispiel Annika Pinske („Alle reden übers Wetter“, 2019), Jonas Walter („Tamara“, 2023), Sarah Blaßkiewitz („Ivie wie Ivie“, 2021), Janin Halisch („Sprich mit mir“, 2023) und Max Glechinski („Alaska“, 2023) zu Gast, die in den 1980er beziehungsweise 1990er Jahren aufgewachsen sind.⁰⁹ Bemerkenswert an ihren Filmen ist, dass ihre Geschichten zwar im Osten spielen, aber nicht mehr vordergründig „ostdeutsch“ sind. Es sind keine Filme über „den Osten“, die

ein spezifisches Thema behandeln, sondern autobiografisch geprägte Geschichten, die indirekt die Frage aufwerfen, inwiefern es noch einen spezifisch ostdeutschen Erzählgroßgrund gibt.

Den Alltagsrassismus, den etwa Sarah Blaßkiewitz in „Ivie wie Ivie“ am Beispiel zweier afrodeutscher Halbschwester thematisiert, gibt es zweifellos auch in westdeutschen Regionen. Auch das kulturelle Gefälle zwischen Großstadt und ländlichen Gegenden, das in „Alle reden übers Wetter“ aufscheint, findet sich in ähnlicher Form auch im Westen. Beide Phänomene sind im Osten aber stärker ausgeprägt. Schaut man genauer hin, dann fallen in den Filmen zudem interessante Schnittmengen auf, etwa die Sprachlosigkeit zwischen den in der Nachwendezeit aufgewachsenen Hauptfiguren einerseits und ihren Eltern andererseits, die diese Zeit zwangsläufig anders erlebt haben. Das gilt umso mehr für den fehlenden Austausch über die Erfahrungen in der DDR, den man als Subtext in allen Filmen spüren kann. In mehreren Geschichten sind zudem die Väterfiguren abwesend, was vielleicht nur ein Zufall ist, aber vielleicht auch ein indirekter Verweis darauf, dass die Umbrüche der Nachwendezeit, die an nahezu keiner ostdeutschen Familie spurlos vorübergegangen sind, häufiger von den Frauen allein geschultert werden mussten, weil Ehen in die Brüche gingen oder Männer generell größere Schwierigkeiten hatten, den gesellschaftlichen Wandel anzunehmen.

ANDERES SPRECHEN

Die erwähnten Filme zeigen einen Weg auf, der wegführt von den stereotypen Blicken auf „den Osten“, hin zu einem individuellen Erzählen, das unterschiedliche Wahrnehmungen nicht gegeneinander ausspielt, sondern Widersprüche zulässt. Sie brechen die Vorstellung kollektiver Lebenswege auf zugunsten einer persönlichen Perspektive, in denen sich gesellschaftliche Entwicklungen nicht krampfhaft spiegeln müssen. In den Publikumsgesprächen im Anschluss an die Filme zeigte sich gleichwohl, dass es bei vielen Zuschauerinnen und Zuschauern spontane Assoziationen und Verbindungen zu eigenen Erfahrungen gab.

Vielleicht ist es naiv, sich generell einen ähnlich differenzierten Diskurs für zukünftige Debatten über Ostdeutschland zu wünschen, aber es scheint der einzige Weg zu sein, um billiges Ost-Bashing ebenso zu überwinden wie eine selbstgerechte Ostidentifikation, die die Fehler nur bei anderen

07 Vgl. Lukas Rietzschel, *Mit der Faust in die Welt schlagen*, Berlin 2018; ders., *Raumfahrer*, München 2021; Daniel Schulz, *Wir waren wie Brüder*, Berlin 2022; Hendrik Bolz, *Nullerjahre*, Köln 2022; Paula Irmschler, *Superbusen*, Berlin 2020; Manja Präkels, *Als ich mit Hitler Schnapskirschen aß*, Berlin 2017.

08 Vgl. Johannes Nichelmann, *Nachwendekinder. Die DDR, unsere Eltern und das große Schweigen*, Berlin 2019; Valerie Schönian, *Ostbewusstsein. Warum Nachwendekinder für den Osten streiten und was das für die Deutsche Einheit bedeutet*, München 2020.

09 Vgl. <https://andererkinooosten.wordpress.com>.

sucht. Die nächsten Debatten werden kommen, spätestens nach den anstehenden Landtagswahlen im Herbst 2024. Aber vielleicht gelingt es ja, diese nicht wieder in den gleichen Schneisen versanden zu lassen. Wer auch immer öffentlich über oder für „die Ostdeutschen“ spricht, sollte sagen, welchen Teil der Bevölkerung er oder sie konkret meint. Alles andere führt nur zu pauschalen Urteilen. Noch mehr Talkshows, die dem Publikum erklären, warum „der Osten anders tickt“, braucht niemand. Politische Empörung, die die Erfolge der AfD auf „den Osten“ reduziert, ohne Gemeinsamkeiten und Unterschiede mit anderen Regionen im Westen und generell in Europa zu betrachten, macht es sich viel zu leicht. Mit den Nachwirkungen der SED-Diktatur kann man jedenfalls schwerlich den Aufstieg rechtspopulistischer Bewegungen in Italien, Frankreich oder den Niederlanden erklären.

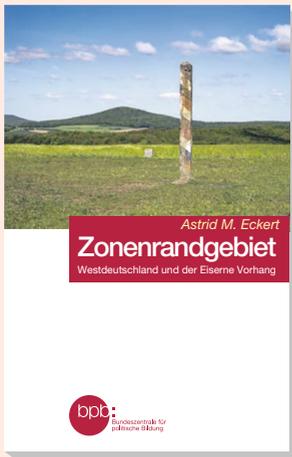
Nicht nur im Diskurs über Ostdeutschland, auch im Umgang mit der DDR-Vergangenheit führt kein Weg daran vorbei, Widersprüche auszuhalten und unterschiedliche Erinnerungen zuzulassen. Bei einem Land, das seinerzeit 16 Millionen Einwohner zählte, wäre es unsinnig, davon auszugehen, dass es nur die eine „richtige“ Erinnerung

an das Leben in der DDR gibt, auf die sich alle verständigen können. Die starren, aber öffentlich dominanten Prämissen des „Diktaturgedächtnisses“ stoßen jedenfalls schon lange an ihre Grenzen, weil sie der Lebenswirklichkeit vieler Menschen zur Zeit der DDR nicht gerecht werden. Parallel lässt sich seit Jahren eine neue und erschreckende Verklärung des Alltags beobachten, bei der die DDR immer schöner wird, je länger sie zurückliegt. Um beides aufzubrechen, müssen auch hier „Zwangskollektivierungen“ vermieden werden. Anders als eine wissenschaftliche Analyse bleibt jede Erinnerung immer subjektiv. Wer daher von „Wir“ oder von „Uns“ spricht, aber seine eigene Geschichte meint, macht schon einen Fehler. Es braucht den Mut, „Ich“ zu sagen. Sonst bleibt alles Sprechen über „den Osten“ ein zielloses Unterfangen.

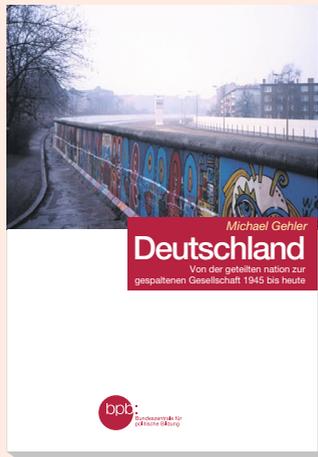
ANDREAS KÖTZING

ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am Hannah-Arendt-Institut für Totalitarismusforschung in Dresden und Lehrbeauftragter an der Universität Leipzig. Er forscht unter anderem zur gesamtdeutschen Nachkriegsgeschichte, zur Mediengeschichte im 20. Jahrhundert und zur DDR-Erinnerungskultur.

Zum Weiterlesen.



2023
Bestell-Nr. 10969



2021
Bestell-Nr. 10680



2021
Bestell-Nr. 10620

AUSGEBREMSTE DEMOKRATISIERUNG

Steffen Mau

Die DDR war ein gängelndes und kontrollierendes Regime, das nicht über die Grundausrüstung demokratischer Gesellschaften verfügte und seinen Bürgern wesentliche Mitwirkungsmöglichkeiten vorenthielt. Daher konnte sich – wenig überraschend – auch kein gelebtes Repertoire der demokratischen Beteiligung ausbilden. Erst in der Phase seines Ablebens emanzipierten sich die Bürger vom bevormundenden Staat und forderten auf der Straße Meinungsfreiheit und Demokratisierung ein, was schließlich in die erste und letzte freie Wahl der Volkskammer am 18. März 1990 mündete. Schon diese Wahl stand unter starkem Einfluss der Bonner Parteizentralen, die wie im Zeitraffer enge Verbindungen zu Alt- und Neuparteien der DDR aufbauten und diese durch Wahlkampfhilfe massiv förderten. Der erdrutschartige Sieg der von Helmut Kohl unterstützten Allianz für Deutschland – ein Bündnis der Ost-CDU, der Deutschen Sozialen Union (DSU) und des Demokratischen Aufbruchs (DA) in der rechten Mitte des Parteienspektrums – stattete die letzte Regierung der DDR mit einem starken Mandat aus, um die Weichen in Richtung Wiedervereinigung zu stellen.

Allerdings haben die eklatanten ökonomischen und politischen Schwächen der dem Untergang geweihten DDR dazu geführt, dass ihre Repräsentanten als Sachverwalter der Interessen der ostdeutschen Bevölkerung nur wenig Einfluss auf die weitere Entwicklung nehmen konnten. Hatte die DDR-Gesellschaft eben noch „in großer Vielfalt, Kreativität und Unübersichtlichkeit [über] ihre zukünftige Demokratie“⁰¹ verhandelt und erfreuten sich basisdemokratische Vorstellungen großer Beliebtheit, kam dieser Aufbruch bald an ein abruptes Ende. Die Volkskammerwahl im März 1990 war dadurch weniger eine politische *Willensbekundung in der DDR* als vielmehr eine *gegen die DDR*.

Diese Willensbekundung zur schnellen Einheit führte jede weiter gehende, auf die Neugestaltung politischer Strukturen gerichtete Form der kollektiven Selbstregierung ad absurdum,

weil die Entscheidungsspielräume der Akteure dramatisch schrumpften – wofür auch die massenhafte Abwanderung und die tiefe ökonomische Krise der DDR sorgten. Außerdem wurden entsprechende Versuche von den Imperativen des Wiedervereinigungssofs überlagert. Der Soziologe Claus Offe hat einmal sehr anschaulich von der „Selbstausslieferung der realsozialistischen Konkursmasse“ gesprochen.⁰² In diesem Bild übernehmen die Bundesrepublik und ihr Spitzenpersonal die Rolle der Konkursverwalter, die Ostdeutschen sind die bedürftigen Empfänger von Hilfe und Zuwendung, die selbst nur noch begrenzte Entscheidungsmacht ausüben. Der Einigungsvertrag mag aus Sicht der Verhandlungsführer das Beste gewesen sein, was man in der damaligen Situation und unter dem Druck der zeitlichen Abläufe bewerkstelligen konnte. Dennoch entlässt einen eine solche Feststellung nicht aus der Verantwortung, die Effekte der Art und Weise der Wiedervereinigung für die spätere Entwicklung in Ostdeutschland zu reflektieren.

Man kann den Übergang von der friedlichen Revolution zur deutschen Einheit als *ausgebremste Demokratisierung* interpretieren: Genau in jenem Moment, als sich die Ostdeutschen als politische Subjekte erfanden, in dem Foren der Aushandlung gesellschaftlicher Verhältnisse entstanden und sich eine Sprache herausbildete, mit der Interessen sich ausdrücken sowie formieren ließen, setzte mit der Weichenstellung in Richtung Wiedervereinigung eine starke Entpolitisierung ein. Hier ergab sich eine Verriegelungssituation, die alternative Optionen von vornherein ausschloss. Weder mutete man der alten Bundesrepublik zu, über die eigenen Gewissheiten sowie Besitzstände Rechenschaft abzulegen und im Einigungsprozess ebenfalls zu einem neuen politischen Bewusstsein zu kommen, noch gab man den Ostdeutschen zu verstehen, es handle sich um mehr als einen Beitritt zum institutionellen sowie rechtlichen Regelwerk der BRD und auch *ihre* Vorstellungen über das *Wie* der neuen Ge-

meinschaft seien gefragt. Trotz des Aufbruchs der friedlichen Revolution und trotz der Schaffung demokratischer Strukturen im letzten Jahr der DDR blieben ostdeutsche Impulse zu einer gesamtdeutschen Weiterentwicklung der Demokratie letztlich äußerst begrenzt. Es mangelte damals sowohl am politischen Willen als auch an der sozialen Fantasie, sich den „Aufbau Ost“ anders denn als einen „Nachbau West“ vorzustellen.

Dementsprechend weitete sich die Bundesrepublik in der Fläche aus und inkorporierte die DDR, ohne größere Berücksichtigung der dort gewachsenen Strukturen und Mentalitäten. Manche sprechen recht drastisch von einer „Übernahme“,⁰³ angemessener ist vielleicht der Ausdruck eines „ready-made state“,⁰⁴ der in den Osten transferiert wurde. Beide Begriffe implizieren einen politischen Subjektverlust, da die Eigenleistungen der lokalen Akteure nur noch insoweit gefragt waren, als es darum ging, im Osten das im Westen bereits Vorhandene und Erprobte umzusetzen. Die Bundesrepublik – besser: die dortigen Parteien und das politisch-administrative System – bemühte sich, basisdemokratische Experimente oder neue (unkonventionelle) Formen der Partizipation wie etwa die Runden Tische zurückzudrängen. Sie galten schlichtweg als nicht kompatibel und dysfunktional, als störende Fremdkörper, um die es nicht weiter schade sei. Die Angst vor Eigen- oder Sonderstrukturen oder vor möglichen Rückwirkungen auf die Bundesrepublik-West war erheblich.

ZWISCHEN OHNMACHTSGEFÜHL UND AUTOPILOT

Die primäre ostdeutsche Erfahrung der damaligen Zeit bestand darin, dass die politisch Mächtigen, diskursiv Einflussreichen und ökonomisch Potenten plötzlich nicht mehr in Ostberlin, sondern im Westen der Republik saßen. Der Schwerpunkt der Einflussmacht verlagerte sich, was im

Osten zu einem Gefühl der Verohnmächtigung führte, ja führen musste, das sich über die Zeit verfestigt hat. Die Art und Weise, wie alle Anläufe, den Einigungsvertrag in Teilen noch einmal aufzuschneiden oder gesamtdeutsche institutionelle Lernprozesse zu ermöglichen, abgeschmettert wurden, spricht hier Bände. Mit Abschluss des Einigungsvertrages vollzog sich der weitere Prozess im Autopilotmodus. Die einmal getroffenen Regelungen galten als sakrosankt – auch noch im Rückblick irritierend, wenn man bedenkt, wie stark die Politik heutzutage auf die Straße reagiert, etwa auf Forderungen nach einer Verschärfung der Migrationspolitik oder auf Proteste von Landwirten. Die Massenkundgebungen gegen die Treuhand, die 35 000 Werftarbeiter, die im Februar 1991 auf den Rostocker Straßen demonstrierten, oder der wochenlange Hungerstreik der Kali-Kumpel in Bischofferode 1993 hatten jedenfalls keine vergleichbaren Wirkungen. Der Eindruck, überrollt oder übernommen zu werden und an Handlungsmacht einzubüßen, stellte sich bei vielen ein, interessanterweise auch bei jenen, die im Herbst 1989 nach den Jahren der Stagnation und Unmündigkeit euphorisch aufgesprungen und zu neuen Ufern aufgebrochen waren.

Bei manchen gipfelte dies im an den Westen gerichteten Vorwurf einer *Kolonialisierung des Ostens*, der bei näherem Hinsehen aber nicht weit trägt, weil die Ostdeutschen sich mit dem Schritt in die Wiedervereinigung freiwillig und sehenden Auges ihrer Entscheidungsautonomie beraubt und sich auch demografisch zu einer Minderheit in einem größeren Ganzen mit eigenen Spielregeln, anderen handelnden Personen und „fremden“ institutionellen Arrangements gemacht hatten. Man kann dies als Form der *Selbstentmächtigung* in unmittelbarer zeitlicher Nähe zur *Selbstermächtigung* im Herbst 1989 interpretieren, mit weitreichenden und damals noch nicht vollständig absehbaren Folgen für das Selbstwertgefühl der Ostdeutschen sowie für Erfahrungen politischer Selbstwirksamkeit.

Häufig wird für die Zeit nach 1989 der Vergleich mit der Neubegründung der Demokratie in der Bundesrepublik nach 1945 gezogen, mit der von den Amerikanern „geschenkten“ liberalen Ordnung, die sich bis heute als erfolgreich und stabil erweist. Man vergisst dabei oft, dass sich die DDR-Gesellschaft vom Herbst 1989 bis zur Wiedervereinigung ein Jahr später im Inneren bereits demokratisiert hatte, ehe sie das Poli-

01 Christina Morina, *Tausend Aufbrüche. Die Deutschen und ihre Demokratie seit den 1980er Jahren*, München 2023, S. 146.

02 Claus Offe, *Der Tunnel am Ende des Lichts. Erkundungen der politischen Transformation im Neuen Osten*, Frankfurt/M. 1994, S. 47.

03 Ilko-Sascha Kowalczyk, *Die Übernahme. Wie Ostdeutschland Teil der Bundesrepublik wurde*, München 2019.

04 Richard Rose/Christian Haerpfer, *The Impact of a Ready-Made State. East Germans in Comparative Perspective*, in: *German Politics* 1/1997, S. 100–121.

tikmodell der Bundesrepublik übernahm. Noch entscheidender aber ist: Die Demokratisierung der BRD wurde ab den frühen 1950er Jahren von einem unerwarteten und rapiden ökonomischen Aufschwung begleitet – dem sogenannten Wirtschaftswunder –, welcher die Menschen gewissermaßen in die Demokratie „hineinkaufte“. Auf dem Gebiet der ehemaligen DDR erweiterten sich zwar die Konsummöglichkeiten, gleichzeitig machten jedoch große Teile der Bevölkerung die Erfahrung von Arbeitslosigkeit, Deindustrialisierung und beruflicher Deklassierung. So sind diese zwei politischen Wege in die Demokratie bei näherem Hinsehen mit zwei ungleichen wirtschaftlichen Flugbahnen verknüpft. Wir wissen nicht, ob die Demokratisierung auch in der alten Bundesrepublik einen so erfolgreichen Verlauf genommen hätte, wäre sie nicht durch eine sehr positive wirtschaftliche Entwicklung flankiert und gestützt worden.

Die Aufwallung patriotischer Gefühle im Zuge der Wiedervereinigung kann in gewisser Hinsicht als Ersatzlegitimierung angesehen werden. Es kam, wie ich an anderer Stelle geschrieben habe, zu einer „*Unternutzung* des demokratischen Potenzials der friedlichen Protestbewegung“ und zu einer „*Übernutzung* des nationalen Potenzials politischer Mobilisierung“. ⁰⁵ Viel zu wenig haben die Verantwortlichen damals daran gedacht, dass man den Einsatz und die Selbstwirksamkeitserfahrungen der Ostdeutschen selbst braucht, um die Demokratie mit Leben zu füllen. Die Beweggründe dafür sind auch aus heutiger Sicht noch teilweise nachvollziehbar: Einerseits traute das politische Establishment des Westens den Akteuren vor Ort oft nicht den notwendigen Veränderungswillen zu und sah starke Beharrungskräfte am Werk, etwa in Form alter Seilschaften. Andererseits galt es, die Institutionen und Organisationen – Hochschulen, das Justizwesen und anderes mehr – auf bundesrepublikanische Standards zu trimmen.

Sozialstrukturell hingegen fand die angesprochene Überschichtung der ostdeutschen Gesellschaft durch westdeutsches Führungspersonal statt. Die Ostdeutschen waren Lernende und Anfänger in Sachen Demokratie, Rechtsstaat und Marktwirtschaft, daher schien es angemessen, wichtige Stellen (Verwaltungsleiter, Gerichts-

präsidenten, Universitätsrektoren, Manager, Filialleiter) mit Transfereliten zu füllen, die das Ruder übernehmen konnten. In der Summe bezogen mehrere zehntausend (vorwiegend männliche) Personen herausgehobene Positionen im Osten. Damit waren diese Westdeutschen die zentralen Akteure des Wandels, und alle Folgeprobleme konnten ihnen überantwortet werden. Jürgen Habermas hat zu Recht angemerkt, dass den Ostdeutschen so die Möglichkeit entzogen wurde, „*eigene Fehler zu machen und aus diesen Fehlern zu lernen*“. ⁰⁶ Denn ohne sozialkognitive Lernprozesse, ohne eine Aneignung struktureller Veränderungen bleibt eine große innere Distanz. Letztlich ist es unabdingbar, bei Transformationen auch einen „sense of ownership“ zu ermöglichen, indem Menschen an Veränderungsprojekten beteiligt werden. ⁰⁷

Die oft gestellte Frage, ob die Ostdeutschen die Führungspositionen überhaupt hätten ausfüllen können, dürfte sich mit einem Blick auf andere postsozialistische Staaten in Ostmitteleuropa eigentlich erledigen. Dort waren es in der Regel sehr junge Nachrückeliten, die quasi über Nacht auf Spitzenposten gelangten und sich dort – *learning by doing* – recht schnell die Kompetenzen und das notwendige Know-how aneigneten. Sicher, das war nicht immer ein Spaziergang, aber es war eben nicht unmöglich, was man auch an den raren ostdeutschen Aufsteigern sehen kann, deren Erfolg sich sehr wahrscheinlich weniger überlegenen Fähigkeiten verdankt als schlicht dem Umstand, dass sich ihnen Chancen boten, die andere nicht hatten.

Die schon in der DDR gängige Elitenkritik übertrug sich in der Folge auf eine neue Führungsschicht, die Logik des „Die da oben, wir hier unten“ blieb als wichtiges Deutungsmuster erhalten. Die Transformation Ostdeutschlands war so spätestens mit der Festlegung eines konkreten Wegs zum Beitritt von einer selbst- zu einer fremdbestimmten geworden – und das in dreifacher Hinsicht: Es kam zu einem Institutionentransfer, die westdeutschen Transfereliten be-

⁰⁵ Steffen Mau, Lütten Klein. *Leben in der ostdeutschen Transformationsgesellschaft*, Berlin 2019, S. 149.

⁰⁶ Zit. nach Claudia Czingon/Aletta Diefenbach/Victor Kempf, *Moralischer Universalismus in Zeiten politischer Regression*. Jürgen Habermas im Gespräch über die Gegenwart und sein Lebenswerk, in: *Leviathan* 1/2020, S. 7–28, hier S. 15.

⁰⁷ Vgl. *Vom Einheitsrausch zum AfD-Kater? Steffen Mau und Claus Offe im Gespräch mit Claudia Czingon über 30 Jahre deutsche Einheit*, in: *Leviathan* 3/2020, S. 358–380, hier S. 360f.

setzten in den neuen Bundesländern zentrale Positionen, und die Finanztransfers flossen von West nach Ost. Das drängte die sich gerade emanzipierenden und zu einem öffentlich wirksamen politischen Bewusstsein gekommenen Ostdeutschen in eine Rolle des Sich-Einfügens, Unterordnens und Lernens. Zugleich entstand daraus ein ungutes, fast vormundschaftliches Verhältnis, in dem die eine Seite sagte, wo es langzugehen hat, und die andere folgen musste. Eine solche Gemengelage birgt großes Unmutspotenzial. Wann immer sich Versprechen nicht erfüllen („blühende Landschaften“) oder Hoffnungen enttäuscht werden, lässt sich die Verantwortung leicht in eine Richtung schieben. Der Prozess erwies sich einerseits als sehr enttäuschungsanfällig, andererseits waren die „Verursacher“ der Lage leicht auszumachen.

In gewisser Weise hat diese Asymmetrie die deutsch-deutschen Verhältnisse lange bestimmt (und sie wirkt bis heute fort). Ostdeutschland fehlte ein über den Herbst 1989 hinausweisendes emanzipatorisches Projekt mit eigenen Begriffen, Bewusstseinsformen und politischen Zielen. Die psychologischen Nachteile einer auf Nachahmung angelegten Transformation haben der Politikwissenschaftler Ivan Krastev und der Jurist Stephen Holmes in ihrem Buch „Das Licht, das erlosch“ sehr gut erläutert.⁰⁸ Wenn Menschen sich an von außen kommende Anforderungen anpassen müssen, geraten sie kollektiv unter Stress und fürchten, dass ihre Leistungen, Traditionen und Gewohnheiten unter die Räder kommen. Fragen von Anerkennung und sozialer Geltung werden im Verhältnis von Nachzuahmenden und Nachahmern prekär. Was einst als erstrebenswert galt, kann in ein notorisches Insuffizienzgefühl und Verbitterung umschlagen, wenn man sich fortwährend mit Umstellungsanforderungen konfrontiert sieht.

PARTEIENSKEPSIS UND PARTIZIPATIONSBEDÜRFNISSE

Es gibt weitere Weichenstellungen, die bis heute fortwirken. Für die Demokratie spielen Parteien eine zentrale Rolle – auch wenn das Wort „Parteiendemokratie“ oft abwertend verwendet wird, ist es sachlich angemessen. Parteien stellen nicht nur die Mandatsträger und das politi-

sche Personal, sie organisieren auch die demokratische Willensbildung. Technisch gesprochen, üben sie eine „Interessenaggregationsfunktion“ aus: Sie bündeln die Forderungen ihrer Mitglieder und Wählerschaften und bringen sie in den parlamentarischen Prozess ein. Um diese Funktion zu erfüllen, müssen sie auf der lokalen Ebene gut verwurzelt sein; ohne aktive Ortsverbände wären sie reine Wahlplattformen und von der gesellschaftlichen Basis weitgehend entkoppelt. Doch genau das ist in Ostdeutschland häufig der Fall, die Bedeutung der Parteien für die lokale politische Kultur ist aus historischen Gründen überschaubar.

In der DDR gab es zwar Parteien, aber die Führungsrolle der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (SED) war festgeschrieben. Die übrigen Parteien hatten lediglich die Funktion von Steigbügelhaltern, als Instanzen der Willensbildung kamen sie nicht in Betracht (in der Volkskammer waren übrigens nicht nur Parteien nach einem vorab festgelegten Schlüssel vertreten, sondern auch Repräsentanten von Massenorganisationen wie dem Kulturbund oder der Freien Deutschen Jugend, FDJ). Beim Aufbruch im Herbst 1989 – der demokratischen Urerfahrung der Ostdeutschen – spielten Parteien ebenfalls nur eine untergeordnete Rolle. Entscheidend sei vielmehr die „straßendemokratische Emanzipationserfahrung“ gewesen, schreibt die Historikerin Christina Morina in ihrem Buch „Tausend Aufbrüche“.⁰⁹ Sprechchöre, Spaziergänge und Demonstrationen waren die Mittel, um den „Oberen“ Zugeständnisse abzurufen. „Sich Gehör verschaffen“ lautete die damals inflationär verwendete Formel. Bezeichnenderweise war seitens der zivilgesellschaftlichen Akteure des Reformherbstes immer wieder Kritik am „Parteienstaat“ zu hören, der den souveränen Willen des Volkes zu stark beschränke. Man war skeptisch, wo es darum ging, die Macht an von Parteien ausgewählte und in allgemeinen Wahlen bestimmte Vertreter zu delegieren. Stattdessen dominierte der Wunsch, Dinge durch breite Bürgerbeteiligung, etwa über Volksentscheide, unmittelbar zu gestalten.¹⁰ In diese Richtung zielte auch die Präferenz für dialogorientierte Formate wie Runde Tische, an denen man unterschiedliche

⁰⁸ Vgl. Ivan Krastev/Stephen Holmes, *Das Licht, das erlosch*. Eine Abrechnung, Berlin 2019.

⁰⁹ Vgl. Morina (Anm. 1), S. 299.

¹⁰ Vgl. ebd., S. 146ff.

Standpunkte einbringen und öffentlich verhandeln konnte. Der letzte Verfassungsentwurf der DDR, der maßgeblich durch eine Arbeitsgruppe im Auftrag des Runden Tisches ausformuliert wurde, enthielt dementsprechend plebiszitäre Elemente, die deutlich über die im Grundgesetz vorgesehenen Möglichkeiten hinausgingen, dann aber nicht weiterverfolgt wurden.

Christina Morina weist auf einen weiteren interessanten Punkt hin, nämlich auf ein eigenes – allerdings weitgehend gedeckeltes – Partizipationsverständnis, das sich bereits in der DDR ausgebildet hatte. So gab es trotz aller Versuche, jede Kritik zu unterdrücken, ein reges Eingaben- und Beschwerdebriefwesen, das nicht so recht zum Bild einer völlig „widerspruchsfreien Gesellschaft“ passt.¹¹ Diese Bürgerpost an staatliche Stellen war nicht nur bittend und im Ton zurückgenommen, sondern durchaus fordernd. Konkrete Vorschläge zur Verbesserung des Sozialismus insgesamt sowie einzelner Aspekte des täglichen Lebens wurden ebenso vorgebracht wie an „Partei und Regierung“ gerichtete Vorwürfe. So entwickelten sich begrenzte und stark auf die staatliche Administration und die Funktionsträger orientierte Formen der nichtinstitutionalisierten Willensbekundung. In diesen Briefen findet sich jedenfalls weitaus mehr Kritik, als man sie in der DDR auf politischen Veranstaltungen zu hören bekam, in den Zeitungen lesen konnte oder in der Schule äußern durfte.

In Ostdeutschland sind die Parteien nach 1989 mitgliedermäßig nie zu der Blüte aufgestiegen, die sie in der Nachkriegsbundesrepublik erlebten: Jenseits der PDS/Die Linke handelte es sich oft um elektorale Scheinriesen, als Mitgliedschaftsorganisationen waren und sind sie bis heute nicht wirklich bedeutsam. Die Schwäche der Parteien im Osten hat zwei Ursachen. Durch die Rolle der „Partei“ (SED) und die vielfach erzwungene Mitgliedschaft in den Massenorganisationen war ein tiefes Misstrauen gegenüber verbandsförmiger Interessenorganisation entstanden. Und anders als in der alten Bundesrepublik gab es eben keine durch Volksparteien getragene Demokratisierung. Die nach 1989 vor allem auf Ausdehnung in der Fläche setzenden „Westparteien“ waren zwar bei Wahlen er-

folgreich, konnten aber keine breiteren gesellschaftlichen Trägerschichten an sich binden oder übernehmen einfach das, was ihnen zum Vorteil gereichte. Die DDR-„Blockflötenparteien“ CDU, DBD (Demokratische Bauernpartei Deutschlands), NDPD (National-Demokratische Partei Deutschlands) und LDPD (Liberal-Demokratische Partei Deutschlands) vereinigten sich umstandslos mit bundesdeutschen Partnerorganisationen, erstere zwei mit der West-CDU, letztere mit der FDP. Eine Aufarbeitung der Parteiengeschichte – die NDPD war beispielsweise mit dem Ziel gegründet worden, ehemalige NSDAP-Mitglieder und Wehrmachtsoffiziere in den Sozialismus zu integrieren – blieb weitgehend aus, ihre Steigbügelhalterrolle in der DDR wurde verschämt versteckt. Bündnis 90 und Die Grünen bemühten sich zwar um ein Zusammengehen auf Augenhöhe, doch die Bürgerrechtspartei hatte keine Massenbasis und wurde letztendlich ebenfalls von der größeren Schwester aus dem Westen majorisiert, nur wenige Figuren aus der Übergangszeit erlangten größere Bedeutung. Bei der SPD war es ähnlich. Die PDS/Die Linke startete als starke Organisation, schrumpfte dann aber durch zahlreiche Austritte und die natürliche Mortalität eines überalterten Mitgliederstamms. Andere Parteien hatten mangels finanzieller Ressourcen und organisationaler Kapazitäten kaum Chancen, sich angesichts der Dominanz der westdeutschen Konkurrenz als ernsthafte Mitbewerber zu etablieren.

Hinzu trat in den 1990er Jahren ein eher präsidentieller Politikstil einzelner Ostdeutscher (wie Manfred Stolpe in Brandenburg), vor allem aber aus dem Westen gekommener reaktivierter Granden des Politikbetriebs wie Kurt Biedenkopf („König Kurt“) in Sachsen oder Bernhard Vogel in Thüringen. Sie gaben sich als überparteiliche Landesväter und verhinderten somit eine klare parteipolitische Profilbildung. Ihre Aufgabe sahen sie eher im Mitnehmen und in der Konsensstiftung, sodass viele notwendige Auseinandersetzungen unterblieben, etwa mit der Diktaturerfahrung oder mit dem erstarkenden Rechtsradikalismus, den wir heute unter dem Stichwort „Baseballschlägerjahre“¹² diskutieren. Die rassistische und rechte Gewalt der Nachwendejahre wurde lange Zeit verharmlost und ist erst

¹¹ Vgl. Sighard Neckel, Die ostdeutsche Doxa der Demokratie. Eine lokale Fallstudie, in: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie 4/1995, S. 658–680, hier S. 672.

¹² Siehe den 2019 von Christian Bangel auf Twitter (heute X) initiierten Hashtag #baseballschlägerjahre.

in den vergangenen Jahren Bestandteil der Erinnerungspolitik geworden.¹³ Unvergessen: Kurt Biedenkopf stellte „seinen“ Sachsen noch im Jahr 2000 sogar eine Unbedenklichkeitsbescheinigung in Sachen Rechtsradikalismus aus und erklärte sie politisch für immun, obwohl die Einwurzelung rechter Netzwerke schon damals mehr als offensichtlich war.

Von erheblichem Gewicht für die Fernwirkung der damaligen Situation ist das Gelegenheitsfenster, das sich nach 1989 für rechtsextreme Akteure aufgetan hat. Man darf nicht vergessen: In der DDR gab es keine politische Öffentlichkeit, keine Zivilgesellschaft, die Sphäre zwischen den Bürgern und dem Staat war durch parteinahe Massenorganisationen oder die volkseigenen Betriebe besetzt. Diese intermediären Strukturen verschwanden buchstäblich über Nacht, zurück blieb eine Art Vakuum, das die aus dem Boden schießenden Initiativen und Graswurzelbewegungen der friedlichen Revolution nur unvollständig füllen konnten. Viele verschwanden nach kurzer Blüte rasch wieder. Anders als im Westen existierte kein dichter Kranz an zivilgesellschaftlichen Initiativen, pfadfinderischer Jugendarbeit oder Vereinen. Kirchen spielten in einem stark säkularisierten Umfeld nur eine untergeordnete Rolle, die Gewerkschaften haben erst in den vergangenen Jahren an Profil gewonnen, dünn besiedelt ist auch die Landkarte privater Stiftungen. Für Ostdeutschland lässt sich auch heute noch eine *zivilgesellschaftliche Formschwäche* konstatieren. Erwartungsgemäß fällt die sogenannte Engagementquote – also der Anteil derjenigen, die zum Beispiel in Sportvereinen, in der Bildungsarbeit oder im Umwelt- und Naturschutz aktiv sind – niedriger aus als in Westdeutschland.¹⁴ Vereine sind in Ostdeutschland häufig auf Freizeitaktivitäten und Geselligkeit ausgerichtet; sie treten seltener mit einem gesellschaftsgestaltenden Anspruch an, auch ihre durchschnittliche Ressourcenausstattung ist geringer.¹⁵

¹³ Vgl. Lydia Lierke/Massimo Perinelli, *Erinnern stören. Der Mauerfall aus migrantischer und jüdischer Perspektive*, Berlin 2020.

¹⁴ Vgl. Holger Backhaus-Maul/Rudolf Speth, *Bürgerschaftliches Engagement und zivilgesellschaftliche Organisationen in Deutschland*, 16. 11. 2020, www.bpb.de/47178.

¹⁵ Vgl. David Kuhn/Peter Schubert/Birthe Tahmaz, *Vielfältig. Lokal. Vernetzt. Unternehmerisches und zivilgesellschaftliches Engagement in Ostdeutschland*, Berlin 2024, S. 10.

EINWURZELUNG RECHTER STRUKTUREN

In diesen damals relativ verwaisten Raum sind rechte politische Akteure sehr bewusst hineingegangen. Etliche von ihnen kamen aus dem Westen, weil sie im Osten mehr „Beinfreiheit“ für ihre nationalistischen und völkischen Ziele und Botschaften hatten und weil sie außerdem an die nationalistischen und ausländerfeindlichen Stimmungen anknüpfen konnten, die es bereits in der DDR gegeben hatte und die in einer verunsicherten Gesellschaft nun verstärkt an die Oberfläche traten. Die Pulverisierung des alten ideologischen Überbaus, die dadurch hervorgerufene ideelle Orientierungslosigkeit und die im Einigungsprozess forcierte Aufwallung nationaler Gemeinschaftsgefühle taten ein Übriges, um den Boden für rechte Akteure und dann später die AfD zu bereiten. Kirchen, Gewerkschaften, Vereine und soziale Bewegungen waren zu schwach, um ihnen etwas entgegenzusetzen, sodass diese Strukturen und Netzwerke nunmehr auch zivilgesellschaftliche Funktionen übernommen haben. Personen mit völkischen und rechtsnationalen Überzeugungen sind selbst zu Funktionsträgern in Einrichtungen wie der Freiwilligen Feuerwehr oder der Handwerkskammer geworden; „Infiltration“ ist eine bekannte Strategie der Unterwanderung durch rechtsextreme Kräfte. Sie drängen massiv in die Ehrenämter, sodass sich ein weit über Wahlerfolge hinausgehender Anhaftungseffekt ergeben hat; zuweilen hört man hinter vorgehaltener Hand sogar den unschönen, aber womöglich treffenden Begriff der „angebräunten Zivilgesellschaft“. Man kann wohl von einer strukturellen Langfristigkeit dieser Einwurzelungen ausgehen und damit von einer Entwicklung, die sich nicht ohne Weiteres und schon gar nicht schnell wieder zurückdrehen lässt. Hier haben frühe Weichenstellungen zu nur schwer zu durchbrechenden Pfadabhängigkeiten geführt.

Der vorliegende Text ist eine leicht überarbeitete Fassung des zweiten Kapitels aus dem Buch „Ungleich vereint. Warum der Osten anders bleibt“. © Suhrkamp Verlag AG, Berlin 2024

STEFFEN MAU

ist Professor für Makrosoziologie am Institut für Sozialwissenschaften der Humboldt-Universität zu Berlin.

VON DER EXKLUSION ZUR ENTFREMDUNG?

Realitäten und Folgen der Unterrepräsentation Ostdeutscher in den Eliten seit 1990

Raj Kollmorgen · Jan Schaller

Die jüngsten Europawahlen demonstrierten nicht nur die flächendeckende Stärke der Partei „Alternative für Deutschland“ (AfD) im Osten; sie haben zugleich die anhaltende Differenz, viele formulieren: die Kluft der gesellschaftspolitischen Landschaft zwischen Ost und West, unterstrichen. Bei der Erklärung dieser Differenz und der scheinbar verfestigten Entfremdung Ostdeutscher von den Institutionen und Eliten der bundesdeutschen Demokratie in der Größenordnung von 30 bis 50 Prozent der erwachsenen Wohnbevölkerung⁰¹ hat eine These an Bedeutung gewonnen, die der Leipziger Literaturwissenschaftler Dirk Oschmann in seinem im Osten breit gefeierten Sachbuch „Der Osten: eine westdeutsche Erfindung“ in wünschenswerter Klarheit vorträgt. Oschmann diagnostiziert einen „wirtschafts- und gesellschaftspolitische[n] Totalausschluss“ der Ostdeutschen, weil es „zwar formale, aber reell nur wenige Chancen auf Teilhabe“ gebe.⁰² Ein wesentliches Element dieser Exklusion erkennt Oschmann in der systematischen Unterrepräsentation der Ostdeutschen in den Eliten. Dazu führt er Studien an, die „derzeit“ einen ostdeutschen Anteil von 1,7 Prozent in den Sektoren „Wissenschaft, Verwaltung, Jurisprudenz, Medien und Wirtschaft“ ausweisen.⁰³ In den Bundesministerien seien heute (2022) „diejenigen mit einer ostdeutschen Herkunft nur mit unter ein[em] Prozent vertreten“.⁰⁴ Insofern, so Oschmann, handele es sich für den Osten – da „man sich nicht adäquat repräsentiert findet“ – nicht um eine „repräsentative Demokratie“; vielmehr müsse von einer „Demokratiesimulation“ gesprochen werden.⁰⁵ Den Ostdeutschen vor diesem Hintergrund eine „Demokratiefeindlichkeit“ oder die Wahl rechtspopulistischer und extremistischer

Parteien vorzuwerfen, sei nicht nur „einfältig“, sondern verzerrend und zugleich sozial entwertend.⁰⁶

Auch wenn Oschmann keineswegs der Erste ist, der diesen mutmaßlichen Zusammenhang thematisiert,⁰⁷ fordern diese starke These und ihre empirische Fundierung eine kritische Überprüfung und Reflexion. Wir konzentrieren uns dabei auf drei Aspekte:⁰⁸ Erstens soll die (Unter-)Repräsentation Ostdeutscher in den Eliten seit 1990 zusammenfassend dargestellt werden, zweitens wird zuspitzend auf wesentliche Ursachen dafür eingegangen. Drittens wollen wir die Folgen der (Unter-)Repräsentation für die Distanz vieler Ostdeutscher gegenüber dem demokratischen System und die Stärke rechtspopulistischer Kulturen andiskutieren.

OSTDEUTSCHE IN DEN ELITEN SEIT 1990

Unter „Eliten“ in modernen Gesellschaften verstehen wir eine Gruppe von Menschen, die in jeweils bestimmten Sektoren (wie Wirtschaft, Politik oder Recht) aufgrund ihrer materiellen oder symbolischen Macht die wesentlichen Regeln setzt, Ressourcen verteilt und Entscheidungen mit (tendenziell) gesamtgesellschaftlicher Reichweite trifft. Grundsätzlich lassen sich vier Idealtypen der Elitenzirkulation, also der typischen Art des Aufstiegs und des Austausches von Personen auf elitären Positionen, unterscheiden: erstens Karriere- oder Ernennungseliten, bei denen die höchsten Positionen qua Kooptierung vergeben werden und oft formalisierte Laufbahnen existieren – zum Beispiel in der Verwaltung oder im Militär; zweitens Delegations- oder demokratische Wahleliten, bei denen Elitenangehörige von

einem externen Kreis Berechtigter ausgewählt und vielfach auf Zeit in die Position entsandt werden, worunter klassischerweise aus Wahlen hervorgehende Mandatsträger wie Parteivorsitzende oder Führungspositionen in Parlamenten fallen; drittens marktgenerierte Besitzeliten wie Unternehmereigentümer von marktbeherrschenden Großunternehmen; sowie viertens informelle Reputationseliten, deren Karriere stark von den personengebundenen symbolischen Machtressourcen abhängig ist, wie etwa bei Intellektuellen oder Influencern.⁰⁹

Fragt man, welche Führungspositionen in den unterschiedlichen Sektoren zu den elitären gezählt werden,¹⁰ lassen sich etwa für den Sektor der politischen Repräsentationseliten neben Bundeskanzler/-in und Bundesminister/-innen die Fraktionsvorsitzenden der im Bundestag vertretenen Parteien sowie – infolge des föderalen Staatsaufbaus – die Ministerpräsident/-innen und Minister/-innen der Länder nennen. Zur Verwaltungselite gehören sowohl die beamteten Staatssekretär/-innen des Bundes und der Länder sowie die Ebene der Abteilungsleiter/-innen der Bundesministerien. Für den wirtschaftlichen Sektor sind es unter anderem die Vorstandsmitglieder und Unternehmereigentümer der sektoral jeweils umsatzstärksten Großunternehmen. Für die Judikative gehören die Mitglieder des Bundesverfassungsgerichts, aber auch die vorsitzenden Richter/-innen aller höchsten deutschen Gerichte dazu. Für Deutschland handelt es sich daher – je

nach konkreter Ausgestaltung des Samples – insgesamt um etwa 4000 bis 10000 Positionen.¹¹

Exkurs: Wer ist Ostdeutsche/r?

Wer über den Anteil Ostdeutscher in den Eliten sprechen will, muss vorher klären, wer im vorliegenden Zusammenhang als solche/r verstanden wird. Zu dieser keineswegs trivialen Frage hat sich eine von uns entwickelte Bestimmung weitgehend durchgesetzt, die unter Ostdeutschen all jene Menschen fasst, die entweder in der DDR oder nach 1990 in den fünf neuen Ländern (einschließlich Ostberlin) von ehemaligen DDR-Bürger/-innen geboren wurden und dort wesentlich, das heißt mindestens bis zum 14. Lebensjahr, aufgewachsen sind.¹² Insofern zählen auch erwachsene Menschen aus der DDR, die vor 1989 in die Bundesrepublik migrierten, zu Ostdeutschen, sowie diejenigen, die als Kinder Ostdeutscher in den westlichen Bundesländern geboren wurden und dann nach Ostdeutschland zurückkehrten und dort wesentlich leb(t)en. Umgekehrt wird aus einem in der alten Bundesrepublik um 1960 geborenen und dort aufgewachsenen Menschen selbst dann kein/e Ostdeutsche/r, wenn er oder sie 1995 in den Osten zog und seitdem dort lebt – wie immer dieser Mensch sich selbst fühlen und verstehen mag. Mit dieser Bestimmung, die „Ostdeutschsein“ im Kern sozialisatorisch, mithin biografisch und lebensweltlich fasst, wird nicht nur plausibel, dass es vielfältige Abstufungen gibt, die von Lebensverläufen mit intensiver innerdeutscher Migrationsgeschichte bis hin zu ost-west-deutschen Elternschaften reichen. Es ist auch evident, dass die „Abweichungen“ vom klassischen Typus seit 1990 zunehmen. Anderer-

01 Vgl. dazu exemplarisch Everhard Holtmann/Reinhard Pollak/Marion Reiser (Hrsg.), Deutschland-Monitor 2023. Gesellschaftliche und politische Einstellungen, Frankfurt/M.–New York 2024 (i. E.). Die angegebene Spanne von 30 bis 50 Prozent ergibt sich aus unterschiedlichen Messungen, Typisierungen und Dateninterpretationen, vgl. auch Raj Kollmorgen, Rechtspopulismus in Ostdeutschland, in: Johannes Schütz/Steven Schäller/Raj Kollmorgen (Hrsg.), Die neue Mitte? Ideologie und Praxis der populistischen und extremen Rechten, Weimar u. a. 2021, S. 159–188.

02 Dirk Oschmann, Der Osten: eine westdeutsche Erfindung, Berlin 2023, S. 93, S. 95.

03 Ebd., S. 93.

04 Ebd., S. 96, vgl. auch S. 112f.

05 Ebd., S. 96.

06 Vgl. ebd., S. 37, S. 71f., S. 97–101, S. 122.

07 Zur Debatte siehe Raj Kollmorgen, Die Unterrepräsentation von Ostdeutschen und Menschen mit Migrationshintergrund in den Eliten. Eine Einführung, in: ders./Lars Vogel/Sabrina Zajak (Hrsg.), Ferne Eliten. Die Unterrepräsentation von Ostdeutschen und Menschen mit Migrationshintergrund, Wiesbaden 2024, S. 1–67, hier S. 3–9, S. 34–37.

08 Die folgenden Daten und Analysen basieren wesentlich auf zwei Forschungsprojekten. Vgl. Kollmorgen/Vogel/Zajak (Anm. 7) sowie die Website des vom Ostbeauftragten der Bundesregierung seit 2022 geförderten „Elitenmonitors“, <https://research.uni-leipzig.de/elitenmonitor>.

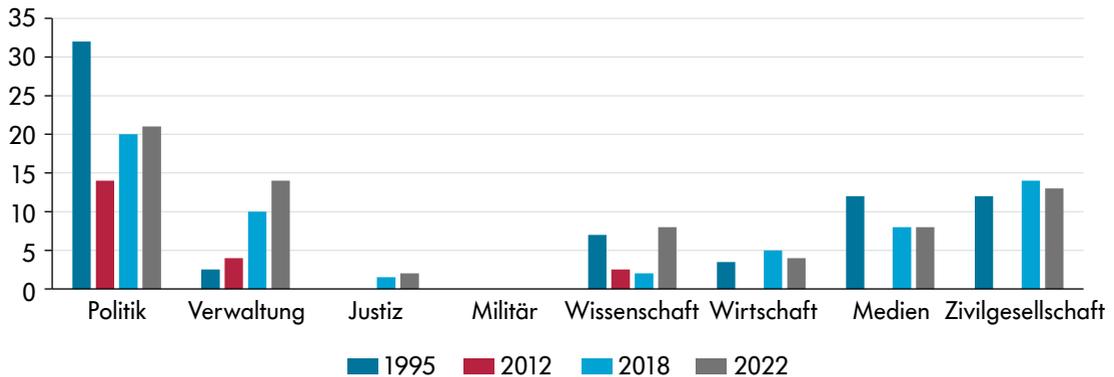
09 Vgl. zusammenfassend Kollmorgen (Anm. 7), insb. S. 14–18.

10 Zur Vereinfachung beschränken wir uns im Folgenden auf Positionseliten und sparen die Angehörigen der Reputationseliten aus, vgl. aber Kollmorgen/Vogel/Zajak (Anm. 7).

11 Vgl. Katharina Heger/Lars Vogel, Positionsauswahl der Elitenstudie 2019 – Sample Report, in: Kollmorgen/Vogel/Zajak (Anm. 7), S. 69–107.

12 Vgl. Raj Kollmorgen, Ostdeutschland. Beobachtungen einer Übergangs- und Teilgesellschaft, Wiesbaden 2005, S. 123; ders., Außenseiter der Macht. Ostdeutsche in den bundesdeutschen Eliten, in: Ulrich Busch/Michael Thomas (Hrsg.), Ein Vierteljahrhundert Deutsche Einheit. Facetten einer unvollendeten Integration, Berlin 2015, S. 189–220.

Abbildung: Anteile Ostdeutscher an sektoralen Eliten 1995–2022, in Prozent



Anmerkung: In der Erhebung 2012 wurde der Sektor Zivilgesellschaft nicht gesondert erfasst. Alle anderen Nullwerte bedeuten einen Anteil von 0 Prozent.

Quelle: Volker Brandy et al., Zwischenergebnisse Elitenmonitor – Ostdeutsche in Spitzenführungspositionen, in: Beauftragter der Bundesregierung für Ostdeutschland, Zum Stand der Deutschen Einheit. Bericht der Bundesregierung 2023, Berlin 2023, S. 31; Beauftragter der Bundesregierung für Ostdeutschland, Ostdeutschland. Ein neuer Blick. Bericht 2022, Berlin 2022, S. 145.

seits haben jüngste Elite-Erhebungen für Deutschland gezeigt, dass sich auch heute noch (2019) deutlich über 80 Prozent aller elitären Positionsinhaber über den Geburtsort korrekt erfassen lassen. Das heißt, mehr als acht von zehn Elitenangehörigen sind nicht nur in einem der beiden Landesteile geboren worden und aufgewachsen, sondern leben dort auch als Elitenangehörige, wobei davon in Ost und West etwa 9 Prozent über längere Lebenserfahrungen in beiden Landesteilen verfügen.¹³

Wird diese Bestimmung der Ostdeutschen zugrunde gelegt, beträgt deren Anteil an der bundesdeutschen Gesamtbevölkerung zwischen 17 und maximal 20 Prozent.¹⁴ Die Unschärfe ist statistisch bedingt, weil Berlin (gerade nach 1990) als Geburtsort ein oft unlösbares Zuordnungsproblem mit sich bringt, nicht alle Migrationsbewegungen erfassbar sind und ost-west-deutsche (Familien-)Biografien unterschiedlich kategorisiert werden können.

Die vorliegenden Forschungen zum Anteil Ostdeutscher in den sektoralen Eliten seit 1990 können in drei Befunden resümiert werden (Abbildung):¹⁵

13 Vgl. Lars Vogel, Ausmaß und Persistenz personeller Unterrepräsentation in den Eliten Deutschlands, in: Kollmorgen/Vogel/Zajak (Anm. 7), S. 107–149.

14 Vgl. Kollmorgen, Außenseiter der Macht (Anm. 12); Vogel (Anm. 13).

15 Vgl. Volker Brandy et al., Zwischenergebnisse Elitenmonitor – Ostdeutsche in Spitzenführungspositionen, in: Der Beauftragte der Bundesregierung für Ostdeutschland, Zum Stand der Deutschen

(1) Der Gesamtanteil Ostdeutscher in den Eliten betrug Mitte der 1990er Jahre 5 bis 7 Prozent,¹⁶ bewegte sich um 2010 im Bereich von 6 bis 8 Prozent, steigerte sich 2018 auf 11 und betrug zuletzt (2022) 12 Prozent. Damit sind Ostdeutsche seit Anfang der 1990er Jahre signifikant unterrepräsentiert, obwohl sich ihr Anteil in den vergangenen 20 Jahren annähernd verdoppelt hat. Zugleich sind damit Angaben, die für die jüngste Zeit einen Anteil Ostdeutscher zwischen 1,5 und 3 Prozent an den bundesdeutschen Eliten diagnostizieren,¹⁷ schlicht unzutreffend und durch keine seriöse Erhebung gestützt.

Einheit. Bericht der Bundesregierung 2023, Berlin 2023, S. 28–39; Raj Kollmorgen/Lars Vogel/Sabrina Zajak, Wege aus der Unterrepräsentation: Resümee und gesellschaftspolitische Handlungsempfehlungen, in: dies. (Anm. 7), S. 359–390, hier S. 371.

16 Die Potsdamer Elite-Studie hatte hier 12 Prozent ermittelt, was wohl vor allem am sehr hohen Anteil von politischen Positionen liegt. Wir haben das Sample virtuell angepasst und schätzen damit den Anteil auf 5 bis 7 Prozent. Vgl. Jörg Machatzke, Die Potsdamer Elitestudie – Positionsauswahl und Ausschöpfung, in: Wilhelm Bürklin et al., Eliten in Deutschland. Rekrutierung und Integration, Opladen 1997, S. 35–68, hier S. 66. Zur Diskussion siehe Kollmorgen, Außenseiter der Macht (Anm. 12).

17 Vgl. Michael Bluhm/Olaf Jacobs, Wer beherrscht den Osten? Ostdeutsche Eliten ein Vierteljahrhundert nach der deutschen Wiedervereinigung, Leipzig 2016, www.mdr.de/heute-im-osten/wer-beherrscht-den-osten-studie-100.html; Oschmann (Anm. 2); Michael Schönherr/Julia Antusch/Olaf Jacobs, Der lange Weg nach oben. Wie es Ostdeutsche in die Eliten schaffen, Leipzig 2022, https://ostdeutscheswirtschaftsforum.de/wp-content/uploads/2022/06/20220608_Der-lange-Weg-nach-oben_Ostdeutsche-Eliten.pdf.

(2) Mit Blick auf die unterschiedlichen Sektoren und deren Dynamiken fällt zweierlei auf: Zum einen unterscheiden sich die Anteile der Sektoren substantiell; sie reichen von 0 (Militär) bis über 20 Prozent in der Politik (eine frühe Messung 1995 identifizierte hier sogar über 30 Prozent). Niveaus und Verläufe der ostdeutschen Anteile lassen sich dabei drei Clustern zuordnen: In Gruppe 1 (Politik, Zivilgesellschaft) finden sich Sektoren der demokratischen Wahleliten, in denen der Anteil schon früh relativ hoch war und auch heute noch hoch ist, das heißt über 10 und bis zu 20 Prozent. In Cluster 2 (Verwaltung, Wissenschaft, Medien) dominieren Aufstiegsprozesse des Karriere- und Ernennungstyps. Die Werte der Sektoren variieren zwar erheblich, der übergreifende Trend eines leichten Anstiegs mündete zuletzt in Anteile zwischen 5 und 10 Prozent – in der Verwaltung auch darüber. Cluster 3 wird von den klassischen Laufbahnsektoren der Judikative (höchste Richter) sowie des Militärs (Generalität) gebildet; dazu gehört auch die Managerelite als wichtige Teilgruppe im Wirtschaftssektor. Hier verharren die Werte bis heute auf niedrigstem Niveau zwischen annähernd 0 und unter 5 Prozent.

Zum anderen soll noch einmal der Sektor der politischen Repräsentationsebenen – Regierung, Parlament und Parteien – hervorgehoben werden, weil es hier schon seit Mitte der 1990er Jahre eine weitgehend angemessene Repräsentation Ostdeutscher gab. Unter den im Sektor der Verwaltung beschäftigten elitären Führungskräften (Staatssekretär/-innen, Abteilungsleiter/-innen) waren 2023 bei den obersten Bundesbehörden (von Ministerien und Bundesämtern bis zum Bundespräsidialamt) 5 Prozent Ostdeutsche, unter Erweiterung auf *alle* elitären Verwaltungspositionen (auch der Länder) betrug der Anteil Ostdeutscher 2022 sogar 14 Prozent.¹⁸ Angesichts dieser Anteile lässt sich beim besten Willen nicht sinnvoll von einer „repräsentationsleeren“ Demokratie oder „Demokratiesimulation“ sprechen. Oschmanns Diagnose und die daran gebundene harte Kritik sind empirisch haltlos und insofern falsch.¹⁹

18 Vgl. für die Bundesebene Ostbeauftragter der Bundesregierung (Anm. 15), S. 23. Die Daten für die Ostdeutschen mit und ohne Berlin wurden zusammengezogen. Für 2022 vgl. Brandy et al. (Anm. 15), S. 31 und zum Sample Heger/Vogel (Anm. 11).

19 Oschmann hat selbst an späterer Stelle eingeräumt, dass es im politischen Sektor sehr wohl eine angemessene Repräsentation der Ostdeutschen gibt, gleichwohl aber an seiner radikalen These festgehalten – wie immer er das für sich begründet haben mag. Vgl. Oschmann (Anm. 2), S. 112.

(3) Schaut man auf Ostdeutschland selbst, so beträgt der Anteil Ostdeutscher an den regionalen (Sub-)Eliten in den neuen Ländern heute (2022) etwa 25 Prozent, bei einem Bevölkerungsanteil von rund 80 Prozent. Selbst in der eigenen Region sind damit die Ostdeutschen in den Eliten und hohen Führungspositionen deutlich mindervertreten. Dabei zeigt sich ein mit der Bundesebene vergleichbares Verteilungsmuster: eine geringere Unterrepräsentation in der Politik, eine drastische in der Judikative.²⁰

URSACHEN DER OSTDEUTSCHEN UNTERREPRÄSENTATION

Die deskriptive oder personelle Unterrepräsentation von bestimmten Bevölkerungsgruppen (wie ethnischen Minderheiten, Frauen, Menschen mit Behinderung) in Eliten moderner Massengesellschaften ist ein komplex verursachtes Phänomen. Für den Fall der Ostdeutschen beschränken wir uns auf vier im vorliegenden Zusammenhang besonders relevante Faktorenbündel:²¹

(1) Die staatssozialistische Herrschaft und der beitriffsfundierte Vereinigungsprozess repräsentieren langfristig wirkende Gründe. Der Staatssozialismus trieb nicht nur große Teile der bürgerlichen Ober- und Führungsschichten bis 1961 aus dem Land, sondern bekämpfte konsequent jede Ausformung elitärer Praktiken – außerhalb der Politbürokratie und ihres Apparates. Das hatte sozialstrukturelle und kulturelle Folgen. Die Vereinigung auf dem Wege des „Beitritts“ nach Artikel 23 des alten Grundgesetzes bedeutete die Übernahme der Legalinstitutionen und organisierten Akteure (Parteien, Verbände, Behörden) der alten Bundesrepublik. Für deren Führungspersonal kamen Ostdeutsche zunächst nur selten infrage. Sie verfügten weder über das notwendige Fachwissen und die formalen Qualifikationen noch über adäquate Berufs- und Laufbahnerfahrungen, um zum Beispiel Bundesverfassungsrichter/-in oder Vorstandsvorsitzende/r eines Wirtschaftskonzerns zu werden. Daher war der massive Elitentransfer in den 1990er Jahren mit dem Modus des Beitritts gesetzt. Er wurde zusätzlich durch eine machtkonservierende

20 Zu Daten und Verständnis regionaler (Sub-)Eliten vgl. Kollmorgen (Anm. 7 und 12); Schönherr/Antusch/Jacobs (Anm. 17).

21 Für detailliertere Analysen vgl. Brandy et al. (Anm. 15); Kollmorgen (Anm. 12); Kollmorgen/Vogel/Zajak (Anm. 7).

Grundorientierung weiter Teile der westdeutschen Eliten getragen: Gerade in den Kernbereichen der Herrschaftsordnung – Exekutive, Judikative, Wirtschaft, Massenmedien – bestand in den 1990er Jahren kaum Interesse an einer breiten Teilung der Macht mit Ostdeutschen. Angesichts des damaligen Überschusses fachlich geeigneter und vertrauenswürdiger westdeutscher Kandidat/-innen selbst noch für regionale ostdeutsche Führungspositionen (von Polizeipräsident/-innen über Universitätsrektor/-innen bis hin zu Intendant/-innen der Rundfunkanstalten) war diese Orientierung jenseits des politischen Sektors auch umsetzbar.

(2) Ein weiterer Grund liegt in den Logiken der Reproduktion elitärer Macht. Diese organisiert sich in hohem Maße – und zwar insbesondere bei den Ernennungs- oder Karriereeliten – über wechselseitiges Anerkennen sowie Vertrauensbeziehungen, die wiederum wesentlich auf sozialstrukturell, sozialisatorisch und biografisch bedingter Ähnlichkeit der Interessen, Ideen und Leidenschaften fußen, kurz: auf einem kollektiv geteilten und oligopolen sozialen Kapital. Dabei ist die Verfügung über soziales Kapital nicht nur in der Einstiegs-, sondern auch in der finalen Karrierephase hoch relevant. Von uns im Rahmen der Forschungsprojekte interviewte Elitenangehörige berichteten nahezu ausnahmslos von einem Modus des Geholt- und Gefragtwerdens. Man bewerbe sich nicht mehr um solche Positionen, sondern werde von Vorgesetzten und Delegierenden angesprochen oder auch deutlich zur Bewerbung aufgefordert. Diese Adressierung setzt jedoch voraus, dass potenzielle Kandidat/-innen den Auswählenden über längere Zeiträume bekannt sind und sich in deren Augen bewähren und auszeichnen konnten.²² Auch deshalb konnten Ostdeutsche in den ersten fünfzehn Jahren nach der Vereinigung kaum in die Netzwerke hineinwachsen.

(3) Nach 1990 fand eine sozialstrukturelle Überschichtung der ostdeutschen Gesellschaft durch Westdeutsche statt. Die sozialen Oberschichten in der Bundesrepublik stammen bis heute fast ausschließlich aus Westdeutschland.

Da sich Eliten – abgesehen von den Sektoren der Politik, der Zivilgesellschaft und der Kirchen – überproportional aus Familien der oberen Mittel- und Oberschicht rekrutieren, besitzen Ostdeutsche systematisch geringere Chancen, in die Eliten aufzusteigen. Das liegt nicht nur am geringeren ökonomischen Kapital (mit Blick auf die Wirtschaftseliten und generell auf die Bildungsförderung) sowie am Mangel sozialen Kapitals, sondern auch an Nachteilen im kulturellen Kapitalbesitz. Dieses Kapital – im Sinne passender Bildungsabschlüsse oder auch der Beherrschung elitärer kultureller Praktiken – stellt eine weitere zentrale Aufstiegsressource dar.

Dabei unterscheiden sich bis heute die typischen Bildungs- und Berufsprofile (potenzieller) ostdeutscher Elitenangehöriger von typisch westdeutschen. Ostdeutsche sind durchschnittlich etwas weniger akademisch gebildet und weisen stärker technisch orientierte Bildungs- und Berufsprofile auf. Ihre westdeutschen Pendanten besitzen demgegenüber mehr rechts- sowie wirtschafts- und sozialwissenschaftliche Abschlüsse und sind in ihrer Karriere eher in Berufen mit Managementaufgaben, personenbezogenen Dienstleistungen und Politiknähe tätig. Diese Differenz verdankt sich sowohl dem DDR-Erbe als auch den Umbrüchen nach 1989/90, wobei auch die geringeren finanziellen Ressourcen Ostdeutscher eine Rolle spielen, die wegen einer vermeintlich größeren Erwerbssicherheit zur Präferenzierung technischer Bildungs- und Berufskarrieren beitragen.

(4) Schließlich ist auf Mechanismen kultureller Fremd- und Selbstmarginalisierung hinzuweisen. Die soziokulturelle Fremdmarginalisierung verdankte sich sowohl der untergegangenen DDR mit ihrer arbeiterlichen Sozialstruktur und Kultur als auch der sozialen Abwertung Ostdeutscher nach 1990. Ostdeutschen haftete als sozialer Gruppe ein Verlierer-Stigma an, das die Zuschreibung eines Sieger-Prestiges und die Formierung eines elitären Habitus behinderte. Diese Konstellation wird ergänzt durch Formen kultureller Selbstmarginalisierung. Der radikale ostdeutsche Umbruch zwischen 1989 und 1991 verursachte massive soziale Verunsicherungen und Zukunftsängste, auch in den für die Elitenrekrutierung so zentralen bildungsaffinen sozialen Milieus, sodass risikoreiche Bildungs- und Aufstiegswege – auch für die eigenen Kinder – gemieden und stattdessen familienorientierte Lebensführungen und

²² Vgl. Kathleen Heft/Susanne Lerche/Jan Schaller, „Ich guck mir den Chef an und denke: Was der kann, kann ich auch!“ Selbstauskünfte und Karrierebewertungen von Eliteangehörigen, in Kollmorgen/Vogel/Zajak (Anm. 7), S. 235–298, hier S. 269–273.

sichere Erwerbsbiografien präferiert wurden. Zugleich hat der jahrelang geringe Anteil ostdeutscher Elitenangehöriger die Möglichkeiten Jugendlicher, sich an ostdeutschen *role models* zu orientieren, zusätzlich reduziert.²³

ENTFREMUNG UND RADIKALISMUS ALS FOLGE?

Über die Folgen der Unterrepräsentation Ostdeutscher wird seit etwa zehn Jahren intensiver geforscht und gestritten. Dabei beansprucht – neben Fragen demokratischer Normverletzungen und möglicher Defizite in der ostdeutschen Ideen- und Interessenvermittlung – das Verhältnis von personeller Unterrepräsentation in den Eliten und schwindender Legitimität der politischen Ordnung heute die größte Aufmerksamkeit. Das reicht – wie auch Oschmanns Thesen belegen – bis hin zur Frage nach dem Zusammenhang von Unterrepräsentation und dem Aufstieg und Erfolg populistischer und rechtsradikaler Bewegungen und Parteien in Ostdeutschland.²⁴

Was sagen diesbezüglich unsere bisherigen Forschungsergebnisse? In einer repräsentativen Umfrage von 2019 nahmen 64 Prozent der ostdeutschen Befragten eine Unterrepräsentation ihrer Bevölkerungsgruppe in den Eliten der Bundesrepublik wahr, während über 20 Prozent eine angemessene Repräsentation oder sogar eine Überrepräsentation erkannten. Dabei variierten die Werte aller Befragten für die angenommene (Unter-)Repräsentation in wichtigen Sektoren kaum: Zwischen Politik (16 Prozent), Wirtschaft (13 Prozent) und Verwaltung (12 Prozent) lagen nur wenige Prozentpunkte, wobei zwar das Gesamtniveau (knapp 13 Prozent) realistisch eingeschätzt wurde, die sektoralen Differenzen offenkundig aber kaum. In der Bewertung der Unterrepräsentation sahen fast 75 Prozent aller

Befragten ein Problem für die Vertretung ostdeutscher Interessen und zwischen 61 und 65 Prozent Probleme für die Anerkennung Ostdeutscher, ihrer Wahrnehmung einer gerechten Ordnung und für das Verwerten ostdeutscher Erfahrungen.²⁵

Die statistische Analyse eines möglichen Zusammenhangs von wahrgenommener Unterrepräsentation durch die Ostdeutschen einerseits und politischer Unterstützung des demokratischen Systems in der Bundesrepublik andererseits erbrachte allerdings keine wirklich belastbaren Ergebnisse. Ein signifikanter Zusammenhang bestand nur zwischen einer geringen politischen Unterstützung und der Einschätzung der Unterrepräsentation als ernsthaftes Problem von Legitimität und kollektiver Zurücksetzung Ostdeutscher.²⁶

Unter Einbezug weiterer Studien ließe sich daher formulieren, dass eine Mehrheit der Ostdeutschen die Unterrepräsentation der eigenen Bevölkerungsgruppe in den Eliten zwar grundsätzlich, aber eher undifferenziert wahrnimmt und sie überwiegend kritisch beurteilt. Eine substanzielle Wirkung dieser Unterrepräsentation auf die Grundorientierungen und Einstellungen gegenüber dem politischen System und seinen Verantwortungsträgern ist aber bisher nicht erkennbar.

Für diese These eines bestenfalls losen Wirkungszusammenhangs sprechen nicht nur die skizzierten Umfragedaten unseres Projekts. Auch der Umstand, dass die Unterrepräsentation in den vergangenen zehn Jahren signifikant *reduziert* wurde, demgegenüber aber Distanz und Entfremdung großer Teile der ostdeutschen Bevölkerung deutlich *zunahmen*, plausibilisiert, dass es hier keine monokausale Wirkungsbeziehung gibt.

Wichtiger erscheinen insofern kulturell und (partei-)politisch vermittelte Muster der Wahrnehmung und der Urteilsbildung gegenüber der Unterrepräsentation – und zwar weitgehend unabhängig von den faktischen Verhältnissen. Hier wird erkennbar, dass von rechts-, teils aber auch von linkspopulistischen Funktionären und Ideologen – wie es sich ähnlich bei Oschmann findet – gerade die Unterrepräsentation im engeren

23 Oschmann hat diesen soziologischen Erklärungszusammenhang der Fremd- und Selbstmarginalisierung offenkundig nicht verstanden, sondern kritisiert ihn, als ob damit Ostdeutschen eine persönliche Schuld an ihrem Nicht-Aufstieg in die Eliten zugeschrieben würde oder es sich hier um eine allgemeine kulturelle Abwertung handele, vgl. Oschmann (Anm. 2), S. 69f.

24 Vgl. Deutsche Gesellschaft e.V., Ostdeutsche Eliten. Träume, Wirklichkeiten und Perspektiven, Berlin 2017, www.deutsche-gesellschaft-ev.de/images/veranstaltungen/konferenzen-tagungen/2017-pb-ostdeutsche-eliten/Deutsche_Gesellschaft_eV_Broschuere_Ostdeutsche_Eliten.pdf; Kollmorgen/Vogel/Zajak (Anm. 7).

25 Vgl. Lars Vogel/Sabrina Zajak, Eliten und personelle Unterrepräsentation aus Sicht der Bevölkerung – Wahrnehmung, Bewertung, Folgen, in: Kollmorgen/Vogel/Zajak (Anm. 7), S. 299–339, hier S. 314f., S. 318.

26 Vgl. ebd., S. 324–328.

politisch-administrativen Feld wütend angeprangert wird, obwohl es sie kaum gibt, wohingegen die weitaus dramatischeren Verhältnisse zum Beispiel in der Wirtschaft, beim Militär oder in der Judikative wenig oder gar nicht problematisiert werden. Zum anderen erfahren herausgehobene Elitenangehörige spannende „Re-Ethnifizierungen“ entlang (partei-)politischer Inklusions- beziehungsweise Exklusionsbedürfnisse. Während etwa die ehemalige Bundeskanzlerin Angela Merkel durch rechtspopulistische Protestmilieus „verwestdeutsch“ wurde, fand gegenüber Gallionsfiguren der AfD wie Alexander Gauland oder Björn Höcke eine stille ostdeutsche Eingemeindung statt. Auf diese Weise kann die AfD gegen die „westdeutsche Elite“ – gemeint ist fast immer: die politische Elite – wettern, vermeintlich ostdeutsche Interessen und Ideen gegen diese in Stellung bringen und für eine „Wende 2.0“ werben, ohne den großen Anteil eigener Führungskräfte mit westdeutscher Herkunft auch nur zu thematisieren.

Wir sehen daher einerseits eher eine kognitive und normative Anschlussfähigkeit der öffentlichen Unterrepräsentationsdebatte an die (rechts-)populistische Einschätzung einer allgemeinen Schlechterstellung und Abwertung der Ostdeutschen im Verhältnis zu Westdeutschen. Andererseits wird sie mit der konsolidierten Überzeugung verwoben, dass die bundesdeutsche Demokratie vor allem deswegen nicht funktioniert, weil die „fernen Eliten“ in Berlin (und Brüssel) weder wissen noch umsetzen (wollen), was im Interesse der Mehrheit der (ost-)deutschen Bevölkerung ist. Diese Ferne der „westdeutsch“ etikettierten Eliten wird dem verbreiteten Narrativ der ostdeutschen Entmächtigung mit und nach der Vereinigung (und daher: der Entschuldung eigenen Handelns) ebenso gerecht wie der parallelen Überweisung der Verantwortung für Transformation und Vereinigungsfolgen an die „westdeutsch“ kodierte politisch-administrative Klasse. Mehr noch, die gegenwärtige „Krise“ zwischen Migration, Krieg, Wirtschaftseinbruch und „linker Gesellschaftspolitik“ erscheint als weitere, gesteigerte, ja vollendete Distanzierung der westdeutschen Eliten vom (ost-)deutschen „Volk“.

Die Entfaltung dieses durch eine beachtliche Bevölkerungsgruppe in Ostdeutschland getragenen Narrativs wird durch die staatssozialistischen Sedimente ihrer politischen Kultur sowie

durch die Erfahrungsaufschichtung in den vergangenen dreieinhalb Jahrzehnten plausibel und rekonstruierbar.²⁷ Dabei weist ihre Logik, die sich auch in Oschmanns Empörungsschrift findet, neben vielfältigen substanziellen Beobachtungen und fundierten Einzelkritiken deutsch-deutscher Ungleichheiten erhebliche empirische Unwahrheiten, argumentative Brüche, ja Selbstwidersprüche auf. Neben problematischen Datengrundlagen zur elitären Unterrepräsentation soll hier exemplarisch auf den Widerspruch zwischen einer Klage ungenügender ostdeutscher Interessendurchsetzung – wegen vermeintlich zu weniger politischer ostdeutscher Führungskräfte – und der in den vergangenen Jahren erfolgten Mobilisierung umfangreicher finanzieller Transfers und Projekte der Regionalentwicklung, etwa im Zusammenhang mit dem Ausstieg aus der Braunkohleverstromung oder der Innovations- und High-Tech-Strategie des Bundes, aufmerksam gemacht werden. Interessen anderer Minderheiten oder Wählergruppen werden keineswegs in diesem Ausmaß anerkannt und berücksichtigt.

WIE WEITER?

Was folgt nun daraus für die zukünftige Debatte? Drei verdichtete Folgerungen und Vorschläge sollen die Diskussion anregen.

Erstens: Ostdeutsche haben gerade in den ersten Jahren des Vereinigungsprozesses eine deutliche Marginalisierung in der Elitenrekrutierung erfahren. Tatsächliche Exklusion fand aber nur in kleineren Sektoren (wie den obersten Gerichten oder der Militärführung) statt. Diese Geschichte und Gegenwart braucht weiter Aufklärung. Das schließt ausdrücklich die Kritik an Strategien westdeutscher, aber auch ostdeutscher „Entschuldung“ gegenüber der personellen Unterrepräsentation Ostdeutscher ein. Einiges war unvermeidlich, vieles aber war und ist anhaltend politisch alternativ gestaltbar. Ein schnelles Auswachsen jeder ostdeutschen Mindervertretung wird es aber nicht geben. Insofern braucht es weiter politische Aufmerksamkeit und Unterstützung – auch für andere Minderheiten, die, wie etwa Menschen mit Migrationshintergrund, teils deutlich stärker unterrepräsentiert sind.²⁸

²⁷ Vgl. Kollmorgen (Anm. 1).

²⁸ Vgl. Brandy et al. (Anm. 15), Kollmorgen/Vogel/Zajak (Anm. 7).

Zweitens: Wir benötigen ein Verständnis für die komplexe Verursachung des ostdeutschen Rechtspopulismus und Rechtsradikalismus. Die Reduktion auf einzelne Faktoren wie das Erbe der DDR, ökonomische Ausbeutung und Deprivation, Unterrepräsentation in den Eliten oder soziale Missachtung durch Westdeutsche bleibt defizitär. Nur wenn die Komplexität anerkannt und analytisch eingeholt wird, kann es auch angemessene gesellschaftspolitische Antworten und Gegenpolitiken geben.²⁹

Drittens: Misstrauen gegenüber und sogar Ablehnung von demokratischen Institutionen, harsche Elitenkritik und Rechtspopulismus sind offenkundig nicht nur ein ostdeutsches Phänomen. Wir haben es vielmehr mit Symptomen und Folgen weltgesellschaftlicher Transformationen zu tun, die weit über das Thema der deut-

schen Vereinigung hinausreichen. Wenn sich die Subjekte der demokratischen Gegenwartsgesellschaften, darunter die Eliten, mit diesen Transformationsherausforderungen – auch hinsichtlich der demokratischen Institutionen selbst – nicht angemessen auseinandersetzen und Umgestaltungsinitiativen ergreifen, könnte langfristig die demokratische Konstitution unseres politischen Gemeinwesens zur Disposition stehen.

RAJ KOLLMORGEN

ist Professor für das Management sozialen Wandels an der Hochschule Zittau/Görlitz und Co-Leiter des „Elitenmonitors“.

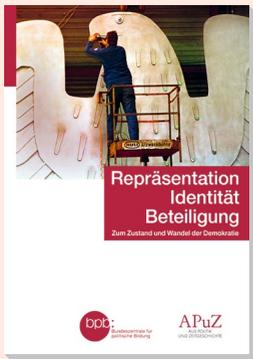
JAN SCHALLER

ist wissenschaftlicher Mitarbeiter des „Elitenmonitors“ an der Hochschule Zittau/Görlitz.

²⁹ Vgl. Kollmorgen (Anm. 1).

APuZ
EDITION

Zum Wieder- und Weiterlesen



2022
Bestell-Nr. 10871



2022
Bestell-Nr. 10799



2021
Bestell-Nr. 10751



2021
Bestell-Nr. 10714

Hier bestellen
oder kostenfrei herunterladen



„TROTZDEM HEIMAT“

Ostdeutsche Identitäten zwischen Trotz und Aufbruch

Uta Bretschneider

„DDR: Heute noch ein Thema?“ lautet eine Frage an die Besucherinnen und Besucher im Zeitgeschichtlichen Forum Leipzig. Die Frage animiert, darunter finden sich Zettel mit vielfältigen Ansichten. Eine vom Mai 2024, die ins Auge fällt, lautet: „Es war trotzdem unsere Heimat.“ Trotzdem Heimat: *Obwohl* die DDR eine Diktatur war; *obwohl* viele Menschen finden, dass die DDR heute kein Thema mehr sein sollte – und das Gefühl besteht, dass man sich für eine Heimat DDR in der Gegenwart irgendwie rechtfertigen müsse. Fünf Worte, mit Bleistift auf einen kleinen Zettel geschrieben, die darauf hindeuten, dass Erfahrungen in und mit der DDR auch 35 Jahre nach der Friedlichen Revolution identitätsstiftend sind. Vielleicht ließe sich aber auch formulieren, dass sie in der Gegenwart gerade deshalb ein wichtiger Identitätsbaustein sind, *weil* es fast dreieinhalb Jahrzehnte Deutsche Einheit und spezifische Erfahrungen im Kontext der Transformations- und Umbruchsprozesse gibt.

Ostdeutsche Identitäten sind in vielerlei Hinsicht Resultat des deutsch-deutschen Zusammenwachsens in seiner langen Dauer. Thomas Krüger, Jahrgang 1959 und heute Präsident der Bundeszentrale für politische Bildung, fasste es vor einigen Jahren so zusammen: „Ich kann mich nicht entsinnen, dass wir uns zu DDR-Zeiten als Ostdeutsche definiert haben. Im Gegenteil: Wir haben uns immer als Deutsche verstanden. Eine ostdeutsche Identität gab es erst nach der DDR.“⁰¹ Ganz ähnlich beschrieb es die ausgerechnet im Jahr 1990 geborene Autorin Valerie Schönian und spitzte sogar noch zu: „Aber je länger die Mauer nicht mehr steht, desto ostdeutscher fühle ich mich. In einer Zeit, in der die meisten Menschen, denen ich mich ideell verbunden fühle, davon sprechen, Europäer oder Weltbürgerinnen zu sein, fühle ich mich zuallererst als Ostdeutsche.“⁰²

Woher kommt diese Fokussierung? Und warum wird sie gerade bei „Nachwendekindern“⁰³ immer wirkmächtiger? Die Ursachen und Fol-

gen sind vermutlich so komplex wie die Umbrüche der vergangenen dreieinhalb Jahrzehnte selbst. Fehlstellen, Frustrationen sowie Trotz spielen dabei wohl eine gewichtigere Rolle als ein Gefühl von Stolz auf das Erreichte. Ein wachsendes „Ostbewusstsein“⁰⁴ resultiert so vor allem aus der Erfahrung von fortbestehenden Unterschieden. Ostdeutsche liegen zum Beispiel beim Gehalt, beim Erben oder bei der Besetzung von Führungspositionen immer noch deutlich hinter den Menschen aus dem Westteil des Landes.⁰⁵

Mit dem Ende des SED-Staates hatte die meisten Menschen in Ostdeutschland zunächst ein großes Gefühl von Freude, von Aufbruch und Neugier geeint. Doch bald sollte sich zeigen, dass all die neu gewonnenen Freiheiten nicht selten in Enttäuschungsszenarien unterschiedlicher Schattierungen mündeten. Aufbruch und Zusammenbruch, Hoffnung und Ernüchterung, Mut und Wut lagen nach dem Ende der DDR nah beieinander. Genau diese Erfahrungen wurden bisher zu selten gehört – und wirken bis heute nach.⁰⁶

„BAU AB, BAU AUF“: IDENTITÄTSMARKER

„Bau auf! Bau ab!“ lautete der Titel eines an sieben Abenden im Berliner Humboldt-Forum aufgeführten Theaterspektakels im Rahmenprogramm zur Ausstellung „Hin und Weg. Der Palast der Republik ist Gegenwart“ (17. Mai 2024 bis 16. Februar 2025). Im Stück ging es um jenen vielschichtigen Ort, der in vielerlei Hinsicht als Symbol für das Thema ostdeutsche Identitäten gelten kann: den Palast der Republik, „Erichs Lampenladen“, den Ort, an dem der Beitritt der DDR zum Geltungsbereich des Grundgesetzes beschlossen wurde. Jene Ruine, die ab 2008 Platz machen musste. Platz für das Neue, das in Gestalt des Alten daherkam: das bis heute umstrittene Humboldt-Forum. 1976 wurde der Palast

der Republik als „Haus des Volkes“ und Sitz der Volkskammer eingeweiht, 1990 endete diese Phase ausgerechnet zu einem Zeitpunkt, als das dort beheimatete ostdeutsche Parlament erstmals aus einer vollwertigen demokratischen Wahl hervorgegangen war. Es folgten Asbestsanierung, künstlerische Zwischennutzungen und schließlich der Abriss. Der Phantomschmerz ist indes geblieben: Längst ist der Bau in seiner allgegenwärtigen Abwesenheit Identifikationsfigur eines Gefühls der Entwertung und der Beseitigung des Bewährten. Im Schauspiel wurden Palasterinnerungen vom Keller bis zum Dach des Humboldt-Forums getragen und die Aussage von Generalintendant Hartmut Dorgerloh, der Palast sei Teil der DNA des Humboldt-Forums, in einer inszenatorischen Raumaneignung sichtbar gemacht.

Die klaffende Wunde, die der Palast mit seinem Verschwinden hinterlassen hat, steht sinnbildlich für Verluste, die viele Menschen in Ostdeutschland zu einem trotzigen „Ostbewusstsein“ führten. Auf Betriebsschließungen folgte Massenarbeitslosigkeit, die wiederum eine massenhafte Abwanderung in die Städte und den Westen mit sich brachte – nach „Vielbesserland“,⁰⁷ wie man hoffte. Wandel war die dominante Erfahrung, in allen Lebensbereichen. Auch für die, die blieben, änderte sich alles. Vielleicht gingen manche Menschen daraus sogar mit einer Art Transformationsresilienz hervor? Man könnte den Titel der Theaterinszenierung entsprechend zu „Bau ab! Bau auf!“ modifizieren. Sie schöpften Mut aus der Situation, begannen Neu-

es und reüssierten in zahlreichen Fällen. Andere scheiterten und blicken heute mit Trauer und Wut auf die Jahre des Umbruchs. Wenn man unbedingt nach dem Verbindenden suchen möchte, könnte es ein Bündel von Eigenschaften sein, das Ostdeutschsein ausmacht: Krise als Chance betrachten, Ambiguitätstoleranz, Wandel gestalten, Unsicherheiten aushalten, Neuanfänge wagen, Adaptionsfähigkeit.

„Die Identität einer Person kann letztendlich nur aus deren Lebenslauf und den in der Lebensspanne aufgeschichteten Erfahrungen begriffen werden (...): Sie ist also kein statisches Konstrukt, sondern Ergebnis immer neuer Erfahrungs- und Verarbeitungsprozesse.“⁰⁸ Identitäten, so verstanden als sich verändernde Konstrukte, tragen dazu bei, sich selbst in der Welt zu verorten und handlungsfähig zu sein. Zugleich bilden sie sich „stets in einem Aushandlungsprozeß des Subjekts mit seiner gesellschaftlichen Umwelt“ heraus.⁰⁹ Bausteine, aus denen sich Identitäten zusammensetzen, wandeln sich und verändern ihren jeweiligen Stellenwert im Laufe eines Lebens oder im Verlauf gesellschaftlicher Umbrüche – und bilden zugleich die Grundmuster biografischer Erzählungen und Bezüge.

Neben den Erfahrungen, die während der Transformationszeit in ihrer langen Dauer¹⁰ gemacht wurden, sind es auch Identitätsmarker wie Arbeit, Kultur, (lokale) Geschichte, politische Einstellungen, aber auch wirtschaftliche Erfolge oder Sport, die ostdeutsche Identitäten (mit) prägen. Insgesamt hängt die Selbstbeschreibung als ostdeutsch stark vom Alter und den Erfahrungshorizonten im Kontext der Wiedervereinigung ab, aber auch vom Geschlecht, der Sozialisation, dem Mobilitätsverhalten oder der Herkunftsregi-

01 Zit. nach Jörg Ganzenmüller, *Ostdeutsche Identitäten. Selbst- und Fremdbilder zwischen Transformationserfahrung und DDR-Vergangenheit*, in: *Deutschland Archiv*, 24. 4. 2020, www.bpb.de/308016.

02 Valerie Schönian, *Ostbewusstsein. Warum Nachwendekinder für den Osten streiten und was das für die Deutsche Einheit bedeutet*, München 2020, S. 25.

03 Johannes Nichelmann, *Nachwendekinder. Die DDR, unsere Eltern und das große Schweigen*, Berlin 2019.

04 Schönian (Anm. 2).

05 Vgl. z. B. *Zum Stand der Deutschen Einheit. Bericht der Bundesregierung 2023*, Berlin 2023, S. 22ff., www.publikationen-bundesregierung.de/-/2226088.

06 Siehe dazu auch Marcus Böick, *Jammertal statt Wirtschaftswunder? Der ostdeutsche Wirtschaftsumbau und seine Folgen in sieben Schlaglichtern*, in: Michael Hofmann (Hrsg.), *Umbruchserfahrungen. Geschichten des deutschen Wandels von 1990 bis 2020*, erzählt von ostdeutschen Sachverständigen, Münster 2020, S. 120–136.

07 Liedtitel auf der Kinder-LP „Schlapps und Schlumbo“ von Reinhard Lakomy und Monika Ehrhardt, Ostberlin 1986.

08 Birgit Griese/Martina Schiebel, *Vom Kollektiv, zum Individuum, zum Kollektiv ...: Das soziale Erbe in zwei Generationen Vertriebener*, in: Birgit Griese/Hedwig Rosa Griesehop/Martina Schiebel (Hrsg.), *Perspektiven qualitativer Sozialforschung. Beiträge des 1. und 2. Bremer Workshops*, Bremen 2004, S. 133–165, hier S. 136; zur Kritik am Identitätsbegriff sowie zu seiner Entwicklung siehe Lutz Niethammer, *Kollektive Identität. Heimliche Quellen einer unheimlichen Konjunktur*, Reinbek 2000.

09 Heiner Keupp et al., *Identitätskonstruktionen. Das Patchwork der Identitäten in der Spätmoderne*, Reinbek 2006, S. 198.

10 Verstanden als Nebeneinander von Veränderungsprozessen infolge der Friedlichen Revolution, die bis in die Gegenwart wirken und nicht etwa Ende der 1990er Jahre abgeschlossen waren. Siehe dazu auch Kerstin Brückweh/Clemens Villingner/Kathrin Zöller (Hrsg.), *Die lange Geschichte der „Wende“. Geschichtswissenschaft im Dialog*, Berlin 2020.

on. Der Soziologe Steffen Mau versucht eine Minimaldefinition: „Ostdeutsche Identität bezieht sich auf den Osten als spezifischen Erfahrungs-, Sozial- und Kulturraum, der als subjektiv erlebter und gedeuteter kollektiver Zusammenhang zum Thema wird. Die Ostdeutschen sind durch Gemeinsamkeiten verbunden, die sie mit anderen – den Westdeutschen zum Beispiel – nicht teilen. Das muss nicht bedeuten, dass damit eine Selbstidentifikation oder ein Selbstkonzept als Ostdeutscher einhergeht (dass man sich also selbst aktiv zum Ostdeutschen macht), aber doch, dass es ein Merkmal gibt, das einen von anderen unterscheidet.“¹¹ Laut ARD-Deutschlandtrend sagten 2019 80 Prozent der Menschen in Westdeutschland, dass sie sich zuallererst als „Deutsche“ sehen; nur 16 Prozent beschrieben sich primär als „Westdeutsche“. Im Ostteil des Landes sah das anders aus: 59 Prozent der Befragten gaben an, sich als Deutsche zu fühlen, 36 Prozent fanden, „Ostdeutsche“ sei die passendste Selbstverortung.¹²

Ein Problem aller Identitätszuschreibungen ist die damit einhergehende „Vermassung“: *Die Ostdeutschen* gibt es genauso wenig wie *die Westdeutschen*, *die Bayern* oder *die Sachsen*. Aber derartige gruppenbezogene Zuschreibungen, die oft in Stereotype münden („Jammer-Ossi“ und „Besser-Wessi“ gehören sicher zu den trivialeren), machen es uns im Alltag oft so schön leicht, gerade im deutsch-deutschen Miteinander. Denn nicht zuletzt bedürfen Definitionen des Eigenen eines Anderen als Grenze, als Referenz und als Folie. Das Andere meint in diesem Fall natürlich „den Westen“, obschon es ihn genauso wenig gibt wie „den Osten“. Realer scheint da schon eine zugeschriebene oder tatsächliche Ignoranz „des Westens“: Menschen in Stuttgart oder Mainz, in München oder Hamburg haben mit 1989 weitaus weniger Veränderungen durchlebt und Adaptionsleistungen vollbringen müssen als die Menschen auf dem Gebiet der vormaligen DDR. Für sie sind daher viele Diskurse und Verletzungen bis heute schwer nachvollziehbar. Zugleich, bei wenig Wandel im eigenen Umfeld, sahen sie vielfach keine Veranlassung, sich vor Ort ein eigenes Bild zu machen und das andere

Deutschland zu bereisen. So gaben 2019 17 Prozent der Westdeutschen an, noch nie im Osten gewesen zu sein. Auch wenn diese Zahl mittlerweile kleiner geworden sein dürfte: Der Eindruck des Desinteresses ist geblieben. Zum Vergleich: Nur zwei Prozent der Ostdeutschen waren bis 2019 noch nie im Westteil des Landes.¹³

OSTDEUTSCH! OSTDEUTSCH?

Bei alledem steht immer auch die Frage im Raum, was und vor allem wen „ostdeutsch“ eigentlich meint. Kann sich als ostdeutsch definieren, wer in der DDR oder in einem der sogenannten neuen Bundesländer geboren wurde? Oder ist auch ostdeutsch, wer lange (wie lange?) in Ostdeutschland gelebt hat? Kann man sich bewusst als Ostdeutsche oder Ostdeutscher verorten, ohne derartige biografische Bezüge zu haben? Und welche Rolle spielt die narrative Weitergabe zwischen den Generationen? Die Fragen zeigen: Ostdeutsch zu sein, ist eine Konstruktion und zugleich ein hoch emotional besetztes Themenfeld. Pointiert ausgedrückt kann man „bio-ostdeutsch“ sein (qua Geburt), „geo-ostdeutsch“ (qua Wohnort), „sozio-ostdeutsch“ (qua Sozialisation) oder auch „emo-ostdeutsch“ (qua emotionaler Selbstverortung).¹⁴

Die Integrationsforscherin Naika Foroutan versucht darüber hinaus, Verknüpfungen zwischen migrantischen und ostdeutschen Erfahrungswelten herzustellen.¹⁵ Menschen mit eigenen oder familiären Migrationserfahrungen sind in den Debatten um ostdeutsche Identitäten bislang zu wenig gehört worden. Die Historikerin Maren Möhring regt sogar dazu an, „die Geschichte der Vereinigungsgesellschaft und insbesondere der frühen 1990er-Jahre auch als ‚deutsch-deutsche (...) Gewaltgeschichte‘ zu schreiben, als eine Geschichte rassistischer Übergriffe und damit als eine Geschichte massiver Angst und eingeschränkter Bewegungsfreiheit für Migrant:innen (oder Menschen, die als solche wahrgenommen wurden). Denn friedlich waren

11 Steffen Mau, Ungleich vereint. Warum der Osten anders bleibt, Berlin 2024, S. 72.

12 Vgl. Infratest Dimap, ARD Deutschlandtrend, November 2019, www.tagesschau.de/inland/deutschlandtrend-1863.pdf. Seit 2019 wurde nicht erneut nach Ost-West-Verortungen gefragt.

13 Vgl. ebd.

14 Vgl. Naika Foroutan/Mara Simon/Sabrina Zajak, Wer ist hier eigentlich ostdeutsch, und wenn ja, wie viele? Zur Konstruktion, Wirkungsmacht und Implikation von Ostidentitäten, Deutsches Zentrum für Integrations- und Migrationsforschung, DeZIM Research Notes 15/2023, S. 5f.

15 Vgl. z. B. Naika Foroutan/Jana Hensel, Die Gesellschaft der Anderen, Berlin 2020.

die revolutionären Umwälzungen 1989 und die darauffolgenden Jahre für sie nicht; viele erlebten diese Jahre als ‚Pogrom-Zeit, Gewalt-Zeit, Zeit der Brandanschläge und des Rassismus‘, kurzum: als ‚rassistischen Wendepunkt‘ nicht nur im eigenen Leben, sondern auch in der Geschichte Deutschlands. Die Vereinigung hat neue Inklusions-, aber eben auch massive Exklusionsprozesse in Gang gesetzt, die es in ihren Ausprägungen, Abfolgen und Verschränkungen historiografisch noch weit genauer zu beleuchten gilt.¹⁶ Projekte wie „Chemnitz Untold“, „Einheit interkulturell“ oder das Netzwerk „Neue Deutsche Organisationen“ machen (post-)migrantische Perspektiven auf die Deutsche Einheit und die auf sie folgenden Jahrzehnte sowie die spezifischen Erfahrungs- und Erinnerungswelten endlich sichtbar – aber sie sind kaum mehr als ein Anfang.¹⁷ Viele Geschichten sind noch immer unerzählt.

Die jüngsten Wahlen zum Europäischen Parlament haben die Ost-West-Debatten erneut befördert, denn es war wieder einmal so schön einfach, „den Osten“ als „rechts“ abzustempeln, weil die „Alternative für Deutschland“ (AfD) fast flächendeckend auf rund 30 Prozent der Stimmen kam. Dabei wurde, gerade in den hitzigen Debatten auf „X“ (vormals „Twitter“), selten bis nie erwähnt, dass die übergroße Mehrheit der Menschen in Ostdeutschland keineswegs rechtspopulistisch, sondern liberal-demokratisch gewählt hat. Nichtsdestotrotz zeigen die Wahlergebnisse, dass in den ostdeutschen Bundesländern größere Teile der Bevölkerung andere Vorstellungen von der Zukunft Deutschlands und Europas haben als im Rest des Landes. Im September werden diese Vorstellungen auch die Landtagswahlen in Sachsen, Thüringen und Brandenburg prägen. Zeit, sich daran zu erinnern, dass Ostdeutschland, aus der Außenperspektive gerne als „Dunkeldeutschland“ verschrien, viel Helles vorzuweisen hat – und dass trotzige Abgrenzung kein guter Ratgeber bei Wahlentscheidungen ist.

Ein Indikator für die offenbar stetig steigende Relevanz der Befassung mit einem wie auch im-

mer gearteten „Ostdeutschsein“ und der Dichotomie zwischen West und Ost ist die kontinuierlich wachsende Zahl an Kinofilmen, Dokumentationen und Publikationen zum Thema – sei es im Genre des Sachbuchs oder in der Belletristik. Steffen Maus „Ungleich vereint“¹⁸ schlägt dabei einen anderen, objektiveren Ton an, als es 2023 der Germanistikprofessor Dirk Oschmann tat. Oschmann trat mit seinem Buch „Der Osten: eine westdeutsche Erfindung“¹⁹ bittere Debatten zur Benachteiligung von Ostdeutschen und zum ost-westdeutschen Verhältnis los, die, oft von Wut geprägt, einen ungunstigen und unversöhnlichen Verlauf nahmen. Das deutsch-deutsche Binnenverhältnis der Gegenwart beschrieb Oschmann mit drastischen Worten: „Auf der privaten Ebene mag die Differenz zwischen Westen und Osten nur noch selten relevant sein oder gar keine Rolle mehr spielen. Aber öffentlich und allgemein bewusstseinsgeschichtlich hat sich an der Spaltung nichts geändert, genauer noch: gar nichts. Dabei begreift sich der Westen als *Norm* und sieht den Osten als Abweichung, als Abnormalität, Abnormität. Der Osten erscheint als Geschwür am Körper des Westens, das ihm dauerhaft Schmerzen bereitet und das er nicht wieder loswird. Darum stört es den westdeutschen Wohlfühl- und Diskurskonsens in der Regel besonders, wenn das Geschwür sich regt, weil jemand aus dem ‚Osten‘ spricht.“²⁰ Mit Formulierungen wie diesen trägt Dirk Oschmann wenig zu Dialog und Begegnung bei. Anders Nicole Zepter in ihrem Buch „Wer lacht noch über Zonen-Gaby? Ein Vorschlag zur Versöhnung“.²¹ Die Journalistin entschuldigt sich darin für ihre eigene westdeutsche Ignoranz gegenüber Ostdeutschen, ihrer Geschichte und ihren Geschichten. Sie lädt zugleich zur Begegnung auf Augenhöhe ein. Ein Buch, das Brücken baut und das in diesen Tagen mehr denn je gebraucht wird.

OSTDEUTSCHES SELBSTBEWUSSTSEIN

Ein wichtiger Punkt in der Debatte um ostdeutsche Identitäten scheint das Thema der Anerken-

16 Maren Möhring, *Umkämpfte Zugehörigkeiten. Migrations- und Identitätspolitik in der Vereinigungsgesellschaft*, in: Marcus Böick/Constantin Goschler/Ralph Jessen (Hrsg.), *Jahrbuch Deutsche Einheit 2023*, Berlin 2023, S. 21–37, hier S. 23.

17 Siehe <http://chemnitz-untold.de>; <https://einheit-interkulturell.de>; <https://neuedeutsche.org>; Dossier Migrantische Perspektiven auf die Deutsche Einheit, 12.3.2021, www.bpb.de/themen/deutsche-einheit/migrantische-perspektiven.

18 Vgl. Maus (Anm. 11).

19 Vgl. Dirk Oschmann, *Der Osten: eine westdeutsche Erfindung*, Berlin 2023.

20 Ebd., S. 22f. (Hervorhebung im Original).

21 Vgl. Nicole Zepter, *Wer lacht noch über Zonen-Gaby? Ein Vorschlag zur Versöhnung*, Stuttgart 2022.

nung von Lebensleistungen zu sein.²² Entwertungserfahrungen in Hinblick auf Ausbildung, Wissensbestände und Berufswege waren Begleiterscheinung der Massenarbeitslosigkeit der 1990er Jahre. Die Negierung von Erfahrungen, Gegenständen, Architekturen und Alltäglichkeiten mit DDR-Bezug in der unmittelbaren Nachwendezeit ging jedoch vielfach von Ostdeutschen selbst aus: Die neuen Freiheiten, Warenwelten und Möglichkeiten schienen meist verlockender als das Altbekannte.

Sogenannte Ostprodukte wollte zum Beispiel zunächst niemand mehr haben. Der Nuss-Nougat-Creme „Nudossi“ etwa begegnete man erst Jahre später wieder mit Begeisterung. Nachdem die Produktion in Dresden 1991 eingestellt worden war, gibt es „Nudossi“ erst seit 2005 wieder, jetzt hergestellt in Radebeul. Auch andere DDR-Produkte, wie die (fast) unzerbrechlichen „Superfest“-Gläser aus der Westlausitz, die zwischen 1980 und 1990 im VEB Sachsen Glas Schwepnitz hergestellt wurden, erfreuen sich erst seit einigen Jahren wieder größerer Beliebtheit. Ihre Produktion wurde nicht wieder aufgenommen, sie sind aber inzwischen zu so etwas wie Designikonen der Nachhaltigkeit geworden, für die auf einschlägigen Portalen hohe Preise gezahlt werden. Plattenbauten, um ein drittes alltagskulturelles Beispiel herauszugreifen, waren in der Zeit der DDR begehrte Wohnorte, standen nach dem Ende des Arbeiter- und Bauernstaates aber massenhaft leer. Sie wurden nur selten durch Rückbau in neue Architekturen überführt, wie etwa in Leinefelde-Worbis, Hohenmölsen oder in Wolfen-Nord, sondern oft wurden ganze Straßenzüge abgerissen, wie in Cottbus, Leipzig-Grünau oder Eisenhüttenstadt. Erst seit wenigen Jahren wächst neben dem Sinn für Nachhaltigkeit auch das Bewusstsein für den Denkmalwert ostmoderner Architektur und baubezogener Kunst der DDR. Mit dem Generationswechsel ging auch ein Perspektivwechsel einher.

Ein solcher Perspektivwechsel gelingt auch durch Projekte wie das seit 2022 in Bitterfeld-Wolfen stattfindende „OSTEN Festival“ oder Initiativen wie das 2010 gegründete Netzwerk „3te Generation Ost“, den 2013 ins Leben gerufenen Verein „Perspektive³“ oder das 2022 entstandene Netzwerk „Keinheit“. Diese Projekte

beschreiten einen Weg, der wegführt vom trotzi-gen Ostdeutschsein, hin zu einem neuen ostdeutschen Selbstbewusstsein.²³

So lautet der Ansatz des Wolfener Festivals: „Es erforscht und feiert ‚den Osten‘ als Landschaft der Veränderungen für Mensch, Natur und Zusammenleben.“²⁴ Die „3te Generation Ost“, deren Akteurinnen und Akteure zwischen 1975 und 1985 geboren wurden, beschreibt sich wie folgt: „Wir hinterfragen Selbstverständlichkeiten unserer Sozialisation und Herkunft, thematisieren Kompetenzen und Umbruchserfahrungen sowie deren gesellschaftliches Potenzial. Auch generationsübergreifend und interdisziplinär. Mit dem Einbringen dieser Stärken und unserer Werte gestalten wir gemeinsam den Wandel hin zu einer gerechten und lebenswerten Zukunft.“²⁵ Die Initiative „Keinheit“ wiederum erkundet das Ostdeutschsein der zwischen 1997 und 2012 Geborenen: „Obwohl die Generation Z (...) nur ein vereintes Deutschland kennt, ist sie weiterhin geprägt von den Umwälzungen vor über 30 Jahren. Die Lebensbiografien junger ostdeutscher Menschen sind bis heute von strukturellen Unterschieden zwischen Ost und West sowie faktischen Differenzen gesellschaftlicher Anerkennung und Repräsentation geprägt. In Begegnungen mit Gleichaltrigen aus den alten Bundesländern treffen oftmals unterschiedliche Lebensrealitäten aufeinander. Eine Auseinandersetzung mit der eigenen – ostdeutschen – Identität beginnt.“²⁶ Ein ost-westdeutsches, gemeinsames Projekt ist hingegen der Verein „Perspektive³“: „Wir beschäftigen uns mit den Sichtweisen der so genannten Dritten Generation Ostdeutschland auf vergangene, gegenwärtige und zukünftige gesellschaftliche Fragen. Dazu nehmen wir Bilder, Erfahrungen und Wissen von und über diese Generation in der gesamtdeutschen Gesellschaft in den Blick. Perspektive³ möchte diese Diskussionen mit und um Menschen der Dritten Generation Ostdeutschland öffentlich sichtbar machen und sie vertiefen.“²⁷

Diese wenigen Beispiele zeigen, dass auch jüngere Menschen, die die DDR kaum mehr oder gar nicht aus eigenem Erleben kennen, das Be-

22 Hierzu bietet das Jahrbuch Deutsche Einheit 2023 einen umfassenden Überblick. Vgl. Böick/Goschler/Jessen (Anm. 16).

23 Vgl. <https://osten-festival.de>; <https://netzwerk.dritte-generation-ost.de/netzwerk>; <https://perspektive-hoch-drei.de>; <https://www.keinheit.de>.

24 <https://osten-festival.de/festival/idee>.

25 <https://netzwerk.dritte-generation-ost.de>.

26 <https://www.keinheit.de>.

27 <https://perspektive-hoch-drei.de/verein>.

dürfnis haben, über Ostdeutschland zu sprechen. Mit derartigen identitätsbezogenen – oder besser: identitätsstiftenden – Aneignungsprozessen der jüngeren Generationen rücken neue Fragestellungen in den Fokus. Dabei werden auch die fortbestehenden Missstände und Ungleichheiten thematisiert, jedoch ohne eigene Verletztheit oder Wut.

VON DER OSTIDENTITÄT ZUM „OSTBEWUSSTSEIN“

Auch auf längere Sicht ist ein Ende der Befassung Ostdeutscher mit ihrem Ostdeutschsein, mit ihren ostdeutschen Identitäten nicht zu erwarten. Im Gegenteil: Menschen wie der Rapper Hendrik Bolz, 1988 in Leipzig geboren, betonen den weiterhin großen, ja wachsenden Bedarf an Austausch zum Thema „Ostdeutschsein“: „Mittlerweile war auch in der Breite klar geworden, dass im Osten Verstimmtheiten bestehen, die sich nicht lösen lassen, indem man nur immer wieder feststellt, dass es mit dem Thema doch jetzt mal gut sei. Mittlerweile war mir klar geworden, dass es einen riesigen Diskursstau gibt und man, um gemeinsam vorwärtszukommen, endlich miteinander ins Gespräch kommen muss. Und dass man dafür die eigenen Geschichten erzählen muss.“²⁸

Objektive Benachteiligungen und Ungleichheiten müssen angegangen werden, doch vor allem die kulturellen Unterschiede werden noch eine Zeitlang bleiben, und sie sind wichtig. In den Worten Steffen Maus: „Der Osten wird nicht nur durch gewisse westdeutsche Medien ‚verändert‘, er ist auch anders.“²⁹ Mit dieser Erkenntnis kann aus Trotz Stolz werden. Darüber hinaus lohnt es sich, endlich auch andere Grenzziehungen in den Blick zu nehmen, etwa die zwischen Nord und Süd oder zwischen Stadt und Land. Mit einer solchen Erweiterung des Blickfeldes, einer Akzeptanz unterschiedlicher Erfahrungsschätze, einer Neugier auf Begegnung und mit dem Wissen um das, was uns an Aufgaben im deutsch-deutschen Miteinander noch bevorsteht, lässt sich produk-

tiv umgehen mit fragmentierten und nicht selten sperrigen, oft widersprüchlichen ostdeutschen Identitäten.

Begrifflich sollten wir einen Schritt zurücktreten. Denn auch wenn der Erfahrungsrahmen – zumindest in bestimmten Alterskohorten – ähnlich sein mag: *Eine* kollektive ostdeutsche Identität ist daraus nicht hervorgegangen. „Ostdeutschsein“ ist nur eine Identitätsverortung neben anderen, ganz im Sinne der Theorie der „hybriden Identitäten“.³⁰ Der Plural „Identitäten“ ist für eine heterogene Gruppe von Menschen mehr als angemessen: *Die* Ostdeutschen gibt es genauso wenig wie *den* Osten – und also auch nicht die eine, von allen Menschen in Ostdeutschland geteilte Identität. Vielleicht passt der Begriff „Ostbewusstsein“ besser zur Selbstverortung – ein Ostbewusstsein, das sich im Lichte der Erlebnisse und Erfahrungen der vergangenen 35 Jahre beständig gewandelt hat und weiter wandeln wird.

Im besten Fall kann dieses Ostbewusstsein weniger trotzig sein, jedenfalls ab dem Punkt, an dem die DDR nicht mehr „trotzdem“ als Heimat verhandelt werden muss, sondern Erfahrungshorizonte und Möglichkeitsräume der Menschen in Ostdeutschland sichtbar und Dialoge möglich werden – und ab dem wir uns im Zustand von „ungleich vereint“ gleichwohl weitgehend wut- und vorurteilsfrei begegnen können. Ostdeutschsein wäre dann nicht mehr als negatives Attribut zu lesen, sondern – im Sinne von Empowerment – als positives Merkmal, dem viel Aufbruch innewohnt.

²⁸ Hendrik Bolz, Nullerjahre. Jugend in blühenden Landschaften, Köln 2022, S. 15f.

²⁹ Mau (Anm. 11), S. 71.

³⁰ Vgl. Homi K. Bhabha, Die Verortung der Kultur, Tübingen 2000. Mitunter wird auch die Verwendung des Begriffs „Zugehörigkeiten“ präferiert. Vgl. Böick/Goschler/Jessen (Anm. 16), S. 9–20.

UTA BRETSCHEIDER

ist promovierte Kulturwissenschaftlerin und Soziologin und Direktorin des Zeitgeschichtlichen Forums Leipzig, das zur Stiftung Haus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland gehört.

WAS WÄRE, WENN ...?

Zur Verwundbarkeit der Demokratie in Thüringen

Hannah Katinka Beck · Etienne Hanelt · Vanessa Wintermantel

Bis ins späte zwanzigste Jahrhundert hinein konnte eine nie dagewesene globale demokratische Revolution beobachtet werden. Doch schon 1991 warnte der Politikwissenschaftler Samuel Huntington, dass diese Demokratisierungswelle nicht ewig anhalten werde.⁰¹ Er hat recht behalten: Einige Länder entwickelten sich nicht wie erwartet von geschlossenen Autokratien zu liberalen Demokratien, sondern zu hybriden Regimen, „illiberalen Demokratien“⁰² oder „kompetitiven autoritären Regimen“.⁰³ In diesen Regimen finden zwar Wahlen statt, doch sind diese meist weder frei noch fair.⁰⁴ Für ihren Machterhalt setzen die Regierungen hybrider Regime weniger auf gewaltsame Repression als auf formal-legale Mittel⁰⁵ sowie Desinformation und Propaganda;⁰⁶ ihre autoritäre Vorgehensweise kaschieren sie mit einer demokratischen und rechtsstaatlichen Fassade.⁰⁷ Heute sind solche hybriden Regime längst nicht mehr nur eine Folge „gescheiterter“ Demokratisierung, sondern auch Ergebnis einer Regression liberal verfasster Demokratien.

Dieser Prozess wird in der Politikwissenschaft als *democratic backsliding* bezeichnet. Zwei der wohl bekanntesten Beispiele sind Ungarn, wo es der Fidesz-Partei gelungen ist, einen „illiberalen Staat“ zu etablieren, und Polen, wo die PiS-Partei bis vergangenen Herbst Ähnliches versuchte. Wäre es auch in Deutschland möglich, Demokratie und Rechtsstaat von innen auszuhöhlen? Welche Einfallstore in Verfassung und Gesetzen könnten autoritär-populistische Parteien dafür nutzen? Das „Thüringen-Projekt“ des Verfassungsblogs befasst sich mit diesen Fragen. Es analysiert die Möglichkeiten eines formal-legalen Demokratieabbaus auf Länderebene und entwickelt Szenarien für die Fälle, in denen eine autoritär-populistische Partei (APP), hier konkret in Thüringen, stärkste politische Kraft wird oder gar die Regierungsgeschäfte übernimmt.

Das Projekt hat sich zum Ziel gesetzt, (verfassungs-)rechtliche Einfallstore zu identifizieren, die APP nutzen können, um Demokratie und Rechtsstaat abzubauen. Solche Einfallstore gibt es in jedem demokratischen Rechtsstaat: Keine Verfassung ist „wasserdicht“, also per se immun gegen autoritäre Absichten. Um demokratische Akteur*innen auf diese Einfallstore hinzuweisen und ihnen so die Gelegenheit zu geben, Gefahren für die Demokratie schneller zu erkennen, hat das Thüringen-Projekt unterschiedliche Szenarien erarbeitet, in denen APP staatliche Machtmittel in die Hand bekommen: Was wäre zum Beispiel, wenn eine APP in Thüringen das Bildungsministerium führte? Wie könnte sie dieses nutzen, um die Autoritarisierung der Gesellschaft voranzutreiben? Dieses Szenario wollen wir im Folgenden genauer durchspielen.

Anlass – aber nicht Gegenstand – des Thüringen-Projekts sind die jüngsten Wahlerfolge der „Alternative für Deutschland“ (AfD).⁰⁸ Obwohl das gute Abschneiden der AfD bei der Europawahl in Ostdeutschland nicht überraschend kam, hat das Ergebnis viele Menschen alarmiert. In Thüringen kam die AfD auf 30,7 Prozent der Stimmen, deutlich vor der CDU mit gut 23 und dem „Bündnis Sahara Wagenknecht“ (BSW) mit 15 Prozent. Umfragen zu den Thüringischen Landtagswahlen am 1. September 2024 zeichnen ein heterogenes und dynamisches Stimmungsbild, das nach der Wahl eine schwierige Regierungsbildung erwarten lässt. Thüringen steht damit nicht allein. Ähnliches ist auch in Sachsen und Brandenburg zu erwarten.

Im Folgenden definieren wir kurz den Begriff des autoritären Populismus, anschließend skizzieren wir ein mögliches Szenario für den Fall der Regierungsbeteiligung einer APP nach der Thüringer Landtagswahl am Beispiel der Bildungspolitik.

AUTORITÄRER POPULISMUS

Mit dem Konzept des „autoritären Populismus“ beschreiben wir ein aktuelles Phänomen, der Begriff an sich ist allerdings in der Politikwissenschaft und den angrenzenden Disziplinen spätestens seit den 1980er Jahren in Gebrauch. Der Soziologe Stuart Hall beschrieb autoritären Populismus in seiner Untersuchung der Politik der britischen Premierministerin Margaret Thatcher bereits 1985 als eine autoritäre Form von Klassenpolitik, mobilisiert durch populistisch instrumentalisierte Unzufriedenheit.⁰⁹ Mit dem Aufkommen des Phänomens des *democratic backsliding* erlebte das Konzept als Kategorie für neurechte Parteien eine neue Konjunktur, allerdings steht die Arbeit an einer umfassenden Definition, die vergleichende empirische Analysen ermöglicht, noch aus.¹⁰ Wir argumentieren, dass APP heute am besten als Parteien zu verstehen sind, die eine populistische Form der Politik nutzen, um die liberale Demokratie mithilfe des bestehenden Rechtssystems formal-legal auszuhöhlen und ein System zu schaffen, in dem ihre Abwahl erheblich erschwert oder gar unmöglich wird.

Zum schrittweisen Abbau von Demokratie und Rechtsstaat und zur Errichtung eines autoritären Regimes bedienen sich APP einer spezifischen Spielart der Politik: des Populismus. Populismus

wird heute wahlweise definiert als eine bestimmte Form des politischen Diskurses oder der politischen Performanz, als „dünne“ Ideologie, als Bewegung, Strategie oder als Stil. Aufgrund der Vielzahl unterschiedlicher Definitionen gilt „Populismus“ daher bis heute als „essentially contested concept“.¹¹ In Anlehnung an die einflussreichsten Arbeiten zum Populismus der vergangenen Jahre verstehen wir Populismus als diskursive und performative Politikform, also als eine bestimmte Art und Weise, Politik zu kommunizieren und zu gestalten beziehungsweise Politik zu *machen*. Populismus als Politikform umfasst in diesem Verständnis mindestens drei diskursive und performative Elemente:¹² erstens die Spaltung der Gesellschaft in ein homogenes, moralisch reines Volk und eine korrupte Elite; zweitens die Konstruktion eines idealisierten, bisweilen ausgrenzenden Begriffs des „wahren“ Volkes; und drittens einen dezidiert antipluralistischen Alleinvertretungsanspruch dieses Volkes und seines Willens.¹³

Populistische Akteur*innen kombinieren die populistische Form der Politik fast immer mit Merkmalen bestimmter Ideologien und Einstellungen.¹⁴ Dies betrifft im Falle des Rechtspopulismus vor allem Nationalismus, Autoritarismus, Nativismus oder Rechtsextremismus. Während in der Literatur bisweilen auch emanzipatorische und demokratieförderliche Aspekte des (dann vor allem linken) Populismus diskutiert werden,¹⁵ sind es diese demokratiefeindlichen Ideologien und Einstellungen, die den Rechtspopulismus, neben seinem inhärenten Antipluralismus, zu einer besonderen Gefahr für Demokratie und Rechtsstaat machen.

Der Begriff „Autoritarismus“ bezeichnet in der politikwissenschaftlichen Literatur sowohl

01 Vgl. Samuel P. Huntington, *The Third Wave*, Norman, OK 1991, S. 315.

02 Vgl. Fareed Zakaria, *The Rise of Illiberal Democracy*, in: *Foreign Affairs* 6/1997, S. 22–43.

03 Vgl. Steven Levitsky/Lucan A. Way, *Competitive Authoritarianism. Hybrid Regimes After the Cold War*, Cambridge 2010.

04 Ebd., S. 5.

05 Vgl. Kim Lane Scheppele, *Autocratic Legalism*, in: *The University of Chicago Law Review* 2/2018, S. 545–583.

06 Vgl. Sergei Guriev/Daniel Treisman, *Spin Dictators. The Changing Face of Tyranny in the 21st Century*, Princeton 2022.

07 Vgl. Hans-Joachim Lauth, *Legitimation autoritärer Regime durch Recht*, in: *Zeitschrift für Vergleichende Politikwissenschaft* 2/2017, S. 247–273.

08 Für eine ausführliche Einordnung der AfD als APP vgl. z. B. Alexander Häusler, *Die AfD: Partei des völkisch-autoritären Populismus*, in: ders. (Hrsg.), *Völkisch-autoritärer Populismus*, Hamburg 2018, S. 9–19.

09 Vgl. Stuart Hall, *Authoritarian Populism: A Reply*, in: *New Left Review* 1/1985, S. 115–124.

10 Für eine erste, aber noch zu konkretisierende und erweiternde Definition siehe Michael Zürn, *Die regulative Idee der Wahrheit und demokratische Regression*, in: *Leviathan*, Sonderband 40/2023, S. 54–82.

11 Vgl. Cas Mudde, *Populism: An Ideational Approach*, in: Cristóbal Rovira Kaltwasser et al. (Hrsg.), *The Oxford Handbook of Populism*, Oxford 2017, S. 27–47, hier S. 27.

12 Vgl. ebd.; Jan-Werner Müller, *Was ist Populismus? Ein Essay*, Bonn 2016; ders., *Freiheit, Gleichheit, Ungewissheit: Wie schafft man Demokratie?*, Bonn 2022.

13 Vgl. Benjamin Moffitt, *The Performative Turn in the Comparative Study of Populism*, in: *Comparative Politics Newsletter* 2/2016, S. 52–58; Müller, *Was ist Populismus?* (Anm. 12).

14 Vgl. Cristóbal Rovira Kaltwasser et al., *Populism: An Overview of the Concept and the State of the Art*, in: dies. (Anm. 11), S. 1–24, hier S. 17.

15 Vgl. Ernesto Laclau, *On Populist Reason*, London–New York 2005; Chantal Mouffe, *Für einen linken Populismus*, Berlin 2018.

ein politisches System als auch politische Einstellungen in der Bevölkerung. „Autoritarisierung“ beschreibt dabei in seiner ersten Bedeutung die Transformation des politischen Systems und in seiner zweiten Bedeutung eine Verschiebung der politischen Einstellungen in der Bevölkerung. Zentrale Akteur*innen eines populistischen Autoritarismus auf der Systemtransformationsebene sind demokratisch gewählte Parteien und deren Politiker*innen, die ihr Recht, zu regieren, für gesetzt erklären. Ihr Verhältnis zum (Verfassungs-) Recht ist instrumentell: Sie nutzen es, um die Demokratie und den Rechtsstaat von innen, aus den Parlamenten heraus, auszuhöhlen.¹⁶ Sie arbeiten in demokratischen Institutionen gegen diese Institutionen. Dass diese Autoritarisierungsprozesse vergleichsweise langsam verlaufen, macht es so schwer, *democratic backsliding* und den Zerfall des demokratischen Systems als solchen zu erkennen:¹⁷ Für sich genommen verursachen einzelne autoritäre Politiken noch nicht den Zerfall der Demokratie, oft brechen sie nicht einmal mit geltendem Recht. Im Zusammenspiel aber entfalten sie ihr vollständiges autoritäres Potenzial¹⁸ – da sie meist auch die ungeschriebenen Regeln missachten, die als „demokratische Leitplanken“ notwendig für das Funktionieren der Demokratie sind.¹⁹

Dass eine solche Politik für Teile der Bevölkerung attraktiv ist, lässt sich mit der zunehmenden Autoritarisierung in ihrer zweiten Bedeutung, als Verschiebung der politischen Einstellungen in der Bevölkerung, erklären.²⁰ Seit Jahren schon zeigt sich in entsprechenden Studien wie der „Leipziger Autoritarismus Studie“ oder den „Mitte-

Studien“ eine Zunahme autoritärer und rechts-extremer Überzeugungen in der Bevölkerung. Im Freistaat Thüringen werden die Einstellungen seit dem Jahr 2000 im jährlichen „Thüringen-Monitor“ der Universität Jena untersucht. In der jüngsten Erhebung konstatiert der Thüringen-Monitor zwar eine hohe generelle Demokratieunterstützung (88 Prozent), aber nur eine geringe Demokratiezufriedenheit (45 Prozent). Autoritäre, ethnozentristische Einstellungen zeigen sich bei 35 Prozent der Befragten.²¹

Zur Verbreitung dieser Überzeugungen trägt die AfD als autoritär-populistische Partei einerseits selbst maßgeblich bei.²² Andererseits sichert ihr gerade die zunehmende Verbreitung dieser Einstellungen die Unterstützung für künftige, potenziell demokratiegefährdende Politiken. Dabei benötigt der heutige Autoritarismus keine Autoritätsfigur mehr, sondern fokussiert auf das Individuum und dessen persönliche Freiheit – in libertärer Lesart.²³ Fühlt sich das Individuum in seiner Freiheit eingeschränkt – wie etwa zu Pandemiezeiten durch eine Maskenpflicht oder durch gendergerechte Sprache –, führt dies potenziell zu einer Abwendung von demokratischen und einer Hinwendung zu autoritär-populistischen Politikangeboten.

SZENARIEN NACH DER WAHL

Um zu untersuchen, welche rechtlichen Einfallstore autoritär-populistische Parteien nutzen könnten, um Demokratie und Rechtsstaat auszuhöhlen und die Autoritarisierung der Gesellschaft voranzutreiben, entwickelt das Thüringen-Projekt unterschiedliche Szenarien, darunter das „Landtagspräsident*innen-Szenario“,²⁴ das „Volksbefragungen-Szenario“²⁵ und das „Medien-

16 Vgl. Scheppele (Anm. 5); Andrea L. P. Pirro/Ben Stanley, Forging, Bending, and Breaking: Enacting the „lliberal Playbook“ in Hungary and Poland, in: *Perspectives on Politics* 1/2022, S. 86–101.

17 Vgl. Stephan Haggard/Robert Kaufman, *Backsliding: Democratic Regress in the Contemporary World*, Cambridge 2021.

18 Vgl. Kim Lane Scheppele, The Rule of Law and the Frankenstate. Why Governance Checklists Do Not Work, in: *Governance* 4/2013, S. 559–562.

19 Vgl. Steven Levitsky/Daniel Ziblatt, *Wie Demokratien sterben*, München 2018; Katarína Šipulová/David Kosař, Decay or Erosion? The Role of Informal Institutions in Challenges Faced by Democratic Judiciaries, in: *German Law Journal*, Special Issue 8/2023, S. 1577–1595; Attila Vincze, Schrödinger’s Judiciary. Formality at the Service of Informality in Hungary, in: ebd., S. 1432–1448.

20 Vgl. Carolin Amlinger/Oliver Nachtwey, *Gekränkte Freiheit. Aspekte des libertären Autoritarismus*, Berlin 2022.

21 Vgl. Marion Reiser et al., *Politische Kultur im Freistaat Thüringen. Ergebnisse des Thüringen-Monitors 2023*, Jena 2024.

22 Vgl. Teresa Völker/Daniel Saldivia Gonzatti, Discourse Networks of the Far Right. How Far-Right Actors Become Mainstream in Public Debates, in: *Political Communication* 3/2024, S. 353–372.

23 Vgl. Amlinger/Nachtwey (Anm. 20).

24 Vgl. Jelena von Achenbach/Maximilian Steinbeis, Warum die Machtübernahme durch die AfD schon früher beginnen könnte, als viele glauben, 1. 12. 2023, <https://verfassungsblog.de/warum-die-machtuebernahme-durch-die-afd-schon-frueher-beginnen-konnte-als-viele-glauben>.

25 Vgl. Hermann Heußner/Arne Pautsch/Maximilian Steinbeis, Wenn Björn Höcke sein Volk befragt, 17. 11. 2023, <https://verfassungsblog.de/wenn-bjoern-hoecke-sein-volk-befragt>.

staatsvertrags-Szenario“.²⁶ All diese Szenarien sind politisch und juristisch plausibel, das heißt, sie sind unter dem geltenden Thüringer Verfassungsrecht realisierbar – abhängig von den staatlichen Machtmitteln, die eine APP in Thüringen in die Hand bekommt. Wer solche Machtmittel erhält, bestimmen in einer liberalen Demokratie die Bürger*innen in Wahlen. Je mehr Stimmen eine Partei mobilisieren kann, desto mehr Machtmittel beziehungsweise parlamentarische Befugnisse stehen ihr für die Dauer einer Legislaturperiode zur Verfügung. Erhält eine Partei beispielsweise ein Drittel der Sitze, hat sie eine Sperrminorität und kann im Parlament Zweidrittelmehrheitsentscheidungen, zum Beispiel Verfassungsänderungen, blockieren.²⁷ Eine APP in der Regierung und mit parlamentarischer Mehrheit hätte noch deutlich mehr Möglichkeiten, autoritär-populistische Politiken umzusetzen.

Im Folgenden zeigen wir exemplarisch am Szenario der Bildungs-Instrumentalisierung (kurz „Bildungsszenario“), wie und unter welchen Bedingungen eine autoritär-populistische Partei in Thüringen (verfassungs-)rechtliche Einfallstore formal-legal missbrauchen kann. Wir haben das Bildungsszenario für diesen Beitrag ausgewählt, weil es drei Elemente autoritär-populistischer Politik besonders gut sichtbar macht: erstens den formal-legalen Missbrauch von (verfassungs-)rechtlichen Einfallstoren; zweitens die Umgestaltung demokratischer Institutionen zum Zweck der Autoritarisierung der Gesellschaft; und drittens die Umsetzung populistischer Konstruktionen in die politische und gesellschaftliche Realität.

Bildungspolitik als Vehikel autoritärer Politik

Bildung ist ein Politikbereich, den regierende APP zu instrumentalisieren versuchen, um ihre Regime zu stabilisieren. Der ungarische Ministerpräsident Viktor Orbán beispielsweise senkte seit

26 Vgl. Maximilian Steinbeis, *Die verwundbare Demokratie. Strategien gegen die populistische Übernahme*, München 2024, S. 146ff.

27 Um Sand ins Getriebe der demokratischen Institutionen zu streuen, um Prozesse zu obstruieren und demokratische Akteur*innen zu delegitimieren, braucht eine APP keine Mehrheiten; siehe hierzu z.B. *Regieren ohne zu regieren: Autoritärer Populismus und parlamentarische Obstruktion*, <https://verfassungsblog.de/category/debates/regieren-ohne-zu-regieren-autoritarer-populismus-und-parlamentarische-obstruktion>.

seinem Amtsantritt stetig öffentliche Bildungsausgaben, während er Investitionen in private Institutionen wie das seiner Partei nahestehende Mathias-Corvinus-Collegium erhöhte.²⁸ Gleichzeitig zentralisierte er das Bildungssystem: Das staatliche Klebelsberg-Institut, gegründet 2013, beaufsichtigt, wer als Lehrer*in eingestellt und wer entlassen wird.²⁹ Der ungarische Bildungsminister bestimmt zudem, welche Schulbücher im Unterricht verwendet werden dürfen.³⁰

Autoritarisierungsprozesse sind schwerer umzusetzen, wenn Bürger*innen kritikfähig sind, wenn sie erkennen, dass bestimmte politische Entscheidungen die liberale Demokratie gefährden, sie dagegen demonstrieren und APP gegebenenfalls wieder abwählen.³¹ Gleichzeitig gilt: Eine APP wie Fidesz ist auf eine Gesellschaft angewiesen, die nicht gegen ihre demokratieverkürzende Politik aufbegehrt. Mehr noch: Sie ist auf die Zustimmung der wahlberechtigten Bürger*innen angewiesen – jedenfalls so lange, bis sie aus der liberalen Demokratie ein hybrides Regime gemacht hat. APP schaffen (politische) Bildungsangebote deswegen nicht einfach ab, sondern missbrauchen sie unter dem Deckmantel formaler Rechtmäßigkeit.

Das Bildungsszenario fußt auf einer Analyse der Thüringer Landesverfassung und dem Bildungsrecht sowie auf Hintergrundgesprächen mit Expert*innen aus Wissenschaft und Praxis. Es zeigt, wie eine APP die (politische) Bildung im Freistaat an ihre autoritär-populistische Politik anpassen könnte: indem sie Lehrpläne ändert, die Landeszentrale für politische Bildung abschafft oder neu organisiert und Lehrkräfte mit Rundschreiben unter Druck setzt, um die Unterrichtsgestaltung zu beeinflussen. Rein formal würde die APP damit keine verfassungsrechtlichen Grenzen überschreiten.

28 Vgl. Jonas Frey, *Proteste gegen Orbán: Blockbildung in Ungarn*, 6.7.2023, <https://taz.de/15944563>; Dariusz Kalan, *Rejuvenating Fidesz*, 29.12.2020, <https://balkaninsight.com/2020/12/29/rejuvenating-fidesz>.

29 Zoltán Rónay, *Centralizations and Autonomies: The Delimitation of Education by the Hungarian Government*, in: Nikolay Popov et al. (Hrsg.), *Education in Modern Society*, Sofia 2018, S. 177–182; András Semjén, *(Re)Centralisation of Education Governance in Hungary: Its Causes, Declared Goals, Motives and Some Potential Hidden Goals*, in: *Podstawy Edukacji* 16/2023, S. 199–219.

30 Vgl. Semjén (Anm. 29).

31 Vgl. Jürgen Oelkers, *Autoritarismus und liberale öffentliche Bildung*, in: *Zeitschrift für Pädagogik* 6/2018, S. 728–748.

Thüringisches Bildungsszenario

Das Bildungsszenario setzt voraus, dass eine APP Thüringen regiert – entweder allein oder mit einer mehrheitsfähigen Koalition. Prinzipiell könnte das jede beliebige APP sein. Wir benennen die AfD im Folgenden konkret, weil sie derzeit die einzige Partei ist, die sich in Thüringen eindeutig als APP kategorisieren lässt.³²

Stellen wir uns das Szenario wie folgt vor:³³ Die Thüringer Bürger*innen wählen ein neues Parlament, und die AfD wird nicht nur stärkste Kraft, sondern sie erhält auch die absolute Mehrheit der Sitze im Erfurter Landtag. Wenig später wählen die Abgeordneten den AfD-Fraktionsvorsitzenden Björn Höcke zum Ministerpräsidenten. Weil die AfD den Freistaat allein regiert, leitet sie alle Ministerien – auch das Bildungsministerium. Bildung ist in Deutschland Ländersache. Das Schulwesen untersteht der staatlichen Aufsicht (Artikel 7 Absatz 1 Grundgesetz), wegen der Kompetenzverteilung (Artikel 30, 70ff. GG) übernehmen die Länder diese staatliche Aufgabe selbst.

Im Szenario erlässt das Bildungsministerium nach Paragraph 40a Absatz 2 des Schulgesetzes Rechtsverordnungen,³⁴ die die Aufgaben des „Instituts für Lehrerfortbildung, Lehrplanentwicklung und Medien“ so beschränken, dass das Ministerium die Lehrpläne des Landes in Zukunft allein gestalten kann. Es setzt sich alsbald an einen neuen Entwurf. Eltern und Lehrer*innen protestieren, als die Änderungen öffentlich bekannt werden: Der Sexualkundeunterricht wird bis zur Oberstufe ersatzlos aus dem Lehrplan gestrichen, die Schwerpunktsetzung im Geschichtsunterricht verschoben. Das Bildungsministerium entscheidet, dass sich die Schüler*innen mehr mit dem Kaiserreich und weniger mit dem Holocaust beschäftigen sollen. Es lässt neurechte Interpreta-

tionen deutscher Geschichte zu und treibt so die Autoritarisierung der Gesellschaft voran.

Die AfD beruft sich in diesem Szenario auf die staatliche Aufsicht über die Schulen, um ihre Änderungen im Lehrplan zu rechtfertigen. Bisherige Versuche von demokratischen Regierungen, Konzepte wie sexuelle und geschlechtliche Vielfalt in den Unterricht zu integrieren – etwa durch den „Bildungsplan bis 18“³⁵ –, delegitimiert die AfD als „[p]olitisch motivierte Programme“, die „an den Schulen nichts verloren“ haben.³⁶ Sie kommuniziert populistisch, indem sie die Spaltung der Gesellschaft in ein „wahres“ Volk und eine Elite konstruiert, die bisher dysfunktional regiert habe und dieses „Volk“ nicht angemessen vertrete.

Im weiteren Verlauf des Szenarios überlegen einige Eltern, rechtlich gegen den neuen Lehrplan des Bildungsministeriums vorzugehen, aber weder sie noch die Schüler*innen sind in der Lage, bestimmte Schulhalte einzuklagen.³⁷ Außerdem ist der Lehrplan verfassungskonform – er erfüllt formal die Erziehungsziele, die in Artikel 22 der Thüringer Verfassung festgelegt sind.

Bis die neuen Lehrpläne entwickelt sind, dauert es eine Weile. Die AfD kann diesen Prozess im hier diskutierten Szenario aber verkürzen, indem sie zum Beispiel Rechtsverordnungen erlässt, nach denen Expertengremien und Kommissionen nicht mehr in die Entwicklung der Lehrpläne einbezogen werden.³⁸ Währenddessen schickt das Bildungsministerium über das Thüringer Schulportal Rundmails an die Schulleitungen staatlicher Schulen, um sie und die Lehrkräfte an ihr Mäßigungs- und Neutralitätsgebot zu erinnern, das im Beamtenstatusgesetz (Paragraph 33 Absatz 2 BeamStG) festgeschrieben ist. „Jede Meinungskundgabe, die den Unterricht stört, ist zu unterlassen“, schreibt das Ministerium. Obwohl es gar kein Gebot vollständiger Neutralität gibt,³⁹ lösen die Rundschrei-

32 Zum Populismus des BSW vgl. J. Philipp Thomeczek, Bündnis Sahra Wagenknecht (BSW): Left-Wing Authoritarian – and Populist? An Empirical Analysis, in: Politische Vierteljahresschrift 2024, <https://doi.org/10.1007/s11615-024-00544-z>. Weitere Studien, die eine empirisch fundierte Einordnung in die Kategorie „autoritär“ zuließe, stehen noch aus.

33 Wir konzentrieren uns hier auf die wichtigsten Teile des Szenarios – „auserzählt“ ist es damit nicht.

34 Wir beziehen uns hier und im Folgenden auf die bis zum 30. Juni 2024 gültige Fassung des Thüringer Schulgesetzes; die Änderungen in der neuen Fassung haben keinen Einfluss auf das hier beschriebene Szenario.

35 Vgl. Thüringer Ministerium für Bildung, Jugend und Sport (Hrsg.), Thüringer Bildungsplan bis 18 Jahre, Weimar 2019.

36 AfD Thüringen, Wahlprogramm zur Landtagswahl 2024, 27.4.2024, S. 35.

37 Vgl. Bundesverfassungsgericht, Beschluss des Ersten Senats vom 19.11.2021 – Bundesnotbremse II (Schulschließungen), Rn. 52.

38 Weil Lehrpläne Verwaltungsvorschriften sind, ist die Beteiligung von Expert*innen eine politische und pädagogische, aber keine rechtlich zwingende Entscheidung.

39 Vgl. Michael Wrase, Wie politisch dürfen Lehrkräfte sein?, in: APuZ 14–15/2020, S. 10–15, hier S. 11.

ben Unruhe in den Kollegien aus – die Anweisung von oben setzt viele Lehrer*innen unter Druck. Sie werden vorsichtiger und äußern sich im Unterricht kaum noch zu politischen Fragen.

Zur gleichen Zeit entscheidet der neue Ministerpräsident, das Direktorium der Landeszentrale für politische Bildung Thüringen umzubesetzen. Weil die Landeszentrale nicht parlamentsrechtlich angebunden ist, sondern rechtlich auf einer Anordnung der Landesregierung beruht („Anordnung der Landesregierung über die Errichtung der Thüringer Landeszentrale für politische Bildung“), kann der Ministerpräsident allein entscheiden, wer sie leiten soll (Paragraf 5 der Anordnung). Eine Weile spielt er mit dem Gedanken, die Landeszentrale ganz abzuschaffen. Mit dem neuen Direktorium aber wird die Landeszentrale zu einem nützlichen Instrument seiner APP: Sie informiert nun mehr zu Linksextremismus und weniger zu Rechtsextremismus. Bald erscheinen neue Unterrichtsmaterialien zu den „Gefahren für die Demokratie durch Gruppierungen wie die ‚Letzte Generation‘“, die weiterhin kostenfrei zur Verfügung stehen. Auf diese Weise werden politische Gegner*innen formallegal als Antidemokrat*innen diskreditiert – und Informationen über die eigenen demokratiefeindlichen Ziele zurückgehalten.

In den folgenden Monaten schließlich richtet die AfD auf untergesetzlicher Ebene neue „Vorschaltklassen“ für geflüchtete Kinder ein und treibt damit die Segregation an Thüringer Schulen voran. Außerdem beschließt sie Investitionen in Förderschulen und untergräbt die bereits unzureichende und schlecht organisierte Inklusion von behinderten Menschen an Gymnasien und Regelschulen. Sie macht ihre populistische Konstruktion vom „wahren Volk“, zu dem Geflüchtete und Menschen mit Behinderung nicht gehören, zur politischen und gesellschaftlichen Realität.

AUSBLICK

Das Bildungsszenario zeigt, dass eine APP in Thüringen – wie auch in anderen Ländern – das

40 Vgl. Hannah Beck et al., Rechtsstaatliche Resilienz in Thüringen stärken. Handlungsempfehlungen aus der Szenarioanalyse des Thüringen-Projekts, https://verfassungsblog.de/wp-content/uploads/2024/04/240417_Verfassungsblog-PolicyPaper.pdf.

41 Vgl. Marie Müller-Elmau/Friedrich Zillissen, Für einen zivilen Verfassungsschutz, 9.2.2024, <https://verfassungsblog.de/fur-einen-zivilen-verfassungsschutz>.

Recht instrumentalisieren kann, um Demokratie und Rechtsstaat von innen auszuhöhlen und die Autoritarisierung der Gesellschaft voranzutreiben. Der autoritäre Populismus der AfD ist kein ostdeutsches Phänomen. Die Partei erfährt hier jedoch derzeit deutlich mehr Zuspruch in der Bevölkerung als in Westdeutschland. Demokratische Parteien, gerade im Osten, sollten sich auf Szenarien einer autoritär-populistischen Machtübernahme vorbereiten, um Gefahren für die Demokratie rechtzeitig zu erkennen und ihnen entgegenzuwirken. Einige (verfassungs-)rechtliche Einfallstore lassen sich schließen, viele andere aber nicht.⁴⁰ Bekäme eine APP bei der kommenden Thüringer Landtagswahl mehr als ein Drittel der Sitze im Parlament, ließen sich zum Beispiel Verfassungsänderungen zum Schutz der Demokratie nicht mehr durchsetzen. So oder so braucht es einen zivilen Verfassungsschutz: Der Schutz unserer liberalen Demokratie ist ebenso Aufgabe der Bürger*innen wie der Politik.⁴¹

Wir danken Marie Müller-Elmau für die Recherche des Bildungsszenarios und die Überprüfung unserer Argumente. Zudem danken wir Juliana Talg und Maximilian Steinbeis für ihre konstruktiven und kritischen Kommentare zum Text.

HANNAH KATINKA BECK

ist wissenschaftliche Mitarbeiterin im „Thüringen-Projekt“ des Verfassungsblogs. Sie hat Ethnologie und Politikwissenschaft in Leipzig und Global Politics in Malmö studiert.

ETIENNE HANELT

ist wissenschaftlicher Mitarbeiter im „Thüringen-Projekt“ des Verfassungsblogs sowie des Justizforschungsinstituts der Masaryk-Universität Brunn. Er promoviert an der Universität Oxford.

VANESSA WINTERMANTEL

ist wissenschaftliche Mitarbeiterin im „Thüringen-Projekt“ des Verfassungsblogs und Gastwissenschaftlerin am Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB). Sie promoviert an der Humboldt-Universität zu Berlin.

GEFÄHRLICHE ENTPOLITISIERUNG

Warum Peripherisierung der extremen Rechten in die Hände spielt

Katrin Großmann

Der geografische Hotspot rechtspopulistischer und rechtsextremer Wahlerfolge ist nicht per se „der Osten“, es ist die Peripherie. Die Wahlergebnisse zum Beispiel der „Alternative für Deutschland“ (AfD) sind in peripherisierten Regionen besonders hoch, und zwar von Sachsen bis ins Saarland. Welche Karte zu ungleichen Lebensbedingungen in Deutschland man auch immer zu Rate zieht – den „Disparitätenatlas“ der Friedrich-Ebert-Stiftung, den „Teilhabeatlas Deutschland“ des Berlin Instituts für Bevölkerung und Entwicklung, die Karten zur Sozialstruktur des Thünen-Atlas –, es sind immer wieder dieselben Landkreise, in denen die Indikatoren auf unterdurchschnittliche Lebensverhältnisse verweisen, während die Wahlerfolge der AfD hoch sind. Dieses Muster zeigt sich genauso im deindustrialisierten Norden Frankreichs, in „Trump-“ und „Brexitland“, und auch Viktor Orbáns Wahlerfolge in Ungarn fallen umso deutlicher aus, je höher der Deprivationsindex einer Region ist.⁰¹ Spannend ist hier der Vergleich der Wahlergebnisse mit der Karte zur kommunalen Steuerkraft im Thünen-Atlas: Sie zeigt, dass gerade jene Landstriche, die am stärksten unter schlechten Lebensbedingungen leiden, die geringsten Mittel haben, sich daraus zu befreien.⁰² Aber wer redet im Zusammenhang mit dem Wahlerfolg rechter Parteien schon über kommunale Finanzen?

Im Folgenden soll – in notgedrungen raschen Schritten – nachgezeichnet werden, wie diese regionalen sozialräumlichen Ungleichheiten, die letztlich für Gerechtigkeitsdefizite stehen, als demografische Prozesse „naturalisiert“ wurden. Sie werden als „naturgegeben“ angesehen – und dadurch weitgehend entpolitisiert. Bevölkerungsrückgang, sinkende Steuerkraft und eine rückläufige Versorgung werden zu einem bedauernswerten, aber vermeintlich nicht zu än-

dernden Schicksal erklärt. Auch die von einer Handvoll Expert:innen engagiert geführte Auseinandersetzung um die im Grundgesetz verankerten gleichwertigen Lebensverhältnisse und die Ergebnisse der gleichnamigen Kommission haben daran nichts geändert.⁰³ Zwar gab es in den vergangenen drei Jahrzehnten viele mediale Berichte über die Dramen, die sich im Zuge von Infrastrukturabbau, Geschäftsschließungen, Alterung und Abwanderung in ländlichen Gegenden abgespielt haben, aber eine allgemeine Politisierung des Themas blieb aus – zumindest, bis die rechtsnationalistischen Parteien seine Mobilisierungspotenziale für sich entdeckt haben. Auch das hat Deutschland mit Frankreich, den USA oder Großbritannien gemeinsam: Die autoritär-nationalistischen Parteien können in den ländlichen wie in den innerstädtischen Randgebieten von dieser Naturalisierung der Peripherisierung profitieren. Auf dem Land wirbt zum Beispiel die AfD mit Plakaten gegen Schulschließungen und für Krankenhäuser, in Großwohnsiedlungen wie Leipzig-Grünau mit „Den Stadtrand stärken“. Eine emotionale Disposition der Vernachlässigung, der Stigmatisierung und Benachteiligung wird hier – inzwischen recht erfolgreich – genutzt, um gezielt für nationalistische und autoritäre Positionen zu mobilisieren.⁰⁴

„DEMOGRAFISIERUNG“ SOZIALRÄUMLICHER UNGLEICHHEIT

Es war nicht immer apolitisch, über Bevölkerungsrückgang zu sprechen. Als Ende der 1990er Jahre der Begriff der „schrumpfenden Städte“ in den Diskurs um Stadtentwicklung Einzug hielt,⁰⁵ fühlte es sich nach einem Paradigmenwechsel an – und die Stadt- und Regionalforschung war mitdrin. Es gab Widerstand gegen den Begriff,

was darauf hindeutete, dass ein empfindlicher Nerv getroffen wurde. In Chemnitz etwa verbot der zuständige Amtsleiter kurzzeitig die Nutzung des Begriffs, weil er ihn als zu negativ empfand. Auch mit den Stadtforscher:innen der TU wollte er nicht über „Chemnitz als schrumpfende Stadt“ sprechen. Interviews wurden abgesagt, die Teilnahme an Veranstaltungen verweigert. Nur ein, zwei Jahre später war der Begriff dann fast normal, er wurde zum Transformationsbegriff („Weniger ist mehr“, „Luxus der Leere“). Ihn zu benutzen signalisierte auch, ein Realist am Puls der Zeit zu sein, Klartext zu sprechen, sich vom omnipräsenten Wachstumsparadigma lösen zu können. Auf Fachtagungen und in stadtentwicklungspolitischen Runden begannen Vorträge regelmäßig mit Bildern von Alterspyramiden – die Demografie als unerwarteter Gamechanger in der Stadtentwicklung war entdeckt. Gerade die Wohnungsunternehmen nutzten die demografische Entwicklung als Argument, um für öffentliche Unterstützung bei der Bewältigung von Wohnungsleerständen zu werben.⁰⁶

25 Jahre später schrumpfen die Großstädte nicht mehr, stattdessen wird nun ihr erneutes

Wachstum untersucht.⁰⁷ Nötig ist aber genauso der Blick auf die weiterhin schrumpfenden Städte, also vor allem die Klein- und Mittelstädte in Regionen, für die sich mittlerweile das Prädikat „strukturschwach“ etabliert hat.⁰⁸ In Stadtentwicklungsdebatten kommen diese nicht vor, denn sie werden eher unter dem „ländlichen Raum“ subsummiert. Als Ursache für ihr Schrumpfen wird auch in jüngeren Publikationen noch angenommen, dass der „demografische Wandel“ zentral für die Entwicklung ländlicher Räume sei. Ich hätte es selbst so schreiben können, wir haben uns an diese Formulierung gewöhnt.

Als Komponenten des demografischen Wandels werden in aller Regel Geburtendefizite und Abwanderung genannt. Und hier sitzt das Problem: Denn erstens ist die Geburtenrate auf dem Land sogar höher als in den Städten,⁰⁹ und zweitens ist Abwanderung zwar eine Komponente der Bevölkerungsentwicklung von Orten, aber der demografische Wandel selbst ist keine *Ursache* von etwas, sondern eine *Folge* gesellschaftlicher Großtrends. Die Theorie des „Ersten Demografischen Übergangs“ zeigte, wie im Zuge der Entwicklung des Gesundheitssystems, veränderter Rollenbilder und Werte und dadurch veränderter Lebensverläufe die Weltbevölkerung rasant wuchs. Im „Zweiten Demografischen Übergang“ wurde dann – zunächst national – beschrieben, wie die Gesamtbevölkerungszahl wieder zurückgehen kann, wenn die Geburtenraten langfristig unter das „Bestandserhaltungsniveau“ sinken.¹⁰ Diese demografiethoretischen Arbeiten kennen jedoch keine kleinräumigen Analysen und operieren räumlich allenfalls auf nationalstaatlicher Ebene. Die „Theorie“ darin beschäftigt sich mit den gesellschaftlichen Ursachen der veränderten Geburten- und Sterberaten beziehungsweise der veränderten Formen des Zusammenlebens und

01 Vgl. Sorin Cebotari/Melinda Mihály, Towards a Progressive Local Development Approach. Insights from Local Community Initiatives in Hungary and Romania, in: Thilo Lang/Franziska Görmar (Hrsg.), Regional and Local Development in Times of Polarisation, Singapur 2019, S. 253–285.

02 Vgl. Patrick Küpper/Jan Cornelius Peters, Entwicklung regionaler Disparitäten hinsichtlich Wirtschaftskraft, sozialer Lage sowie Daseinsvorsorge und Infrastruktur in Deutschland und seinen ländlichen Räumen, Thünen Report 66, Braunschweig 2019, S. 81; Simon Dudek, Die schleichende Krise strukturschwacher Kommunen. Zur Situation der Grundversorgung in ländlichen Räumen, in: Prokla 51/2021, S. 417–434.

03 Vgl. Bundesministerium des Innern, für Bau und Heimat (BMI) (Hrsg.), Unser Plan für Deutschland. Gleichwertige Lebensverhältnisse überall, Berlin 2019.

04 Wie dies vor Ort erlebt wird und wie die emotionale Disposition der Peripherisierung für rechte Proteste mobilisiert wird, beschreiben Christoph Hedtke et al., Wie werden lokale Konflikte eigentlich „lokal“?, in: Zeitschrift Demokratie gegen Menschenfeindlichkeit (i. E.); vgl. auch Larissa Deppisch, Die AfD und das „Dornröschenschloss“ – über die (Be-)Deutung von Peripherisierung für den Rechtspopulismusanspruch, in: Daniel Mullis/Judith Miggelbrink (Hrsg.), Lokal extrem Rechts, Bielefeld 2022, S. 103–121.

05 Der Begriff selbst wurde bereits früher benutzt, entfachte aber keine Debatte. Vgl. Annett Steinführer, „Landflucht“ und „sterbende Städte“. Räumliche Schrumpfung in Vergangenheit und Gegenwart, in: Geographische Rundschau 9/2015, S. 4–10.

06 Vgl. Matthias Bernt, „Keine unklugen Leute“. Die Durchsetzung des „Stadtumbau Ost“, in: sub/urban 5/2017, S. 41–60.

07 Vgl. Annegret Haase et al., Factors Driving the Regrowth of European Cities and the Role of Local and Contextual Impacts. A Contrasting Analysis of Regrowing and Shrinking Cities, in: Cities 108/2021, 102942.

08 Kritisch dazu Judith Miggelbrink, Ländliche Räume – strukturschwach, peripher, abgehängt?, in: Christian Krajewski/Claus-Christian Wiegandt (Hrsg.), Land in Sicht. Ländliche Räume in Deutschland zwischen Prosperität und Peripherisierung, Bonn 2021, S. 64–79.

09 Vgl. www.demografie-portal.de/DE/Fakten/zusammengefasste-geburtensziffer-regional.html.

10 Vgl. Dirk J. van de Kaa, Europe’s Second Demographic Transition, in: Population Bulletin 1/1987, S. 1–59.

der Wirkungen auf die Bevölkerungsentwicklung im Großen und Ganzen.

Insbesondere die Wanderungen gehören konzeptionell nicht in den Bereich der Demografie, denn auch wenn demografische Entwicklung nicht ohne Wanderungen gedacht und Prognosen nicht ohne Wanderungssaldi erstellt werden können, sind sie doch immer nur Indikator, nie Erklärung. Werden Wanderungen unter dem Konzept des demografischen Wandels mit erfasst, scheinen sie auch bereits „mit erklärt“ zu sein. Dann ist schlicht *alles* „demografischer Wandel“. Dass dem nicht so ist, darauf haben in den vergangenen Jahren unterschiedliche Arbeiten hingewiesen, die sich kritisch mit Begriffen wie „Schrumpfung“, „Landflucht“, „strukturschwachen Regionen“ und ähnlichem auseinandergesetzt haben.¹¹ Eine breite, politisch wirksame Debatte ist daraus jedoch nie entstanden. Sie blieb das Feld derjenigen, die sich intensiv mit der Entwicklung ländlicher, peripherisierter Regionen beschäftigen, ein Feld mehr der Agrar- als der Stadt- und Regionalsoziologie. Kleinstädte wurden lange komplett übersehen, bevor es hier in den vergangenen Jahren zu einem gewissen Aufmerksamkeitsschub kam.¹²

NATURALISIERUNG SOZIALRÄUMLICHER UNGLEICHHEIT

Unter dem Schlagwort der „Demografisierung des Gesellschaftlichen“ wird explizit die De-Thematisierung gesellschaftlicher Fragen durch ihre Überführung in demografische Kategorien und Analysen kritisiert. „Statt über die Gesellschaft wird immer häufiger von der Bevölkerung gesprochen, statt von gesellschaftlichem Wandel wird immer öfter vom demographischen Wandel berichtet,“ resümiert etwa die Soziologin Eva Barlösius und betont, dass demografische Analysen nicht neutral sind, da ihre bekannten Schaubilder und Grafiken immer auch einen normativen Gehalt haben: „Sie transportieren ein klares Ergebnis, das nicht kritisch hinterfragt werden kann, weil sein Zustandekommen weitgehend im

Dunkeln liegt.“¹³ Der Soziologe Stephan Beetz wiederum kritisiert, dass Kategorien wie Altersstruktur und Fertilitätsrate eine eigenständige Erklärungskraft bekommen, wenn sie unreflektiert verwendet werden.¹⁴

Doch genau dies sind die Kategorien, die häufig zur Erklärung der Verluste ländlicher Räume und kleiner Städte bemüht werden. Wie sehr das den Diskurs prägt, zeigt zum Beispiel eine populärwissenschaftliche Dokumentation,¹⁵ in der eine Sozialgeografin und eine Bürgermeisterin aus Baden-Württemberg einhellig den demografischen Wandel als Ursache für Leerstand und „Überalterung“ (was auch immer hier das „über“ markieren soll) verantwortlich machen: Die Geburtenraten sinken, die jungen Menschen wandern ab in die Großstädte. Daneben wird auch der Strukturwandel in der Landwirtschaft, der Wandel von Lebensstilen und die „Faszination Stadt“ erwähnt. Die von der demografischen Schrumpfung erfassten Orte und Regionen sind, so heißt es im Film, „von diesem Phänomen betroffene Regionen“ – und solche gebe es auch in West-, vor allem aber in Ostdeutschland. So plausibel und gewohnt das klingt, so falsch ist es: Durch den Rückgriff auf demografische Kategorien und auf Präferenzen von Menschen wird hier ein Phänomen sozialräumlicher Ungleichheit „naturalisiert“. Es wird zum unausweichlichen Schicksal erklärt.

„Naturalisierung“ meint, gesellschaftliche Prozesse in den Bereich des Natürlichen zu verschieben und damit ihre historische Gewordenheit zu überdecken. Wenn etwas „natürlich“ ist, wird es normal, unhinterfragbar, unabwendbar. Der Linguist Norman Fairclough sieht Naturalisierung als einen Ausdruck von Machtverhältnissen, die eine bestimmte Auffassung der Realität in Common Sense verwandeln und so verhindern, dass sie angefochten werden.¹⁶ Das gilt auch

¹¹ Vgl. Steinführer (Anm. 5); Miggelbrink (Anm. 8).

¹² Vgl. Annett Steinführer/Lars Porsche/Martin Sondermann, Kompendium Kleinstadtforschung, Hannover 2021; Nina Gribat et al. (Hrsg.), Kleinstadtforschung. Interdisziplinäre Perspektiven, Bielefeld 2022.

¹³ Eva Barlösius, Die Demographisierung des Gesellschaftlichen. Zur Bedeutung der Repräsentationspraxis, in: dies./Daniela Schiek (Hrsg.), Demographisierung des Gesellschaftlichen. Analysen und Debatten zur demographischen Zukunft Deutschlands, Wiesbaden 2007, S. 9–34.

¹⁴ Vgl. Stephan Beetz, Die Demographisierung ökonomischer, kultureller und sozialer Veränderungen am Beispiel des ländlichen Raums, in: Barlösius/Schiek (Anm. 13), S. 221–246.

¹⁵ Vgl. Planet Wissen, Landflucht. Warum unsere Dörfer sterben, www.youtube.com/watch?v=Yost1u9MOco.

¹⁶ Vgl. Norman Fairclough, Critical Discourse Analysis. The Critical Study of Language, London 2010².

für die Peripherisierung von Regionen: Dadurch, dass sie als Folge demografischen Wandels geframt wird, wird sie naturalisiert. Andere Prozesse werden verdeckt und der Kritik entzogen.

Wie weit diese Naturalisierung des demografischen Wandels – und damit verknüpfter neoliberaler Argumentationsmuster – in Common Sense übergegangen ist, erkennt man auch vor Ort. Bürgermeister und Stadträte akzeptieren häufig die vermeintliche Schicksalhaftigkeit der Entwicklung und übernehmen dabei Wettbewerbslogiken und das Diktat ökonomischer Effizienz. Den jungen Leuten, so hört man dann, könne man ja nicht zum Vorwurf machen, dass sie sich anders orientieren, zum Studium weggehen und an ihrem Studienort verbleiben, weil sie die Großstadt attraktiver finden. Aber *warum* ist die Großstadt attraktiver? Eine allgemeine Präferenz für die Großstadt kann jedenfalls nicht der Grund sein, wenn in Umfragen knapp die Hälfte der Bevölkerung in Deutschland angibt, am liebsten auf dem Land zu wohnen.¹⁷ Es fehle auch an Arbeitsplätzen, heißt es dann. Auch finanziell könne man eben nicht über die eigenen Verhältnisse leben, die Dinge müssten sich rechnen, man könne die freie Wirtschaft ja nicht zwingen, einen Supermarkt zu eröffnen. Doch „mangelnde Arbeitsplätze“ und „schwindende Wirtschaftskraft“ sind selbst nur Phänomene und keine Ursachen.

Ganz ähnlich sieht es im Bereich der Kommunalfinanzen aus. Weshalb zeigt die Karte zur kommunalen Steuerkraft eine solche Ungleichheit? Nicht, weil manche gut wirtschaften und andere nicht, sondern weil das deutsche System der Kommunalfinanzen so organisiert ist, dass es Kommunen privilegiert, die in Einwohnerzahl und wirtschaftlicher Aktivität wachsen, während schrumpfende Kommunen in einer Spirale der Unterfinanzierung landen.¹⁸ Lautstarken Protest dagegen gibt es kaum.¹⁹

MACHT, HEGEMONIE, ABHÄNGIGKEIT

Aber was genau liegt hinter den demografischen Analysen? Was wird durch sie verdeckt? Um dies

konzeptionell erfassen zu können, hat sich der Begriff der „Peripherisierung“ etabliert. In einem Text aus dem Jahr 2006 konzeptualisiert der Soziologe Karl-Dieter Keim diesen Begriff komplementär zur „Zentralisierung“. Nicht statisch, sondern als „einen sozial-räumlichen Prozessbegriff“ will er ihn verstehen, der eine „graduelle Schwächung und/oder Abkopplung sozial-räumlicher Entwicklungen gegenüber den dominanten Zentralisierungsvorgängen“ zum Ausdruck bringt.²⁰

Bereits 2007 hatte Stephan Beetz darauf hingewiesen, dass die starke Fokussierung der Debatte zu schrumpfenden ländlichen Räumen auf demografische Prozesse zu einer „Verengung politischer Perspektiven“ führe.²¹ Prägnant wies er darauf hin, dass damit die „politische Legitimität umgekehrt [wird], denn nicht die regionalen Verhältnisse seien zu verändern, sondern die Entwicklungen zu akzeptieren.“ Beetz dokumentiert, wie sich die Politik statt für eine Unterstützung dieser schrumpfenden ländlichen Räume für eine Förderung der Zentren entschieden hat. Als besonders problematisch stellte sich seinerzeit die Nähe von Politik, Medien und Wissenschaft und ihre teils herablassende Stigmatisierung der betrachteten Orte und Regionen heraus. Deren Zukunftsfähigkeit wurde nach rein demografischen Indikatoren vermessen und anschließend häufig die Empfehlung ausgesprochen, „sich schrittweise aus solchen Regionen zurückzuziehen“. Damit wurde eine Verkürzung von Komplexität vorgenommen, die vermeintliche Kausalität ganz simpel zeichnete: Die demografische Entwicklung wurde zur „Basis der wirtschaftlichen Perspektive“ gemacht.²²

Der Peripherisierungsbegriff hat in der Stadt- und Regionalforschung nie die Aufmerksamkeit bekommen, die er verdient hätte; aus einer gewissen Diskursnische ist er nie herausgekommen. Das könnte auch daran liegen, dass die Beschäftigung mit den Orten, die von diesen Debatten betroffen sind, deutlich weniger attraktiv ist als die Beschäftigung mit sozialräumlichen Verwerfungen in den Großstädten. Es ist etwas anderes, auf einer internationalen Konferenz über Genertifizierung in Berlin zu berichten, als über Peri-

¹⁷ Vgl. Krajewski/Wiegandt (Anm. 8).

¹⁸ Vgl. Dudek (Anm. 2).

¹⁹ Ein solcher Versuch war ein Positionspapier von Bürgermeistern des Erzgebirges im Jahr 2017. Vgl. www.regionalspiegel-sachsen.de/wp-content/uploads/2017/11/Positionspapier.pdf.

²⁰ Karl-Dieter Keim, Peripherisierung ländlicher Räume, in: APuZ 37/2006, S. 3–7, hier S. 4.

²¹ Beetz (Anm. 14), S. 237.

²² Ebd., S. 232 ff.

pherisierung in Altenburg. Auch für Journalisten haben die bekannten Großstädte mehr Nachrichtenwert. So hat es die „Gentrifizierung“ in den politischen Alltagssprachgebrauch geschafft, die „Peripherisierung“ jedoch nicht.

WER IST DER SCHURKE?

Ich möchte den Vergleich zur Gentrifizierung noch etwas weiter strapazieren, um die fehlende Politisierung dieser schleichenden Schwächung von Orten und Regionen zu erklären. Denn während bei der Gentrifizierung eine klare Vorstellung davon herrscht, wer ihre Akteure sind und wie die Mechanismen der Aufwertung und Verdrängung funktionieren, ist das bei der Peripherisierung deutlich nebulöser. Die Hegemonie der Zentren erscheint abstrakt und akteurslos, es gibt keine klaren „Schurken“, keine habgierigen Investoren, die nur ihren Profit maximieren wollen. Dagegen herrscht die Vorstellung von Wirtschaftsakteuren vor, die vermeintlich gar nicht anders können, als der Peripherie den Rücken zuzukehren: Der Discounter schließt, weil der Bevölkerungsrückgang das Betreiben unwirtschaftlich macht; Bus und Bahn können angeblich nicht endlos subventioniert werden. Andere Probleme entstehen aus Mangel an Menschen: Handwerksbetriebe schließen, weil es keinen Nachwuchs gibt, der sie weiterführen will; zudem fehlen die Kundschaft oder die Fachkräfte. Ärztemangel entsteht, weil alle lieber in die Großstadt wollen und sich auch mit Vergünstigungen nicht aufs Land locken lassen.

Oft sind es anonyme Strukturen, die die Macht der Zentren repräsentieren, nicht konkrete Akteure. Es ist „das Haushaltssicherungskonzept“, das die selbstbestimmte Verwendung von Geldern verhindert, weniger der Beamte aus der Landeshauptstadt. Gesetze bestimmen, wie sich die Kommunalfinanzen zusammensetzen, die Logik des Marktes führt zu Schließungen. Bei Prozessen der Zentralisierung regiert eine abstrakte rationale Vernunft, die Verwaltungen oder Kultur- und Bildungseinrichtungen in den größeren Städten konzentriert. Post- und Bankfilialen werden geschlossen, weil sie nach heutiger Auffassung keine wohlfahrtsstaatlichen Institutionen mehr sind, sondern wirtschaftlich agierende Dienstleister. Auch der „demografische Wandel“ ist ein solcher abstrakter Prozess, den man nicht zur Verantwortung ziehen kann.

Das gelingt am ehesten mit „der“ Politik. In sozialen Medien werden Stadträte und Bürgermeister angezählt für die Schließung von Einrichtungen („Und was macht unser Bürgermeister? – Nichts!“). Die Lokalpolitik wird dabei von zwei Seiten unter Druck gesetzt: einerseits von den Peripherisierungsprozessen selbst, die ihre Handlungsmöglichkeiten einschränken, und andererseits von der aufgetauten Frustration der lokalen Gesellschaft darüber, dass sich nichts bewegt. Mit dem Feindbild der „etablierten Parteien“, konkret der „Ampel-Regierung“, kann überdies die Leerstelle des „Schurken“ gefüllt werden. Mit „die da oben in Berlin“ – oder wahlweise in Erfurt, Dresden oder Brüssel – wird ein Narrativ etabliert, das die emotionale Disposition der Peripherisierung abholt, kanalisiert und weiter emotional verstärkt. Es liefert eine vermeintliche Erklärung dafür, warum kein Geld da ist – denn das wird ja für Dinge ausgegeben, deren Relevanz und Priorität infrage gestellt werden, etwa für Geflüchtete oder für Waffenlieferungen an die Ukraine. Oder für Dinge, von denen nur das Zentrum profitiert – wie das Deutschlandticket, das nichts nutzt, wenn kein Bus und keine Bahn mehr fahren. Es ist kein Zufall, dass die Proteste gegen Regierungen aller Art in den vergangenen Jahren eher auf den Straßen und Plätzen der Klein- und Mittelstädte stattfanden. Peripherisierte Orte sind nicht machtlos: Ihre „Verfügbarmacht“ ist zwar eingeschränkt, die Macht, zu protestieren oder sich zu verweigern, ist jedoch präsent.²³ Und davon wird Gebrauch gemacht.

ANDERES FRAMING, ANDERE LÖSUNGEN?

Ein naturalisierendes Framing eines Prozesses rahmt und bestimmt auch die Lösungen; es verhindert Kritik und stabilisiert Machtverhältnisse. Hier sind es die Zentrum-Peripherie-Beziehungen, die durch Macht und Abhängigkeit gekennzeichnet sind. Mitunter werden Lösungen in mehr Bürgerbeteiligung vor Ort und in interkommunaler Kooperation gesehen. Doch das kommt einer „Responsibilisierung“ der Peripherie gleich – der Aufforderung, dass sich peripherisierte Kommunen doch bitte selbst helfen sollen,

²³ Vgl. Manfred Kühn/Matthias Bernt/Laura Colini, Power, Politics and Peripheralization: Two Eastern German Cities, in: European Urban and Regional Studies 3/2017, S. 258–273.

indem sie besser kommunizieren und zusammen das Wenige noch effektiver nutzen. Käme jemand ernsthaft auf die Idee, mit Bürgerbeteiligung gegen Gentrifizierung vorzugehen? Warum sollte sie gegen Peripherisierung helfen?

Auch die Debatte um die „Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse“ ist so gesehen Ausdruck dieser falsch gerahmten Sicht. Die vorgeschlagenen Lösungen der gleichnamigen Kommission wurden viel kritisiert für den Mangel an Ambitionen und Klarheit.²⁴ Vor allem aber dreht sich diese Debatte um die falschen Fragen. Unter dem Leitbild der „Gleichwertigkeit“ geht es praktisch nur um die Verbesserung der Verhältnisse in den „schwächeren“ Teilen des Landes, nie um eine Umverteilung aus den Zentren in die Peripherie. Bezeichnend dafür ist die Nähe dieser Diskussion zu jener um die Daseinsvorsorge: Während rhetorisch eine „Angleichung“ oder ein „Ausgleich“ gesucht wird, geht es faktisch nur um Mindeststandards.²⁵ Es geht auch nicht um Rechte der peripherisierten Standorte auf Chancen und Ressourcen, sondern lediglich um Hilfe aus dem Zentrum für die (bedürftige) Peripherie in Form von Förderung und Zuschüssen. Aus einer räumlichen Gerechtigkeitsperspektive sind die unambitionierten Lösungen Ausdruck der oben beschriebenen Naturalisierung der Ungleichwertigkeit der Lebensverhältnisse.²⁶

Die Peripherisierung und ihre Naturalisierung durch Demografisierung sind zwar nicht kausal „schuld“ am politischen Rechtsruck, aber sie haben den emotionalen Boden für ihn bereitet. Der unbestimmte, unkonkrete Frust, die Trauer und der Pessimismus werden nun gezielt von der organisierten Rechten genutzt. Das lässt sich inzwischen kaum mehr durch eine veränderte Regionalpolitik zurückdrehen, denn mittlerweile kommen weitere Faktoren hinzu, die zu einer Ausbreitung und Normalisierung rechter Narrative beitragen: die Bildung von Gemeinschaft im Protest, die nicht völlig zu verhindernde Kooperation mit extrem rechten Parteien auf der lokalen Ebene, die Normalisierung der Zustimmung zu ihnen in der lokalen Gesellschaft – in freund-

schaftlichen, beruflichen und familiären Netzwerken –, die vereinende Wirkung von externer Stigmatisierung und anderes mehr.

Doch auch wenn es kein Rezept mit Wirkungsgarantie gegen die weitere Ausbreitung von autoritären Parteien und Einstellungen gibt: Dringend erforderlich ist eine Regionalpolitik, die peripherisierte Orte ermächtigt, ihre Akteure selbstbestimmt handlungsfähig macht sowie Ressourcen und Macht vom Zentrum in die Peripherie umverteilt. Förderpolitik ist hier nicht ausreichend, denn sie kommt immer mit dem Gestus der altruistischen Hilfe, mit Bedingungen, Kontrolle und meist auch mit der Idee von „Wettbewerb“ daher. Förderpolitik trägt letztlich das Machtgefälle zwischen Zentrum und Peripherie bereits in sich.

Es ist Zeit, Peripherisierung aus einer humanistischen, solidarischen und gerechtigkeitsorientierten Perspektive zu politisieren. Kritische Stimmen in der Wissenschaft gibt es bereits, die Zentralisierung, Infrastrukturrückbau, Desinvestitionen, das kommunale Finanzsystem oder Austeritätspolitik im ländlichen Raum benennen und kritisieren.²⁷ Was fehlt, sind entsprechende politische Narrative, die Fehlentwicklungen greifbar machen, ohne diese in menschenfeindliche Lösungen zu übersetzen – und die Anerkennung für die Peripherie einfordern, ohne sie den nächsten marginalisierten Gruppen zu verweigern.

KATRIN GROßMANN

lehrt Stadt- und Raumsoziologie an der Fachhochschule Erfurt. Sie forscht unter anderem zu sozialen Konflikten und Zuwanderung, Energiegerechtigkeit, schrumpfenden Städten und Kleinstädten. 2023 war sie an der Gründung des „Forschungskollektivs Peripherie und Zentrum“ (FPZ) beteiligt, das sie seitdem leitet.

²⁴ Vgl. Jens Kersten/Claudia Neu/Berthold Vogel, Gleichwertige Lebensverhältnisse – für eine Politik des Zusammenhalts, in: APuZ 46/2019, S. 4–11.

²⁵ Vgl. ebd.

²⁶ Vgl. Bernd Belina et al. (Hrsg.), Ungleiche ländliche Räume. Widersprüche, Konzepte und Perspektiven, Bielefeld 2022.

²⁷ Vgl. ebd.

WELTOFFENES SACHSEN

Rechtspopulismus als Herausforderung für die Wirtschaft

Daniel Kinderman

Kriege, Migration, Klimawandel, gesellschaftliche Polarisierung – Krisen, so weit das Auge reicht. Wir leben in einer Zeit des Umbruchs, der Instabilität und der Turbulenz, die offene Gesellschaft und die liberale Demokratie stehen zunehmend unter Druck. Rechtspopulistische Parteien und Bewegungen spielen eine zentrale Rolle bei diesen Entwicklungen. Politiker wie Donald Trump, Viktor Orbán, Jair Bolsonaro, Narendra Modi oder Marine Le Pen stehen für eine Form der Politik, die in vielen Ländern Europas und der Welt großen Einfluss auf Politik, Wirtschaft und Gesellschaft ausübt, indem sie die Eliten und das Establishment pauschal diffamiert, Masseneinwanderung anprangert, Minderheiten, den Liberalismus und die EU angreift und für einen starken souveränen Nationalstaat plädiert. In Deutschland hat sich die „Alternative für Deutschland“ (AfD) entsprechend positioniert und politisch etabliert, in Ostdeutschland ist sie laut Umfragen mitunter sogar die stärkste politische Kraft. Zugleich ist das Bewusstsein für die negativen Folgen des Rechtspopulismus in den vergangenen Jahren stetig angewachsen, und das nicht nur in der Zivilgesellschaft, sondern auch in der Wirtschaft. Wie reagiert die Wirtschaft also auf diese Herausforderung? Und welche Rolle können Unternehmen überhaupt im Diskurs um rechtspopulistisch herausgeforderte Demokratien spielen?

WIRTSCHAFT UND DEMOKRATIE

Grundsätzlich haben Unternehmen beziehungsweise „die Wirtschaft“ drei unterschiedliche Möglichkeiten, auf die genannten Herausforderungen zu reagieren. Sie können erstens neutral bleiben und schweigen. Das ist die Standardoption für die meisten Unternehmen, um Risiken zu vermeiden und sich alle Optionen offenzuhalten. Sie können zweitens die Rechtspopulisten unterstützen und mit ihnen zusammenarbeiten. Oder sie können drittens Flagge zeigen und sich offen

gegen rechtspopulistische Parteien und Bewegungen positionieren. Die Risiken und Gefahren des Rechtspopulismus für die Gesellschaft und für den Wirtschaftsstandort Deutschland sowie der Wert des Engagements gegen Rechtspopulismus und Rechtsextremismus wurden in jüngster Zeit oft betont, auch Unternehmen forderte man zum Handeln auf. Beispielhaft sei hier die Initiative „Unternehmen für Demokratie“ zitiert: „Das Eintreten für eine freiheitlich-demokratische Gesellschaft [ist] eine gemeinschaftliche Aufgabe (...), die auch mutige Stimmen und konkrete Maßnahmen der Wirtschaft erfordert.“⁰¹

Dass die Frage des Rechtspopulismus auch für die Wirtschaft ein wichtiges Thema ist, hat nicht zuletzt mit der Erinnerung an Deutschlands nationalsozialistische Vergangenheit zu tun. Die Fehler von 1933, als die deutsche Industrie die Nationalsozialisten unterstützte, große Summen für den Wahlkampf der NSDAP spendete und auf Adolf Hitler setzte,⁰² sollen sich nie wiederholen. Dieser Bezug wird nicht nur in jüngster Zeit mit Slogans wie „Nie wieder ist jetzt!“ hergestellt. Schon kurz nach der Wiedervereinigung startete etwa das Künstlerfarbunternehmen Schmincke aus Erkrath in Nordrhein-Westfalen die Aktion „Ausländerfreundliches Unternehmen“ und betonte dabei unter Verweis auf die Geschichte, dass viele Menschen und Gruppen in Deutschland xenophobe und rassistische Tendenzen verurteilten: „In Anbetracht unserer Geschichte und im Hinblick auf eine neue Zeit der zusammenwachsenden Menschheit müssen auch wir ‚Flagge zeigen.‘“⁰³ Die Antwort auf die Frage, warum sich Unternehmen überhaupt politisch gegen Rechtspopulismus positionieren und engagieren sollten, scheint auf der Hand zu liegen: Unternehmen haben Macht, finanzielle Ressourcen und Einfluss, sie profitieren von der freiheitlich-demokratischen Grundordnung und der offenen Gesellschaft, und dieses Engagement ist auch wegen der nationalsozialistischen Vergangenheit geboten.

In der Praxis ist dies jedoch nicht so einfach. Der Umgang der Wirtschaft mit Rechtspopulisten ist komplex und widersprüchlich, und die AfD ist nicht die NSDAP. Nationalismus, Globalisierungskritik und Ausländerfeindlichkeit sind in der Tat für viele – aber nicht unbedingt für alle – Unternehmen problematisch, besonders in einem Exportland wie Deutschland. Nicht zuletzt deshalb wird eine Partei wie die AfD als Risiko und als Bedrohung für den Wirtschaftsstandort Deutschland gesehen. Das ist sicher nicht falsch, denn Fachkräfte aus dem Ausland sind für die deutsche Wirtschaft ebenso wichtig wie eine funktionierende EU. Doch obwohl der zur Schau gestellte Illiberalismus rechtspopulistischer Parteien für Teile der Wirtschaft durchaus problematisch sein kann, findet zu wenig Beachtung, dass Rechtspopulisten (und auch die AfD)⁰⁴ sich in der Regel wirtschaftsliberal, markt- und unternehmensfreundlich und gegen staatliche Regulierung, Besteuerung und Marktinterventionen positionieren. Diese Haltung stößt auch in Wirtschaftskreisen auf zum Teil positive Resonanz.

Entlang dieser Linien beobachten wir in vielen Ländern eine Verflechtung von Rechtspopulisten mit der Wirtschaft, vor allem mit Kleinunternehmen.⁰⁵ Dies ist etwa in der Schweiz mit der Schweizerischen Volkspartei (SVP) der Fall, in Schweden mit den Schwedendemokraten (SD), in Frankreich mit dem Rassemblement National (RN) oder in Österreich mit der Freiheitlichen Partei Österreichs (FPÖ) und der mit ihr verbundenen „Freiheitlichen Wirtschaft“. Im Vergleich fällt auf: In Deutschland ist der Umgang von Unternehmen und der Wirtschaft mit rechtspopulistischen Akteuren härter, ablehnender und kritischer als anderswo. In Indien oder in Ungarn, wo Rechtspopulisten seit mehr als einem Jahrzehnt an der Macht sind, gibt es ein relativ enges Verhältnis mit der Wirtschaft und großen Industriekon-

zernen. Die ungarische Demokratie etwa befindet sich in keiner guten Verfassung, aber Widerstand aus der Wirtschaft gegen Orbán und Fidesz gab und gibt es kaum: Orbáns Regierung lockt Unternehmen mit dem niedrigsten Körperschaftsteuersatz in der EU. Trotz einiger Nachteile ist Ungarn auch für viele deutsche Unternehmen – nicht nur für Großunternehmen in der Automobilindustrie, sondern auch für viele Mittelständler – nach wie vor ein attraktiver Wirtschaftsstandort.

Weil die Distanz zwischen Rechtspopulisten und der Wirtschaft in Deutschland aufgrund der hiesigen Geschichte größer ist als in anderen Ländern, überrascht es nicht, dass Teile der deutschen Wirtschaft klare Kante gegen Rechtspopulismus zeigen. Gleichwohl sind manche Initiativen überraschender als andere. Eine davon ist „Wirtschaft für ein weltoffenes Sachsen“.⁰⁶

WELTOFFENES SACHSEN

Ostdeutschland und Sachsen gelten als anfällig für Rechtspopulismus, so jedenfalls das gängige Vorurteil. Die positive Vorbildfunktion Sachsens und Ostdeutschlands wird hingegen selten betont. Tatsächlich aber ist „der Osten“ Vorreiter, wenn es um das Engagement der Wirtschaft gegen Rechtspopulismus geht. Der Verein „Wirtschaft für ein weltoffenes Sachsen“ ist der erste Verein seiner Art in Deutschland, und er ist Vorbild für den vor Kurzem gegründeten Verein „Wirtschaft für einen demokratischen und weltoffenen Norden“. Derzeit gibt es drei größere wirtschaftsnahe Vereine in Deutschland, die sich offensiv für Vielfalt, Weltoffenheit und die freiheitlich-demokratische Grundordnung einsetzen. Zwei davon befinden sich in Westdeutschland: „Offen für Vielfalt – Geschlossen gegen Ausgrenzung“ existiert seit 2018 in Hessen, der bereits erwähnte Verein „Wirtschaft für einen demokratischen und weltoffenen Norden“ seit 2024 in Schleswig-Holstein.

„Wirtschaft für ein weltoffenes Sachsen“ (WWS) wurde am 9. Juni 2016 in Dresden gegründet, er spielt eine Pionierrolle im Bereich unternehmerischen Engagements gegen Rechtspopulismus. Seine Mitgliedsunternehmen zeigen Haltung für ein weltoffenes und tolerantes Sachsen und mischen sich zu diesem Zweck offen in die Landespolitik ein. So ermutigt WWS beispielsweise die Bürgerinnen und Bürger des Freistaates, an Land-

01 <https://unternehmen-fuer-demokratie.de>.

02 Vgl. z. B. Éric Vuillard, *Die Tagesordnung*, Berlin 2018.

03 Peter Hesse/H. Schmincke & Co. GmbH & Co. KG, Brief an Unternehmerkollegen und -kolleginnen in Deutschland in Bezug auf Aktion ausländerfreundliches Unternehmen, 31. Januar 1992.

04 Vgl. Knut Bergmann et al., *Die deutsche Wirtschaft und die AfD. Erfahrungen, Befunde und erste Forschungsergebnisse*, Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung, WZB Discussion Paper ZZ 2024-602, Februar 2024.

05 Vgl. Daniel Kinderman, *Business Associations and Right-wing Populism*, in: Magnus Feldmann/Glenn Morgan (Hrsg.), *Business and Populism: The Odd Couple?*, Oxford 2023, S. 263–284.

06 Siehe www.welcomesaxony.de.

tagswahlen und Kommunalwahlen teilzunehmen und ihr Wahlrecht aktiv auszuüben, was einerseits zur Verbesserung des mitunter etwas angeschlagenen Images von Sachsen beiträgt, andererseits aber auch den Mitgliedsunternehmen indirekt dabei hilft, ausländische Fachkräfte zu gewinnen. Ist eine solche Anwerbung gelungen, hilft der Verein bei der Integration dieser Fachkräfte in die Mitgliedsunternehmen und in den Arbeitsmarkt allgemein sowie in die Gesellschaft. WWS bietet diesbezüglich diverse Serviceleistungen an, auch etwa zum Thema „demokratische Bildung am Arbeitsplatz und im Betrieb“. Warum engagieren sich Unternehmer im Verein gegen Rechtspopulismus – und wie ist es zur Gründung von WWS gekommen?

Immer dann, wenn Unternehmen Rechtspopulismus als Bedrohung für ihr Umfeld und ihr unternehmerisches Handeln wahrnehmen, steigt die Wahrscheinlichkeit, dass sie sich dagegen engagieren. Rechtspopulistische Schocks, also Aktivitäten oder Ereignisse, die als Risiko und Bedrohung für die Gesellschaft insgesamt oder die Wirtschaft im Besonderen verstanden werden, motivieren auch Wirtschaftakteure dazu, aktiv zu werden. Dies scheint ein allgemeines Muster zu sein: In den Vereinigten Staaten zum Beispiel war der Mord an George Floyd 2020 ein solcher Schock. Zwar waren Rassismus und Polizeigewalt zu diesem Zeitpunkt nichts Neues, aber ein Video, auf dem der brutale Mord an einem Afroamerikaner durch einen weißen Polizisten ganze neun Minuten lang festgehalten wurde, hatte es zuvor nicht gegeben. George Floyds Tod führte nicht nur zu schweren Unruhen und Demonstrationen in vielen Städten der USA, auch die großen amerikanischen Wirtschaftsunternehmen und -organisationen nahmen dies zum Anlass, um neue Initiativen gegen Rassismus zu gründen und deutlich Stellung gegen rassistische Einstellungen zu beziehen.⁰⁷

Auch in Dresden gab es einen Schock: den „Pegida-Schock“. 2015 gingen im Zuge der sogenannten Flüchtlingskrise zehntausende Menschen als Teil der Pegida-Bewegung auf die Straße. Es gab Krawalle, Brandanschläge und Angriffe auf Flüchtlingsunterkünfte in Freital, Meißen, Clausnitz, Bautzen und Heidenau, was recht unmittel-

bar dazu führte, dass Menschen wie Sylvia Pfefferkorn, Katrin Fischer, Marco Rutzke, Björn Zimmer oder Andreas von Bismarck sich veranlasst sahen, sich in ihrem Umfeld stärker gegen Ausländer- und Menschenfeindlichkeit zu engagieren: Sie gründeten WWS. Dass die AfD in der Folgezeit weitere Wahlerfolge erzielen konnte, dass sich während der Corona-Pandemie Menschen weiter radikalisierten und im Zuge dessen auch die Ablehnung von Rechtsstaat und Demokratie weiter zunahm, hat sicher dazu beigetragen, dass mehr und mehr Unternehmerinnen und Unternehmer in Sachsen dazu motiviert wurden, der Initiative beizutreten. Die Mitgliedszahlen sind in den vergangenen acht Jahren jedenfalls kontinuierlich gewachsen (*Abbildung*).

MOTIVE FÜR ENGAGEMENT

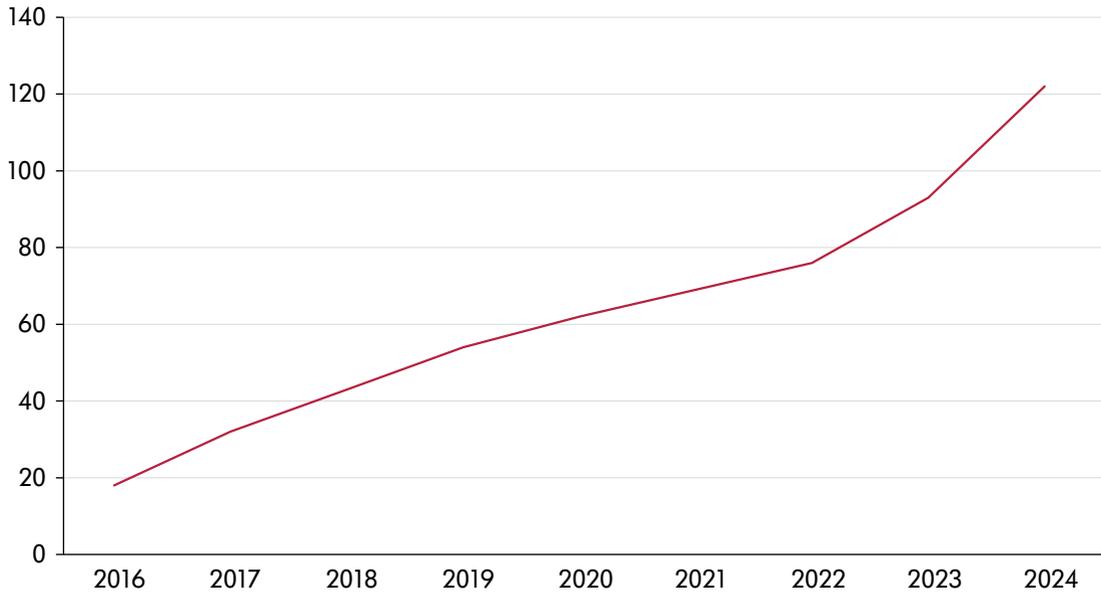
In der Forschung wird die Bedeutung von Werten und betriebswirtschaftlichen Interessen – oder, nach Max Weber, von materiellen und ideellen Interessen – für das Engagement der deutschen Wirtschaft gegen Rechtspopulismus hervorgehoben.⁰⁸ Besonders jene Branchen der deutschen beziehungsweise sächsischen Wirtschaft, die stark exportorientiert und auf den EU-Binnenmarkt angewiesen sind, zeigen Flagge gegen rechtspopulistische Anti-EU-Rhetorik, wenn sie ihre wirtschaftlichen Interessen bedroht sehen. Deutschland wie auch Sachsen sind seit Jahren mit einem ausgeprägten Fachkräftemangel konfrontiert. Erfolgreiche rechtspopulistische Parteien wie die AfD oder fremdenfeindliche Bewegungen wie Pegida haben einen negativen Einfluss auf die Standortattraktivität und erschweren die Fachkräftegewinnung aus dem In- und Ausland. Für Unternehmen mit Fachkräftemangel und solche, die mehr ausländische Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer nach Sachsen bringen wollen, ergeben sich dadurch besondere Herausforderungen. Schon die eigenen wirtschaftlichen Interessen motivieren diese Unternehmen, bei WWS und anderen Initiativen und Kampagnen gegen Rechtspopulismus mitzumachen.

Das gilt zum Beispiel für die IT- und Hightech-Unternehmen, die im Verband „Silicon Saxony“ organisiert sind, der wiederum Mitglied bei WWS ist. Für hochgradig internationalisierte

07 Vgl. Daniel Kinderman, *The US Chamber and Chambers of Commerce Respond to Black Lives Matter: Cheap Talk, Progressive Neoliberalism, or Transformative Change?*, in: *Business and Politics* 4/2022, S. 491–516.

08 Vgl. ders., *German Business Mobilization against Right-Wing Populism*, in: *Politics & Society* 4/2021, S. 489–516.

Abbildung: Mitgliederzahlen des Vereins „Wirtschaft für ein weltoffenes Sachsen“, 2016–2024



Quelle: WWS

Branchen wie die Halbleiter- und IT-Industrie, in der oft Englisch gesprochen wird, ist tatsächliche oder auch nur perzipierte Ausländerfeindlichkeit problematisch. Gleiches gilt für die Exportindustrie. Für den Druckmaschinenhersteller Koenig & Bauer Sheetfed AG & Co. KG mit einem Standort in Radebeul etwa ist Fachkräfteeinwanderung eine wichtige Motivation, sich bei WWS zu engagieren:

„Dass Koenig & Bauer sich für eine Mitgliedschaft entschieden hat, ist vor allem auf zwei entscheidende Punkte zurückzuführen: Zum einen wollen wir die Einwanderung von ausländischen Fachkräften nach Sachsen fördern. Das ist nicht nur eine Frage der Menschlichkeit, sondern schlichte wirtschaftliche Notwendigkeit und eine entscheidende Maßnahme, um auf den aktuellen Fachkräftemangel zu reagieren. Hinzu kommt, dass Unternehmen mit einer kulturell diversen Belegschaft nachweislich innovativer und damit auch resilienter sind. Wir können hier wirklich von einer Win-win-Situation sprechen. Das zweite entscheidende Argument ist, dass wir Flagge zeigen wollen für ein weltoffenes, tolerantes Sachsen. Ein Punkt, der an Bedeutung zunimmt. Wir wollen deutlich machen, dass Sachsen bunt ist und von der Vielfalt seiner Bürgerinnen und Bürger lebt und profitiert. Für die Zukunft ist es entscheidend, welches Image unser Bundesland nach au-

ßen transportiert, und dies muss von Toleranz und Weltoffenheit geprägt sein.“⁰⁹

Für die GK Software, bis zum Verkauf des Unternehmens 2023 langjähriger Mitstreiter von WWS, verhält es sich ähnlich:

„Es sind die Unternehmen, die internationale Märkte brauchen. Wir leben von der Weltoffenheit der anderen, wir brauchen Zulieferungen, Rohstoffe und Experten aus aller Welt, um in die Welt beliefern zu können. Darin begründet sich unser Wohlstand in Deutschland. Unternehmen brauchen ein weltoffenes Klima in Sachsen und müssen etwas dafür tun.“¹⁰

Bei der V.D. Ledermann & Co. GmbH, einer Tochtergesellschaft der Edding AG, ist es die Reputation Sachsens, die dem Unternehmen Sorge bereitet – aber auch rechtspopulistische Tendenzen innerhalb der Bevölkerung beziehungsweise innerhalb der eigenen Belegschaft:

„Ein wesentlicher Grund ist das Stigma, das Sachsen sowohl landesweit als auch grenzüberschrei-

⁰⁹ Ralf Sammeck, Koenig & Bauer Sheetfed AG & Co. KG, Interview – wie alle folgenden auch – durch den Autor, 17.8.2023.

¹⁰ Norbert Eder, GK Software, Interview, 7.8.2023.

tend vorausseilt. Wer aus Sachsen kommt, ist quasi „rechts“. Wir möchten mit dem Beitritt ein Signal setzen und dem Stigma widersprechen. Ein weiterer Grund ist, dass wir uns als Unternehmen und damit auch als potenzieller Arbeitgeber offen positionieren wollen. Das heißt, wir wollen potenziellen Arbeitnehmer/-innen klar vermitteln, dass Rechtspopulismus bei uns im Unternehmen keine Plattform bekommt.“¹¹

In Gesprächen mit den Gründungs- und Vorstandsmitgliedern von WWS wird deutlich, dass nicht nur unternehmerische Interessen, sondern vor allem auch Wertorientierungen diese Menschen stark motivieren. WWS-Mitbegründerin und Vorstandsmitglied Katrin Fischer etwa sagt: „Wir erleichtern Dir den Weg der Fachkräftegewinnung, und wir appellieren an Deine gesamtgesellschaftliche Verantwortung als Unternehmer.“¹² Sylvia Pfefferkorn, Mitbegründerin und Vizevorstandssprecherin von WWS, verdeutlicht, dass eine humanistische Grundhaltung eine zentrale Rolle für die Tätigkeit und das Engagement des Vereins spielt. Sie begründet ihr eigenes Engagement auch aus persönlicher Sicht:

„Ich komme aus der DDR. Ich habe die Wende miterlebt. Umso mehr erschreckt es einen dann, dass auf der Straße ‚Lügenpresse‘ gerufen wird. (...) Ich glaube, dass man die Demokratie schützen muss. (...) Ich bin politisch engagiert, mir ist vollkommen egal, was Leute wählen, nur sollten sie bei ihrer Wahlentscheidung vernünftig agieren, zur Sicherung der Demokratie.“¹³

EFFEKTE DES ENGAGEMENTS

Engagement gegen Rechtspopulismus kann Vorteile für das Unternehmen selbst, aber auch für das Land und die Gesellschaft haben, wenn es dadurch gelingt, die Reputation Sachsens zu verbessern, die mit dem schlechten Image verbundenen Nachteile zu reduzieren, mehr der dringend benötigten Fachkräfte zu akquirieren und diese besser in die Unternehmen und in die Gesellschaft zu integrieren. Auch eine erhoffte Stabilisierung wichtiger Exportmärkte spielt hier eine Rolle.

Aber dieses Engagement kann auch Nachteile für Unternehmen haben. So ist offensichtlich, dass das Engagement der Wirtschaft gegen Rechtspopulismus in Ostdeutschland und konkret in Sachsen schwieriger und riskanter ist als in vielen Teilen Westdeutschlands. Der Grund dafür sind die hohen Zustimmungswerte in der Bevölkerung für die AfD und andere rechtspopulistische oder rechtsradikale Parteien wie etwa die Freien Sachsen. Diese mehr oder weniger 30 Prozent der Wählerschaft gehören ebenfalls zur sächsischen Wirtschaft, zum Teil auch zur Belegschaft von WWS-Mitgliedsunternehmen, oder sie sind deren Kunden und Lieferanten. Dass Menschen mit rechtspopulistischer Einstellung nicht erfreut sind über Aktivitäten gegen die von ihnen präferierte Politik, dürfte nachvollziehbar sein. Mit dem Engagement schwingt also immer auch die Möglichkeit negativer Reaktionen vonseiten der eigenen Belegschaft, der Kunden oder der Lieferanten mit. Wirtschaftliches Engagement gegen Rechtspopulismus ist auch in Westdeutschland nicht ohne Risiko, doch ist dieses Risiko im Vergleich deutlich geringer. Angesichts dieser Herausforderungen erscheint das Engagement von WWS und seiner Mitgliedsunternehmen umso außergewöhnlicher und anerkennenswerter.

Außerordentliches unternehmerisches Engagement und Zivilcourage finden sich aber auch außerhalb des Vereins. Der 2022 verstorbene Bauunternehmer Ingolf Brumm beispielsweise, der nicht Mitglied von WWS war, hatte 2015 ein Haus in Meißen saniert, in dem Flüchtlinge untergebracht werden sollten. Er wurde massiv angefeindet und bekam Morddrohungen – und erfuhr dann von einem Mitarbeiter seines Unternehmens, dass das Haus angezündet worden war, wohl unter dem Jubel einiger Passanten. Brumm verstand die Welt nicht mehr, ließ sich aber nicht unterkriegen. Er baute das Haus umgehend wieder auf und setzte es instand. Ein Versuch, das Haus zu fluten, misslang, und die Flüchtlinge konnten schließlich einziehen. Obwohl einige Mitarbeiter seiner Brumm Bau GmbH sich dem „Heimatschutz“ anschlossen und später für die AfD kandidierten – und die Angriffe auf das Haus für sein Unternehmen existenzbedrohend waren –, machte er unbeirrt weiter und zeigte eine klare Haltung. Brumms mutiger Einsatz für Ziele, die ihm „viel wichtiger als Geld“ waren, aber auch sein pragmatisches Handeln ohne Rachegeleüste („Du musst was machen, Du musst helfen“) sind beispielhaft.

Wie effektiv aber ist nun das Engagement von WWS und anderen Unternehmen und Vereinen jen-

11 Franziska Sill, V.D. Ledermann & Co. GmbH, Interview, 4.9.2023.

12 Katrin Fischer, Interview, 20.10.2021.

13 Sylvia Pfefferkorn, Interview, 8.7.2021.

seits solcher Einzelbeispiele? Welchen Einfluss auf die Öffentlichkeit kann ein Verein wie „Wirtschaft für ein weltoffenes Sachsen“ haben? Hilft sein Engagement dabei, die Demokratie zu verbessern?

Über die Effektivität solchen Engagements wissen wir empirisch bisher sehr wenig. Mitunter wird auf das Edelman Trust Barometer verwiesen, nach dessen Ergebnissen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter dem eigenen Arbeitgeber in der Regel viel Vertrauen schenken.¹⁴ Die Positionierung eines Arbeitgebers für Weltoffenheit und gegen Rechtspopulismus könnte also durchaus positive Effekte nach sich ziehen. Würden sich noch deutlich mehr Unternehmen auf diese Weise verorten, könnte das auch Auswirkungen auf die Unterstützung von Rechtspopulisten haben. Ob eine solche Hoffnung angesichts der starken Stellungnahmen der deutschen Wirtschaft im Vorfeld der EU-Parlamentswahl 2024 und der gleichwohl guten Wahlergebnisse rechtspopulistischer Parteien plausibel ist, bleibt aber unklar. Ein großer Teil des bisherigen Engagements gegen Rechtspopulismus passiert innerhalb der eigenen Filterblase – in Bevölkerungsgruppen, die ohnehin schon überwiegend weltoffen eingestellt sind.¹⁵ Damit allein werden Menschen mit rechtspopulistischen Einstellungen nicht erreicht. Doch kann dieses Engagement zumindest dabei helfen, die politische Mitte der Gesellschaft zu stärken und zu verteidigen. „Die 70 Prozent, die nicht AfD wählen und bisher still waren, fühlen sich von ‚Wirtschaft für ein weltoffenes Sachsen‘ gestärkt,“ meint jedenfalls Sylvia Pfefferkorn.¹⁶

SCHLUSS

In der heutigen Welt gibt es zahlreiche Brandherde, Kriege und Krisen. Politik und Gesellschaft werden fragmentierter, polarisierter und gespalten – ein perfekter Nährboden für Rechtspopulismus. Unternehmen spielen eine wichtige Rolle in rechtspopulistisch herausgeforderten Demokratien: Sie können politisch neutral bleiben oder sich für oder gegen den Rechtspopulismus positionieren. Unterstützen Unternehmen rechtspopu-

listische Parteien und arbeiten sie mit ihnen zusammen, stärkt und stabilisiert das auch die entsprechenden Regierungen. Was in Deutschland momentan undenkbar ist, ist in anderen Ländern längst Realität: Rechtspopulisten sind zumindest für Teile der Wirtschaft attraktiv.

Das ist in Deutschland, nicht zuletzt wegen der deutschen Vergangenheit und der Auseinandersetzung mit der NS-Diktatur, bislang anders. Die deutsche Wirtschaft positioniert sich relativ offen und häufig gegen Rechtspopulismus, aber die positive Wirkung, die dabei vor allem von Sachsen und Ostdeutschland ausgeht, wird zu selten betont. Tatsächlich verfügt Sachsen hier über eine Vorreiterrolle und eine Vorbildfunktion. „Wirtschaft für ein weltoffenes Sachsen“ war der erste Wirtschaftsverein in Deutschland, der sich so offensiv positioniert hat. Dass das politische Umfeld in Ostdeutschland ein solches Engagement nicht unbedingt nahelegt, macht diese Geschichte umso beeindruckender. Gleichwohl bleibt der Einfluss der Vereinsaktivitäten auf die Öffentlichkeit schwer zu bemessen. In einigen Fällen mag es sich beim Engagement nur um „Demokratie-Washing“ handeln,¹⁷ in anderen Fällen erfolgt das Engagement nur innerhalb der schon weitgehend weltoffenen Filterblase.

WWS aber ist eine Organisation, die mittlerweile viel Erfahrung mit demokratischer Bildung am Arbeitsplatz gesammelt hat und die Basisarbeit leistet – nicht nur in den tendenziell weltoffenen sächsischen Metropolen Dresden und Leipzig, sondern auch auf dem Land, wo der Kampf um die Demokratie und um Weltoffenheit schon immer andere Herausforderungen mit sich brachte. Ohne „Wirtschaft für ein weltoffenes Sachsen“ wäre der Rechtspopulismus wohl noch stärker, als er es ohnehin schon ist. Rechter Populismus wird auf absehbare Zeit eine relevante politische Strömung bleiben, und das nicht nur in Sachsen. Die Arbeit von WWS und anderen zivilgesellschaftlichen Organisationen ist daher umso wichtiger. Neue, kreative und innovative Ansätze und Strategien werden gebraucht – und ein langer Atem. Denn für den Kampf für Weltoffenheit gilt das gleiche wie für viele andere Bereiche der Politik: Um erfolgreich zu sein, müssen dicke Bretter gebohrt werden.

¹⁴ Vgl. Edelman Trust Institute, Edelman Trust Barometer Global Report 2024, S. 7.

¹⁵ Vgl. Daniel Kinderman, Problemorientiertes Engagement gegen Rechtspopulismus, in: Handelsblatt, 10. 4. 2024, S. 16.

¹⁶ Sylvia Pfefferkorn, Interview, 23. 5. 2024.

¹⁷ Katrin Fischer, Interview, 13. 3. 2024.

DANIEL KINDERMAN

ist Professor für Politikwissenschaften an der University of Delaware, USA.

Herausgegeben von der
Bundeszentrale für politische Bildung
Bundeskanzlerplatz 2, 53113 Bonn

Redaktionsschluss dieser Ausgabe: 2. August 2024

REDAKTION

Lorenz Abu Ayyash
Anne-Sophie Friedel
Julia Günther
Bjarne Hansen (Praktikant)
Jacob Hirsch (Volontär)
Sascha Kneip (verantwortlich für diese Ausgabe)
Johannes Piepenbrink
Martin Schiller
apuz@bpb.de
www.bpb.de/apuz
www.bpb.de/apuz-podcast
twitter.com/APuZ_bpb

Newsletter abonnieren: www.bpb.de/apuz-aktuell
Einzelausgaben bestellen: www.bpb.de/shop/apuz

GRAFISCHES KONZEPT

Meiré und Meiré, Köln

SATZ

le-tex publishing services GmbH, Leipzig

DRUCK

L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG DruckMedien, Geldern

ABONNEMENT

Aus Politik und Zeitgeschichte wird mit der Wochenzeitung
Das **Parlament** ausgeliefert.
Jahresabonnement 25,80 Euro; ermäßigt 13,80 Euro.
Im Ausland zzgl. Versandkosten.
Fazit Communication GmbH
c/o Cover Service GmbH & Co. KG
fazit-com@cover-services.de

Die Veröffentlichungen in „Aus Politik und Zeitgeschichte“ sind keine Meinungsäußerungen der Bundeszentrale für politische Bildung (bpb). Für die inhaltlichen Aussagen tragen die Autorinnen und Autoren die Verantwortung. Beachten Sie bitte auch das weitere Print-, Online- und Veranstaltungsangebot der bpb, das weiterführende, ergänzende und kontroverse Standpunkte zum Thema bereithält.

ISSN 0479-611 X



Die Texte dieser Ausgabe stehen, mit Ausnahme des Beitrags von Steffen Mau, unter einer Creative Commons Lizenz vom Typ Namensnennung-Nicht Kommerziell-Keine Bearbeitung 4.0 International.



APuZ

Nächste Ausgabe
36–37/2024, 31. August 2024

DIGITALISIE- RUNG UND GESUNDHEIT



APuZ

AUS POLITIK UND ZEITGESCHICHTE

www.bpb.de/apuz